



universität
wien

Diplomarbeit

**Determinanten der Wahlbeteiligung
bei Europaparlamentswahlen**

Eine Individualdaten-Analyse der Wahlen zum Europaparlament
in Österreich im Jahr 2004

Verfasser

Julian Aichholzer

Zur Erlangung des Magistergrades der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

(Mag. rer. soc. oec.)

an der Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften der Universität Wien

Wien, August 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 121
Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Soziologie
Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Dr. Christoph Reinprecht

Inhalt

<i>Tabellenverzeichnis</i>	4
<i>Abbildungsverzeichnis</i>	5
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	5
I. EINLEITUNG	6
1. HINTERGRUND	6
2. THEMA UND FORSCHUNGSSTAND.....	7
2.1. <i>Wahlbeteiligung</i>	7
2.2. <i>Fragestellung und Methode</i>	9
3. EXKURS – DAS POLITISCHE SYSTEM DER EU	11
II. THEORETISCHER TEIL	17
1. DEMOKRATIETHEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN	17
1.1. <i>Elitistische Demokratietheorie</i>	17
1.2. <i>Partizipative Demokratietheorie</i>	20
1.3. <i>Exkurs – Kommunitaristisches Modell und Zivilgesellschaft</i>	22
1.4. <i>Deliberative Demokratie bei Habermas</i>	24
1.5. <i>Zwischenresümee</i>	26
2. WÄHLEN UND POLITISCHE PARTIZIPATION	27
3. ERKLÄRUNGSANSÄTZE FÜR POLITISCHE BETEILIGUNG.....	30
3.1. <i>Soziodemographie und SES-Modell</i>	32
3.2. <i>Ressourcenmodell und Mobilisierungsmodell</i>	34
3.3. <i>Rational-Choice und sozialpsychologische Ansätze</i>	38
4. WAHLENTHALTUNG UND NICHTWÄHLERINNEN	45
4.1. <i>Die NichtwählerInnen</i>	45
4.2. <i>Konsequenzen niedriger Wahlbeteiligung</i>	46
5. ZUSAMMENFASSUNG.....	49

III. EMPIRISCHER TEIL	50
1. BESCHREIBUNG DES VERWENDETEN DATENMATERIALS.....	50
1.1. <i>Beschreibung der Studie</i>	50
1.2. <i>Methodische Aspekte zur Erfassung von NichtwählerInnen</i>	52
1.3. <i>Beschreibung der Stichprobe</i>	53
2. DESKRIPTIVE STATISTIK	53
3. BIVARIATE ZUSAMMENHÄNGE.....	57
4. GRÜNDE FÜR DIE NICHT-TEILNAHME	61
5. WAHLBETEILIGUNG ERKLÄREN – EIN STRUKTURGLEICHUNGSMODELL	64
5.1. <i>Verwendete Variablen</i>	66
5.2. <i>Faktorenanalysen und Messmodelle</i>	68
5.3. <i>Aufbau des Modells</i>	72
6. ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE	81
IV. CONCLUSIO	85
LITERATUR	90
<i>Internet-Ressourcen</i>	95
ANHANG	96
<i>Geschätzte Korrelationen</i>	96
<i>Fragebogen (Codebook)</i>	97
<i>Abstract</i>	103
<i>Curriculum Vitae</i>	104

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Gesellschaftliche Ebenen und Erklärungsansätze für Partizipation	31
Tabelle 2:	Zusammenfassung der relevanten Variablen.....	49
Tabelle 3:	Beschreibung der verwendeten Studie.....	51
Tabelle 4:	Beschreibung der Stichprobe	53
Tabelle 5:	Stimmenanteile der angetretenen Parteien (Stichprobe und amtliches Ergebnis).....	54
Tabelle 6:	Informationsbeschaffung und Politikinteresse	55
Tabelle 7:	Vertrauen in die Institutionen der EU	55
Tabelle 8:	Zufriedenheit mit der Demokratie	56
Tabelle 9:	Wahrnehmung des Einflusses europäischer Politik.....	56
Tabelle 10:	Bewertung der Mitgliedschaft in der EU	57
Tabelle 11:	Wahlteilnahme nach Geschlecht	58
Tabelle 12:	Wahlteilnahme nach Geschlecht und Alter	58
Tabelle 13:	Wahlteilnahme nach Bildungsabschlüssen.....	59
Tabelle 14:	Wahlteilnahme nach subjektiver Schichtzugehörigkeit	59
Tabelle 15:	Wahlteilnahme nach Verbundenheit mit einer Partei	60
Tabelle 16:	Wahlteilnahme nach Mitgliedschaft in der Gewerkschaft.....	60
Tabelle 17:	Wahlteilnahme nach Häufigkeit des Gottesdienstbesuchs	61
Tabelle 18:	Faktorladungen sozioökonomischer Status	70
Tabelle 19:	Faktorladungen Politikinteresse	70
Tabelle 20:	Faktorladungen Vertrauen in europäische Institutionen.....	71
Tabelle 21:	Identifikation und Unterstützung der EU	72
Tabelle 22:	Globale Gütemaße für Strukturgleichungsmodelle.....	75
Tabelle 23:	Standardisierte totale Effekte – Kausalmodell 3.....	80
Tabelle 24:	Quadrierte multiple Korrelationen.....	81
Tabelle 25:	Geschätzte Korrelationen im Kausalmodell 3	96

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Europaparlamentswahlen über die Zeit.....	13
Abbildung 2: Wahlbeteiligung bei den Europaparlamentswahlen 2004	14
Abbildung 3: Modell des demokratischen Prozesses bei Habermas	26
Abbildung 4: „Trichter“ der Einflussfaktoren zur politischen Beteiligung	31
Abbildung 5: Gründe für Nicht-Teilnahme an den Europaparlamentswahlen 2004.....	63
Abbildung 6: Theoretisches Messmodell mit zwei Indikatoren (reflektiv)	69
Abbildung 7: Anfangsmodell (standardisierte Lösung)	74
Abbildung 8: Kausalmodell 1 (standardisierte Lösung).....	76
Abbildung 9: Kausalmodell 2 (standardisierte Lösung).....	78
Abbildung 10: Kausalmodell 3 (standardisierte Lösung).....	79

Abkürzungsverzeichnis

BMI	Bundesministerium für Inneres
EES	European Election Studies
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
SEM	Strukturgleichungsmodellierung („Structural equation modeling“)
SES	Sozioökonomischer Status („socioeconomic status“)
SORA	Institute for Social Research and Analysis

I. EINLEITUNG

1. *Hintergrund*

Die Idee für die vorliegende Arbeit entstand aus einem Seminar zum Thema „Politische Partizipation“. Insbesondere schien die Frage interessant, was die institutionalisierte Form der Beteiligung an Wahlen für eine repräsentative Demokratie bedeutet bzw., ob damit Rückschlüsse auf die Qualität der Demokratie zulässig sind. Der demokratische Prozess an sich war in der Vergangenheit allerdings nur in den Grenzen des Nationalstaats von Bedeutung.

Heute sehen wir uns mit einer neuen Entwicklung konfrontiert. Es kommt zu einer zunehmenden Kompetenzverschiebung von nationaler auf supranationale Ebene. Auf dieser Ebene wird versucht, verloren gegangene Funktionen bzw. „Effizienzlücken“ des Nationalstaats in einer ökonomisch globalisierten Welt aufzufangen (vgl. Habermas 1998) und diese „Zunahme von supranationalen Entscheidungen hat wesentliche Auswirkungen auf traditionelle Konzeptionen von Demokratie“ (Neuhold 2002, S.87).

Eine Organisation dieser Art ist die Europäische Union, in der Österreich seit 1995 Mitglied ist. Dieser Beitritt bedeutete gleichzeitig eine Gesamtänderung der österreichischen Verfassung, da ab diesem Zeitpunkt dem Gemeinschaftsrecht Vorrang vor nationalem Recht zukommt. Heute wird eine beachtliche Zahl von Gesetzen auf europäischer Ebene verabschiedet, die das tägliche Leben der österreichischen Gesellschaft beeinflussen. Auf der anderen Seite ist für die politische Beteiligung der BürgerInnen auf dieser Ebene ein schlechtes Zeugnis auszustellen. Über die Zeit betrachtet sinkt die Beteiligung bei Wahlen zum EU-Parlament in fast allen Ländern kontinuierlich (im EU-Durchschnitt: 1979 – 63%, 2004 – 45,6%; 2009 – 43,2%).

Vor diesem Hintergrund stellt sich erneut die Frage nach der Bedeutung von Wahlen und Demokratie – in diesem Fall auf europäischer Ebene. So ist es schließlich sowohl eine politische als auch eine soziologische Frage, wie gesellschaftliche Zielsetzungen zu Stande kommen und wer daran beteiligt ist. Denn wenn Partizipation bspw. aus sozioökonomischer Sicht nicht gleich ist – wie man aus einer Vielzahl politikwissenschaftlicher Studien

weiß – und die Wahlbeteiligung gering ist, befindet man sich in einem demokratischen „Dilemma“ (Lijphart 1997).

Im Zentrum der Arbeit steht eine Analyse der Europaparlamentswahlen in Österreich, konkret jener vom 13. Juni 2004. Diese Arbeit knüpft teilweise an die Analysen von Picker und Zeglovits an. Die Autorinnen stützen sich wiederum auf eine Nachwahlanalyse im Auftrag des SORA-Instituts (im Rahmen der „European Election Studies“), deren Daten auch hier verwendet werden sollen. Picker und Zeglovits (2005a) behandeln in ihren Beiträgen die geringe Wahlbeteiligung mit einfachen bivariaten Analysen. Die große Zahl der NichtwählerInnen wurde ebenso auf ihre Motive hin untersucht (Picker/Zeglovits 2005b). Hier stehen hingegen die Erklärung der Wahlbeteiligung und die Prüfung verschiedener Erklärungsansätze im Vordergrund. So konstatieren Picker und Zeglovits (2005a, S.25) in jedem Fall zu Recht: „Politik ist mehr und mehr in die EU involviert, die Bürgerinnen und Bürger anscheinend immer weniger“.

2. Thema und Forschungsstand

2.1. Wahlbeteiligung

Das Phänomen der Wahlenthaltung bzw. der NichtwählerInnen war lange Zeit von geringer Bedeutung. Manche Staaten, so genannte alte Demokratien, verzeichnen seit langem Beteiligungsraten von – manchmal sogar unter – 50%, wie etwa die Schweiz und die USA. Österreich und bspw. Deutschland hatten lange eine hohe Beteiligung bei Wahlen auf nationaler Ebene, jedoch ist diese seit Mitte der 80er Jahre auch im Sinken begriffen. Österreich unterschritt die 90-Prozent-Marke erstmals in dieser Zeit und wies bei den letzten Nationalratswahlen 2006 und 2008 eine Beteiligung von rund 78% auf.¹

Bischof und Plasser (2008) verdeutlichen die wesentlichen Trendwechsel im österreichischen Wahlverhalten der letzten 30 Jahre als „Volatilität im Wahlverhalten und schrumpfende Parteibindung“. Sinkende Wahlbeteiligung sowie „Themen- und Leistungsorientierung“ sind dabei Zeichen einer Modernisierung des Wahlverhaltens im Sinne einer

¹ Siehe: BMI, Url: http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_wahlen

Angleichung an den europäischen Trend (ebd., S.5). Zum Vergleich: Die Beteiligungsraten sind in fast allen westeuropäischen Staaten tendenziell gesunken.

Als die Wahlbeteiligung in Österreich noch so hoch war, dass über Nicht-Teilnahme wenig diskutiert wurde, schrieb bspw. Kienzl (1964) in den Beiträgen zur politischen Soziologie vom „nichtengagierten Wähler“. Der „nichtengagierte Wähler“ wurde in seinen Eigenschaften als apolitisch und uninformiert beschrieben, der mit keiner Partei sympathisiert. Kienzl meinte damals, diese Tatsache erschüttere die Grundidee der Demokratie. Außerdem würden dann knappe Wahlen, wenn diese WählerInnen die fluktuierenden Wählerzahlen darstellen, quasi durch die „Ungeschicktesten“ entschieden.

Für den deutschsprachigen Raum sind sicher Eilfort (1994) und Kleinhenz (1995) zu nennen, die neuere Beiträge zu diesem Thema geleistet haben. Sie bieten einen detaillierten Einblick in die Motive und Determinanten der Nichtwahl bei Bundestags- und Landtagswahlen.

Ebenso wurden die Folgen von niedriger Wahlbeteiligung differenzierter eingeschätzt und interpretiert. So ist sie bspw. in den Augen von Barber (1994) und anderen VertreterInnen der partizipativen Demokratietheorie eher ein Krisensymptom. Andere, wie bspw. Golzem und Liepelt (1977) sowie Eilfort (1994; 2006), sehen darin eine Art Zeugnis für Stabilität oder sogar einen Prozess der Normalisierung (Roth 1992).

Parallel zur Veränderung des individuellen Wahlverhaltens ergaben sich unterschiedlichste Erklärungsansätze. Diese lassen sich unterteilen in Ansätze, die das Individuum in der Sozialstruktur bzw. in sozioökonomischen Rahmenbedingungen sehen. Andere sehen das Individuum als Teil von Gruppen sowie seine Integration in die Gesellschaft. Weiters wurden die sozialpsychologische Dimension und individuelle Motivationen hervorgehoben. All diese Ansätze sind Gegenstand des Kapitels II.3.

WAHLBETEILIGUNG IM KONTEXT

In der vorliegenden Arbeit steht die Erklärungskraft von individuellen Faktoren für Wahlbeteiligung im Vordergrund, nicht die Rahmenbedingungen der Wahl, institutionelle „Settings“ oder Makrodaten. Der Kontext meint bspw. das Spannungsfeld von nationaler gegenüber europäischer Politik, Vermittlung durch Parteien und Medien und die Rolle des Europäischen Parlaments (im Folgenden: EP) im Institutionengefüge. In anderen Arbeiten wurden diese Aspekte bereits berücksichtigt.

Eijk et al. (1996), Lijphart (1997) und Mattila (2003) betonten bereits den Einfluss von institutionellen Rahmenbedingungen. Für die Wahlbeteiligung auf europäischer Ebene sind damit ausschlaggebend: Wahlpflicht, Verhältniswahl, Wahlen am Sonntag, gleichzeitige nationale Wahlen sowie größere soziale Klüfte („cleavages“) in einer Gesellschaft, die sich in starker Parteibindung artikulieren (vgl. Eijk et al. 1996, S.154). Flickinger und Studlar (2007) bspw. liefern ein neueres Modell, das auf Makrodaten beruht, um Wahlbeteiligung bei EP-Wahlen auf kontextueller Ebene und damit zwischen den Staaten zu erklären. Die Variablen Wahlpflicht, Nähe eines anderen Wahltermins, Höhe der Wahlbeteiligung bei den letzten nationalen Wahlen, Sitz einer EU-Institution im Land und Anteil an in der Agrarwirtschaft Tätigen erwiesen sich dabei als signifikant und zeigten eine positive Beziehung (ebd., S.396). Damit lassen sich immerhin 84% der Varianz in der Wahlbeteiligung europaweit erklären.

Reif und Schmitt sprachen bereits 1980 von Europawahlen als „second-order national elections“. Das heißt, dass ihnen einerseits weniger Bedeutung beigemessen wird und andererseits, dass die Ergebnisse stark abhängig sind von den nationalen Ergebnissen in einem Land. Die Wahlbeteiligung wird deshalb im Allgemeinen geringer sein. Größere oder insbesondere Regierungsparteien verlieren und kleine Parteien gehen gestärkt aus der Wahl. Allerdings, so meint Mattila (2003, S.467), würde sich, selbst wenn man für Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen sorgt, an der Wahlbeteiligung wenig ändern, solange EP-Wahlen den second-order-Status behalten.

Die Analysen zur Europawahl 2004 in dem Sammelband von Tenscher (2005a) beschäftigen sich wiederum mit der Vermittlungsarbeit von Medien und Parteien im Wahlkampf. Darin werden primär die defizitären und „domestizierten“ Wahlkämpfe, d.h. ihre Betonung der nationalen Sichtweise, kritisiert, die generell den Status von EP-Wahlen als Zwischenabstimmungen fördern. Den Medien gelang es dadurch ebenso wenig den nationalen Tellerrand zu überschauen.

2.2. Fragestellung und Methode

Die Forschungsfragen der vorliegenden Arbeit sollen zwei Themenblöcke abdecken:

1. Ein Erklärungsmodell:

Welche Variablen sind die zentralen Determinanten für Wahlbeteiligung? Welche Art von individuellen Merkmalen sind entscheidend (z.B. demographische, sozioökonomische, soziale Integration, individuelle Motivationen und Einstellungen)? Sind die bisherigen Theorien und Befunde zur Wahlteilnahme in der Literatur auch für die Europaparlamentswahlen 2004 in Österreich zutreffend? Wer sind die NichtwählerInnen und wie lassen sich diese soziologisch beschreiben? Wie gut kann ein Modell die Wahlbeteiligung erklären?

2. EU und Demokratie:

Wer wird durch die WählerInnenstruktur tatsächlich „repräsentiert“ und wer nicht? Welche Aussagen sind über die Wahlbeteiligung zulässig (Stichwort: Krisensymptom oder Normalisierung)? Lässt sich dadurch auf die Qualität der Demokratie der Europäischen Union schließen?

METHODE

Der empirische Teil beschäftigt sich mit einer quantitativen Analyse von Sekundärdaten aus einer Nachwahlbefragung der Europaparlamentswahlen in Österreich 2004. Diese wurden im Rahmen der European Election Studies vom SORA-Institut erhoben und dem Verfasser der vorliegenden Arbeit freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

Damit soll schließlich ein theoriegeleitetes, multivariates statistisches Modell erstellt werden. Die Konzeption von Einflüssen unterschiedlicher Betrachtungsebenen und deren Zusammenspiel bzw. Interdependenz lässt sich am besten mit Hilfe eines Strukturgleichungsmodells erstellen. Dieses soll bestmöglich erklären, warum Menschen bei den Europaparlamentswahlen 2004 zur Wahl gingen oder abwesend blieben bzw. welche die stärksten zu Grunde liegenden Faktoren sind.

Dieser Ansatz sowie eine zusammenfassende theoretische Auseinandersetzung sollen dabei helfen, die oben genannten Forschungsfragen zu klären. Zusätzlich soll damit ein Beitrag zur Anwendung statistischer Methoden in der Wahlforschung geleistet werden.

3. Exkurs – Das politische System der EU

Bevor auf Theorien und Erklärungsmuster politischer Partizipation eingegangen wird, die sich primär an nationalstaatlichen Gegebenheiten orientieren, soll vorweg das politische System der Europäischen Union (EU) und die Wahlen zum Europaparlament betrachtet werden (vgl. dazu: Pollak/Slominski 2006; Nohlen 2004). Auf eine detaillierte Darstellung der Entstehungsgeschichte der EU soll jedoch aus Platzgründen verzichtet werden.

ORGANE DER EU

Wie in der Einleitung bereits erwähnt wurde, bedeutete der EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 einen großen Einschnitt in den Gesetzgebungsprozess, da ab diesem Zeitpunkt dem europäischen Gemeinschaftsrecht Vorrang vor nationalem Recht zukam. Am Beschlussfassungsverfahren der EU im Allgemeinen und am Mitentscheidungsverfahren im Besonderen sind die drei wichtigsten Organe beteiligt:²

- der Rat der Europäischen Union (auch Ministerrat genannt), der die einzelnen Mitgliedstaaten vertritt
- die Europäische Kommission, welche die Interessen der EU insgesamt wahrt
- das Europäische Parlament (EP), das die europäischen BürgerInnen vertritt und direkt von ihnen gewählt wird

Im Rat befinden sich die nationalen VertreterInnen der Regierung wie Minister oder StaatssekretärInnen. Der Rat der EU – zusammen mit dem EP – ist eines der Legislativorgane der EU, d.h. es werden in vielen Bereichen europäische Rechtsvorschriften verabschiedet. Außerdem sind die beiden Organe zusammen für den Haushaltsplan der EU verantwortlich. Daneben kommen auch dem Rat der EU selbst weitere Aufgaben zu, wie Grundzüge der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten, internationale Übereinkünfte zwischen der EU und anderen Staaten oder internationalen Organisationen sowie Umsetzung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP). Bis zu vier Mal im

² Vgl. dazu: Institutionen der Europäischen Union, Url: http://europa.eu/institutions/index_de.htm

Jahr treten die jeweiligen Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten mit dem/der PräsidentIn der Europäischen Kommission als eigener „Europäischer Rat“ zusammen.

Die Kommission ist, wie erwähnt, ein von nationalen Regierungen unabhängiges Organ, das Interessen der gesamten EU wahrnehmen soll. Sie setzt sich aus je einem/r VertreterIn pro EU-Mitgliedstaat zusammen. Die Kommission erarbeitet Vorschläge für neue Rechtsvorschriften, die dem Parlament und dem Rat vorgelegt werden. Außerdem ist sie de facto die Exekutive der EU, d.h. sie ist für die Umsetzung der Beschlüsse des Parlaments und des Rates verantwortlich und für das politische Tagesgeschäft zuständig. Weiters sorgt die Kommission (gemeinsam mit dem Gerichtshof) für die Einhaltung des europäischen Rechts und ist die eigentliche Vertretung der EU auf internationaler Ebene.

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

Um das innergemeinschaftliche Demokratiedefizit der – damals noch – EG zu beheben, sollten auch direkt gewählte VertreterInnen für ein Europäisches Parlament bestimmt werden. Die ersten allgemeinen, unmittelbaren Direktwahlen zum EP fanden schließlich im Jahr 1979 statt. Das Europäische Parlament ist das einzige direkt gewählte Organ der Europäischen Union. Die derzeit 736 Abgeordneten sollen die BürgerInnen unmittelbar vertreten. Sie werden dazu alle fünf Jahre von WählerInnen aus allen derzeit 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die insgesamt 497 Millionen EinwohnerInnen zählt, gewählt.

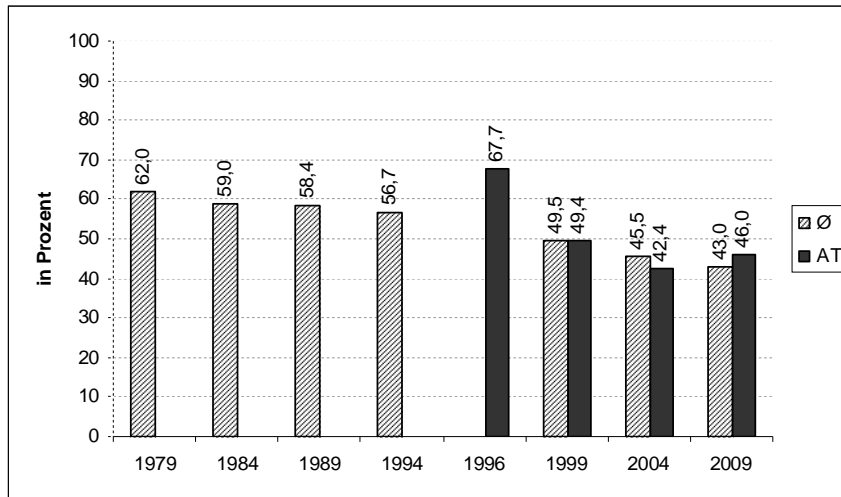
Aufgabe des Europäischen Parlaments ist, allgemein gesprochen, die Interessen der BürgerInnen gegenüber den anderen EU-Organen geltend zu machen, d.h. es soll demokratische Kontrolle über alle Organe der EU ausüben. Wie erwähnt, ist das EP zusammen mit dem Rat der EU gesetzgebende Gewalt und Haushaltsbehörde. Insofern kommt dem EP große Bedeutung zu: Es ist einerseits – im Gegensatz zum Rat und Kommission – einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich, andererseits bietet es die Plattform für den Input von vielfältigen Informationen und Meinungen.

WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEM PARLAMENT

Die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei EP-Wahlen ist seit den ersten Wahlen im Jahr 1979 kontinuierlich gesunken. In Österreich (AT), war die Wahlbeteiligung lediglich bei den ersten Wahlen, den Nachwahlen der neuen Beitrittsländer im Jahr 1996, relativ hoch (Abbildung 1). Paradoxerweise wurden aber über diese Zeit hinweg die Befugnisse des EP

weitgehend ausgebaut und im Verhältnis zum Co-Gesetzgeber – dem Rat der EU – aufgewertet (vgl. Neuhold 2002, S.90).

Abbildung 1: Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Europaparlamentswahlen über die Zeit



(Quelle: EP, Url: http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/en/turnout_en.html sowie BMI, Url: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/start.aspx)

Allerdings ist die Rolle und Funktionsweise des EP seit seiner Etablierung vielfacher Kritik ausgesetzt. Ein Punkt ist z.B. die Mandatskontingentierung, da diese nicht nach dem Anteil, den die einzelnen Länder an der Gesamtbevölkerung stellen, aufgeteilt ist. Diese Ungleichheit im Wahlrecht beschreibt der Begriff „degressive Proportionalität“, die eine Mindestrepräsentation der BürgerInnen durch vier Mitglieder pro Staat vorsieht (Nohlen 2004, S.30). Ansonsten würden kleine Länder proportional gesehen kaum vertreten sein.

Weiters sind die Wahlsysteme in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich bzw. „polymorph“ (Nohlen 2004). An dieser Diversität wird sich aber auch mit der möglichen Einführung des Vertrages von Lissabon nichts ändern. Einheitlich ist immerhin (vgl. Lehmann 2009):

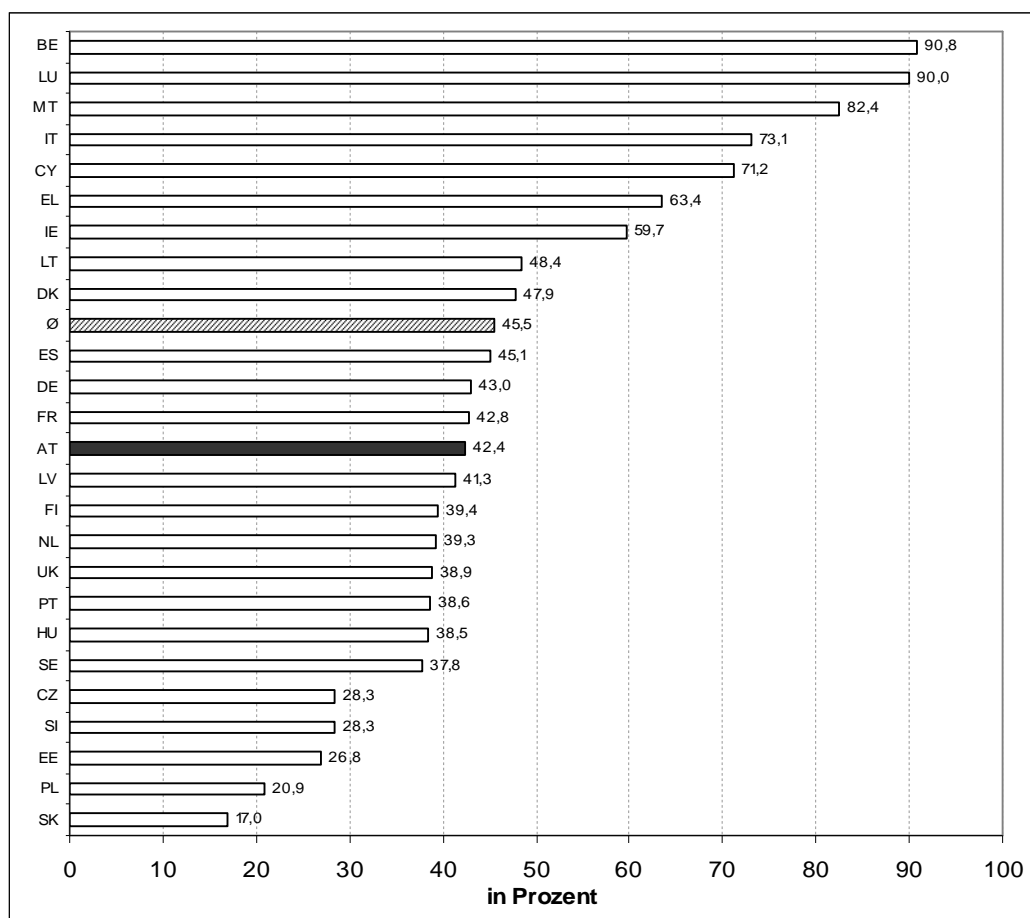
- das Repräsentationsprinzip über das Verhältniswahlrecht
- aktives und passives Wahlrecht von UnionsbürgerInnen in EU-Ländern
- die Einführung einer Hürde für den Einzug von bis zu 5% (Österreich: 4%)
- keine doppelten Mandate im EP und einem nationalen Parlament

In Bezug auf eine mögliche Vereinheitlichung plädiert Nohlen allerdings auch nur für „so viel Einheitlichkeit wie möglich, so viel Unterschiedlichkeit wie nötig“ (Nohlen 2004, S.36).

Das Mindestalter für aktives Wahlrecht ist in allen Mitgliedstaaten außer Österreich 18 Jahre. In Österreich ist seit 2007 das Wählen ab dem 16. Lebensjahr möglich. Die Grenze für das passive Wahlrecht ist in Österreich weiterhin das 18. Lebensjahr, variiert jedoch innerhalb der EU zwischen 18 und 25 Jahren (vgl. Lehmann 2009, S.12f). Auch die Briefwahl ist in Österreich seit 2007 möglich.

Ein Qualitätsmerkmal im Sinne der Repräsentation ist also das Verhältniswahlrecht, worauf man sich in Europa geeinigt hat. Auch Länder, deren nationale Parlamente nach Mehrheitswahl gewählt werden, haben für die Europawahlen die Verhältniswahl eingeführt. Zudem ist sie ein institutioneller Faktor, der im Allgemeinen die Wahlbeteiligung anhebt.

Abbildung 2: Wahlbeteiligung bei den Europaparlamentswahlen 2004



(Quelle: EP, Url: <http://www.europarl.europa.eu/elections2004/elections.html>)

Man hatte gehofft, der anstehende Reformvertrag und die Erweiterung um zehn Länder würden bei den EP-Wahlen im Jahr 2004 einen Aufschwung bringen. Entgegen dieser Hoffnungen fiel die Teilnahme unter den damals 25 Mitgliedstaaten besonders schlecht aus (Abbildung 2).

Insbesondere die neuen Beitrittsländer aus dem Osten fielen durch eine äußerst geringe Wahlbeteiligung auf, was schließlich auch den EU-Durchschnitt beeinflusste. Genauer gesagt drückten die acht ehemaligen Ostblockstaaten den Schnitt (denn Zypern und Malta weisen hohe Beteiligung auf). Unter diesen acht war die Wahlbeteiligung lediglich bei 31,2%. De facto blieb der Anteil in den 15 alten Mitgliedstaaten also relativ konstant (vgl. Flickinger/Studlar 2007, S.387f).

DEMOKRATIEQUALITÄT UND EU

Bislang wurde von vielen Seiten das existierende Demokratiedefizit der EU angesprochen. Die Einschätzung bewegt sich zum Teil entlang nationalstaatlicher Kriterien. Allerdings muss festgehalten werden, dass die EU nicht mit internationalen Organisationen oder – noch nicht – mit herkömmlichen Verfassungssystemen verglichen werden kann. Im europäischen Mehrebenensystem ist politische Macht auf verschiedene Ebenen verteilt und zugleich nicht hierarchisch gegliedert. Die EU orientiert sich zwar an Organen nationalstaatlicher Einrichtungen (Parlament, Regierung, Gerichte), gleichzeitig werden diese nicht gänzlich den Anforderungen von Demokratie gerecht (vgl. Neuhold 2002). Die Frage der echten Kontrolle der Exekutivorgane Rat und Kommission bleibt bestehen.

Weiters wird die politische Union oft als Elitenprojekt beschrieben, das über die Köpfe der Bevölkerung hinweg zustande gekommen ist. Hinzu kommen die Aspekte der fehlenden europäischen Öffentlichkeit sowie die Komplexität und Intransparenz von Entscheidungsprozessen und Einflussmöglichkeiten der BürgerInnen (vgl. Habermas 2008).

Zusätzlich hat das Ergebnis bei Europawahlen lediglich indirekten Einfluss auf die Zusammensetzung der „europäischen Regierung“, also der Kommission (durch die Entsendung von einem/r VertreterIn nach der EP-Wahl). Das Problem ist somit eindeutig die Wahl von eingeschränkten RepräsentantInnen. Damit ließe sich auch erklären, warum diesen Wahlen von den WählerInnen relativ geringe Bedeutung beigemessen wird bzw. die Einflussmöglichkeiten der BürgerInnen als relativ gering eingeschätzt werden (vgl. Abromeit 2001, S.18). Anders ausgedrückt: Bei diesen „Nebenwahlen“ steht auch subjektiv gesehen schlichtweg „weniger auf dem Spiel“ (Reif/Schmitt 1980).

Die Bestrebungen der letzten Jahre zeigen, dass es Wunsch der EU und insbesondere der Kommission ist, die Demokratiequalität zu steigern. Der „Reformvertrag von Lissabon“ aus dem Jahr 2007 – dessen Zukunft allerdings immer noch ungewiss ist – sieht vor, dass neben Petitionen und dem Beschwerderecht beim europäischen Bürgerbeauftragten auch europäische Volksbegehren als Element der direkten Demokratie auf europäischer Ebene eingeführt werden. Zusätzlich sollte das Parlament, wie auch schon im ersten Vertrag von Nizza vorgesehen, in der Gesetzgebung sowie in seinen Kontrollbefugnissen gegenüber Rat und Kommission mehr Einfluss bekommen (vgl. Pollak/Slominski 2006, S.49f).

II. THEORETISCHER TEIL

1. *Demokratiethoretische Überlegungen*

Bevor man sich dem Thema der Partizipation und im Speziellen der Wahlenthaltung widmet, stellt sich die Frage, wieso sich ein Individuum am politischen Prozess überhaupt beteiligen sollte. Im ersten Abschnitt des theoretischen Teils sollen daher verschiedene Theoriestränge bzw. Vorstellungen von Demokratie dargestellt werden. Dabei geht es prinzipiell um die Wertigkeit von Demokratie als solches, die Betonung von Input- oder Outputseite sowie um das Verhältnis von BürgerIn und Staat in der politischen Theorie.

Dabei werden zunächst im Groben zwei Stränge unterschieden. Einerseits ist von der elitistischen Theorie die Rede, bei der „Demokratie eine politische Methode zur Legitimation von Eliten“ ist (Schaurhofer 1999, S.154). Andererseits lassen sich partizipatorische Ansätze beschreiben, die „den Demokratiebegriff selbst mit der unumgänglichen Forderung nach Teilnahme des Volkes“ begründen (ebd.). Weiters werden die Konzeptionen kommunitaristischer Theoretiker und zuletzt das deliberative Demokratiemodell von Habermas erörtert.

1.1. Elitistische Demokratiethorie

Die zuerst genannte Tradition – Demokratie als politische Methode zur Legitimation von Eliten – findet sich in dieser Deutlichkeit bei Schumpeter (1950) wieder. Die Argumentation Schumpeters lässt sich, kurz gesagt, als Plädoyer gegen die klassische Demokratielehre des 18. Jahrhunderts verstehen. Das Procedere der Auswahl von Eliten steht hier klar im Vordergrund.

Die Begründung für seine Kritik liegt darin, dass es seiner Meinung nach so etwas wie ein „eindeutig bestimmtes Gemeinwohl“ oder einen Volkswillen, wie er von den Utilitaristen vertreten wird, nicht gibt (ebd., S.399). Vielmehr gäbe es eine Vereinheitlichung des individuellen Willens und eine Einschmelzung in den Willen des Volkes. Die klassische Lehre über die Unveräußerlichkeit des politischen Willens stimme nicht mit den realen Verhältnissen überein. In komplexen, hoch arbeitsteiligen Gesellschaften sei es nötig, RepräsentantInnen zu beauftragen.

Eines von Schumpeters Argumenten ist, dass BürgerInnen im Feld des politischen eine „geringe Rationalität im Denken und im Handeln“ aufweisen. Ihm zu Folge kann man also den komplexen Einflüssen auf den demokratischen Prozess keine rationale Einheit unterstellen. Man könnte in diesem Sinne meinen, Menschen erkennen nur schwer Ursache- und Wirkungszusammenhänge, denn ihre Rationalität ist eher von kurzfristigen Interessen geprägt. Außerdem beziehen sich die Interessen des/der „DurchschnittsbürgerIn“ meist auf das private Leben. Für komplexe internationale oder nationale Angelegenheiten fehlt ihm/ihr daher der „Wirklichkeitssinn“. Schumpeter argumentiert zum Teil aus der Mengenpsychologie seiner Zeit sowie den Eindrücken totalitärer Systeme und gesteht den Menschen kaum Kompetenz zu, wenn er meint: „So fällt der typische Bürger auf eine tiefere Stufe der gedanklichen Leistung, sobald er das politische Gebiet betritt [...] Er wird wieder zum Primitiven“ (ebd., S.416).

Andererseits hält er den Willen des Volkes für einen „fabrizierten Willen“. Da das Denken assoziativ und affektmäßig ist, ist dies möglicherweise gefährlich für den politischen Prozess. Man ist anfällig für partikulare Interessen von bestimmten Gruppen, lässt sich also leicht beeinflussen, was zu antidemokratischen Resultaten führen kann. Auch jede noch so unparteiische Information zur Entscheidungshilfe beeinflusst schließlich den Willen. Insofern ist „der ‚Wille des Volkes‘ das Erzeugnis und nicht die Triebkraft des politischen Prozesses“ (ebd., S.418). In diesem Punkt sieht Schumpeter also einen rein negativen Aspekt und keinen, wenn man so will, positiven Effekt der öffentlichen Meinungsbildung und Beratschlagung.

Weiters sieht er ein, dass die Summe der Einzelinteressen nicht immer im Sinne der gesamten Gesellschaft sein muss. Hingegen ist er der Meinung, dass die Regierung oftmals besser wisse, was gut für das Volk sei. Schließlich könnte nach der klassischen Theorie auch eine nicht demokratisch gewählte Führung den Willen des Volkes treffen. Daher ist Schumpeter das Procedere der Auswahl so wichtig.

Letztlich kritisiert Schumpeter das Ignorieren der politischen Führung in der klassischen Demokratielehre. Demokratie ist für ihn schlichtweg die anerkannte Methode der Konkurrenz um die Führung (ebd., S.430), d.h. um Macht und Ämter. Er betont dabei immer wieder das fortwährende Gefecht. Wichtig ist allerdings der freie Wettbewerb um die Stimmen. Die VertreterInnen sind in diesem Sinne schlichtweg Eliten, die von der Mehrheit gewählt wurden und Systemstabilität garantieren sollen. Seine allgemeine Definition von Demokratie lautet daher: „Die demokratische Ordnung ist diejenige Ordnung der

Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben“ (Schumpeter 1950, S.428).

Wie man gut erkennen kann, stehen der/die Einzelne und seine/ihre konkurrierenden Interessen in dieser Demokratietheorie im Zentrum. Es ist eng verknüpft mit dem liberalen Politikmodell und dessen Vorstellung vom Verhältnis BürgerIn und Staat. Zu dessen Beschreibung sei an dieser Stelle auf Jürgen Habermas verwiesen.

LIBERALES POLITIKMODELL

Habermas (1996, S.277ff) stellt in Anlehnung an Frank Michelmann neben anderen Modellen das liberale Politikmodell idealtypisch vor. Liberal ist, so wie bei Barber, im US-amerikanischen Gebrauch zu verstehen. Habermas sieht sich selbst sicher als Kritiker des liberalen Politikmodells. Trotzdem ist die Auseinandersetzung mit diesem Strang wichtig für seine späteren Thesen.

Dem liberalen Verständnis nach stehen sich in einer Gesellschaft Privatpersonen mit je entgegengesetzten, subjektiven Interessen gegenüber. Der demokratische Prozess ist dazu da, dass der Staat diese bündelt und durchsetzt. Insofern soll der Staat die privaten Rechte schützen und garantieren. Was hier im liberalen Rechtsverständnis zum Ausdruck kommt, ist ein „negatives“ Verständnis von Recht, nämlich reiner Schutz gegen äußeren Zwang. Das Primat liegt also in der je individuellen Verteidigung subjektiver Rechte und Interessen. Auf eine Formel gebracht schreibt etwa auch Walzer (1992, S.58) dazu: „Dem Liberalismus zufolge sind Männer und Frauen nicht so sehr frei, weil sie im Staat leben, als vielmehr weil sie frei von ihm leben.“

Das liberale Politikmodell zentriert sich um den Staat, allerdings nur insofern, indem dessen Output bemessen wird. Der Input bleibt nebensächlich, ist sozusagen „bewusstlos“. Sofern der normierte Rechtsstaat eine funktionierende Marktgesellschaft gewährleistet, scheint alles in bester Ordnung. Das zu Grunde liegende Paradigma ist also das des Marktes bzw. der Marktgesellschaft. Dieses Modell führt bekanntlich zu dem Problem, dass nicht alle Menschen an den ökonomischen und kulturellen Errungenschaften der Gesellschaft teilhaben können. Daraus resultierte schließlich die Ausbildung des Sozialstaatsmodells (vgl. Habermas 1996, S.302f).

1.2. Partizipative Demokratietheorie

Die Grundposition partizipatorischer Demokratietheorie – insbesondere die der normativen Lehre – lässt sich einfach gesagt unter dem Motto „politische Beteiligung möglichst vieler über möglichst vieles“ subsumieren (Schmidt 2000, S.251). Außerdem stehen soziale und politische Gleichheit im Vordergrund. Die partizipatorische Demokratietheorie (z.B. Barber 1994; Pateman 1970) geht in ihren Ursprüngen auf die Lehre von Jean-Jaques Rousseau zurück. Rousseaus Theorie soll hier nur im Überblick skizziert werden (vgl. Kiss 1977, S.25ff).

Rousseau beschreibt den Übergang des Menschen im Laufe der Evolution von seinem Naturzustand zum Zivilisationszustand. Rousseau zu Folge war der Mensch schwach und hilflos den Naturkräften ausgeliefert und sah ein, dass er auf das Zusammenleben angewiesen war, da es Vorteile brachte in Assoziationen zu leben. Der Übergang zum Zivilisationszustand ist geprägt durch Anwachsen der Bevölkerung, Entstehung des Privateigentums und Herrschafts- bzw. Abhängigkeitsverhältnisse. Diese Unterdrückungsverhältnisse manifestierten sich schließlich in einer Regierung, was eine Pervertierung des freien Naturzustandes bedeutete. Es müsse, wenn man Rousseau folgt, daher das Ziel sein, einen anderen „Gesellschaftsvertrag“ zu finden. Der Zustand der Freiheit von Herrschaft müsse wieder hergestellt werden. So könnte es wieder Solidarität und Versöhnung der Menschen gegen eine Art äußere Gewalt geben. Der Wille des Volkes, der sich im Allgemeinwillen manifestiert, ist als die einzige legitime Macht anzusehen. Der Austausch und das Bewusstwerden von gemeinsamen Interessenlagen kann schließlich zu allgemein akzeptierten Normen führen. In einem demokratischen Staatsvertrag ist nach diesem Verständnis des Allgemeinwillens keine Veräußerung des politischen Willens möglich.

Die Kritik der Vorstellung radikaler Volkssouveränität, die bspw. auch von Schaurhofer (1999, S.149) angeführt wird, bewegt sich entlang der Argumente, dass große soziale Einheiten zur Interessenartikulation schlichtweg Repräsentation brauchen und dass bei Verabsolutierung dieses Gedankens die Autonomie des Einzelnen bedroht wird. Das soll heißen, diese Idee kann in die Unterdrückung von Minderheiten führen, die als störend für die Gemeinschaft gelten.

„STARKE DEMOKRATIE“ BEI BARBER

Es können zahlreiche Argumente für aktive, teilnehmende Demokratie vorgebracht werden. So ist die aktive Teilnahme eine notwendige Bedingung, wenn man von echter Volks-

souveränität sprechen will. Dazu kommen Legitimation und Kontrolle von Herrschaft. Außerdem sind Selbstbestimmung und Selbstentfaltung sowie eine gewisse erzieherische Funktion Grundideen von Demokratie (vgl. Schaurhofer 1999, S.151f).

Die Mitbestimmung muss dazu möglichst nahe an den/die BürgerIn und seine/ihre Interessen angenähert werden. Deshalb sollten weite Teile des gesellschaftlichen Lebens demokratisiert werden. Apathie und Entfremdung seien in diesem Sinne nur Folge real geringer Mitbestimmungsmöglichkeiten. Schließlich sind auch Meinungen nicht präpolitisch, d.h. Veränderungen sind positiv im Sinne eines Auffindens gemeinschaftlicher bzw. verallgemeinerungsfähiger Interessen entstehen über eine starke „Zivilgesellschaft“.

Einer der bekanntesten zeitgenössischen Vertreter der partizipatorischen Demokratietheorie ist Benjamin Barber (1994), der die Bedeutung „starker Demokratie“ unterstreichen will. Er tritt für eine Partizipation im bereits genannten Sinn – der Beteiligung möglichst vieler über möglichst vieles – ein. Dabei zielt Barber insbesondere auf alternative Beteiligungsformen ab, die in dieser Arbeit jedoch nicht das Thema sind. Allerdings sieht er in geringer Wahlbeteiligung ein Problem. Denn die politische Abstinenz führt schlussendlich zu einer „Privatisierung der res publica“, d.h. Abschiebung öffentlicher Angelegenheiten in den privaten Sektor (ebd., S.12).

Die Ursache der Probleme der modernen liberal-repräsentativen Demokratie – dies trifft in Barbers Analyse speziell auf die USA zu – liegt seiner Ansicht nach im liberalen Politikverständnis selbst, das bereits weiter oben beschrieben wurde. Er selbst nimmt die radikale Haltung von Rousseau ein: Repräsentation sei ein Widerspruch, sie zerstört Partizipation und Bürgerschaft. Gleichzeitig gesteht er ein, dass die liberal-repräsentative Demokratie eine logische Entwicklung von wachsenden und arbeitsteiligen Gesellschaften war.

Weiters mahnt Barber die Teilnahme an Demokratie als Vorbedingung für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit ein und nicht umgekehrt, will man von echter Demokratie sprechen (ebd., S.14ff). Denn die Menschen stellen schließlich ihr Recht selbst her. Zu lange wurde so etwas wie „die Gefahr der Beteiligung“ durch Machthabende propagiert.

Die partizipatorische Demokratietheorie ist wiederum eng verknüpft mit dem republikanischen Politikmodell. Es sei hier abermals auf die Beschreibung von Habermas verwiesen, die bereits stark die Sprache des von ihm begründeten deliberativen Politikmodells trägt.

REPUBLIKANISCHES MODELL

Habermas (1996, S.277ff) beschreibt den demokratischen Prozess nach republikanischem Verständnis. Ihm liegt als konstitutives Moment – im Gegensatz zum liberalen Modell – die Idee der gesellschaftlichen Integration durch Solidarität zu Grunde. Dementsprechend ist auch das Staatsbürgerkonzept ein anderes, nämlich „positive Freiheit“ als Beteiligung an einer gemeinsamen Praxis des Politischen. Denn wie Habermas (ebd., S.280) sagt: „[...] Staatsgewalt ist überhaupt keine originäre Gewalt. Diese geht vielmehr aus der in der Selbstbestimmungspraxis der Staatsbürger kommunikativ erzeugten Macht hervor und legitimiert sich daran, daß sie durch die Institutionalisierung der öffentlichen Freiheit diese Praxis schützt.“ Dieser Satz verweist sehr konkret auf das Verhältnis von politischer Macht, Volkssouveränität, Recht und Autonomie.

Politische Macht bzw. der politische Wille geht also aus diskursiv gebildeten Mehrheitsentscheidungen in einer unabhängigen Zivilgesellschaft hervor. Demgegenüber ist die administrative Macht, also die Regierung, auf dieses Verfahren angewiesen (Legitimation) und muss sich auch in der Praxis (Ausübung von Herrschaft) darauf einstellen. Insofern sind auch die Gesetze an das demokratische Verfahren, in welchem sie verfasst werden, gekoppelt.

Zentral sind für dieses Modell die objektive Rechtsordnung und das Paradigma der sittlichen Gemeinschaft. Dem republikanischen Verständnis hängt somit gewissermaßen die Geschichte politischer Theorie nach. Es bleibt die Illusion am Leben, dass ein kollektiv handelndes Volk bzw. Bürgerschaft auf sich selbst einwirkt und sich insofern gegen den Staatsapparat stellt.

1.3. Exkurs – Kommunitaristisches Modell und Zivilgesellschaft

Gewissermaßen bildet die kommunitaristische Theorie einen Balancepunkt zwischen der Vorstellung vollständiger individueller Autonomie und einer von Tugenden und Traditionen bestimmten sozialen Ordnung (vgl. Etzioni 1999). Damit wird, aus der Philosophie kommend, gleichzeitig eine tiefer gehende Frage nach den moralischen Grundlagen und der Wertintegration von westlichen, liberal-demokratischen Gesellschaften gestellt. Der Kommunitarismus wendet sich im Prinzip gegen den vom (Neo-) Liberalismus geförderten Individualismus, um an einen Horizont gemeinschaftlich geteilter Werte und die Bedeutung von Gemeinschaft zu appellieren.

Die Kritik einiger kommunitaristischer Theoretiker an der liberalen Konzeption entzündet sich, wie Honneth (1995, S.13) zusammenfasst, an folgendem Punkt: „Eine liberale Gesellschaft, die moralisch allein von den individuellen Einstellungen leben würde, die in der gemeinsamen Verpflichtung auf die Prozeduren der demokratischen Willensbildung enthalten sind, würde zwangsläufig das Maß an Gemeinschaftssinn zerstören, auf das sie doch zugleich auch vital angewiesen ist [...]“. Deshalb ist der Kommunitarismus eine ständige Korrektur der fälschlichen Annahmen des Liberalismus. So sind sich heute sowohl Kommunitaristen wie Liberale – seit John Rawls’ neueren Theorien – einig, dass ein bestimmter Grad an gemeinsamer Bindung an übergreifende Werte für moderne Demokratien eine Grundvoraussetzung für ihr Funktionieren ist (ebd., S.16).

Nach Etzioni (1999) ist die Vorstellung einer „guten Gesellschaft“ als responsiv kommunitaristisch (verantwortungsvoll) zu deuten. Wie der englische Titel seines Buches „the new golden rule“ verrät, geht es also darum, die moralische Ordnung in dem Maße zu wahren und zu achten, wie man wünscht, dass die Autonomie geachtet und gewahrt wird (ebd., S.19). Die kommunitaristische Idee wäre also, einzeln bevorzugte und tugendhafte Handlungsweisen einander anzunähern zu versuchen, da wir soziale Wesen sind, die voneinander abhängig sind. Dazu braucht es Individuen, „die bereit sind, sich an moralischen Dialogen zu beteiligen, anstatt eine staatlich verordnete Moral zu verlangen; und Menschen die gemeinsame Formulierungen des Guten auf den Bereich der Grundwerte beschränken“ (ebd., S.315). Hierbei geht es eben um die durchaus komplexe Einigung über Grundwerte bzw. Ziele einer Gesellschaft.

Ebenso ist die Idee der Zivilgesellschaft stark an die kommunitaristische Theorie geknüpft. Michael Walzer (1992) sieht etwa eine Überhöhung des tugendhaften, am Gemeinwesen orientierten, politischen Menschen bei Rousseau. Der Mensch ist allerdings ein soziales Wesen, das sich freiwillig im Raum von Vereinigungen verbindet und kommuniziert, und eben diese definieren die Zivilgesellschaft. Denn ein Staat ohne Zivilgesellschaft wäre totalitär, eine reine Zivilgesellschaft wäre anarchisch (ebd., S.87). Deshalb ist die Ermöglichung dieser Vereinigungen in einem liberalen, pluralistischen Staat von so großer Bedeutung, um ein „gutes Leben“ sowie eine aktive StaatsbürgerInnenrolle – abseits von Wahlen – zu ermöglichen. Weiters integriert die Zivilgesellschaft als „Handlungsraum von Handlungsräumen“ die zentralen ideologische Auffassungen vom guten Leben, wie StaatsbürgerInnen, ProduzentInnen, KonsumentInnen und Mitglieder einer Nation (ebd., S.79).

1.4. Deliberative Demokratie bei Habermas

Jürgen Habermas, der auch als Modernisierungstheoretiker bekannt ist, kommt zu einer wesentlichen Einsicht der Theorie der Politikwissenschaft und Soziologie. Politische Herrschaft kann seit der Moderne nur noch, wie er es nennt, „nachmetaphysisch“ legitimiert werden (Habermas 1994). Damit ist gemeint, dass die Menschen verstärkt aus ihren traditionellen Lebenszusammenhängen entbunden wurden, die nun selbst wiederhergestellt werden müssen. Zentral ist für die Politik schließlich der Prozess der Meinungs- und Willensbildung. Diese Einsicht weist bereits auf seine Idee des demokratischen Prozesses hin.

Sein normatives Modell der „deliberativen“ Demokratie ist für ihn der Inbegriff von „prozeduralisierter Volkssouveränität“, d.h. Diskussion um das Gemeinwohl. Er sieht das deliberative Modell als Synthese der oben genannten Modelle – liberal und republikanisch –, abgeleitet aus der Diskurstheorie. Habermas bleibt dabei stets der Lehre der klassischen Demokratietheorie treu, die von der „Idee einer über Gesetze programmierten Selbsteinwirkung“ einer Gesellschaft ausgeht (ebd., S.621).

Um seinen Ansatz zu verstehen, muss seine idealtypische Konzeption zweier Sphären von Gesellschaft berücksichtigt werden – nämlich System und Lebenswelt (vgl. Habermas 1981, Kap. VI). Die Trennung ergibt sich durch zwei divergente Handlungslogiken. System („Zweckrationales Handeln“) versteht sich als instrumentell, strategisch vorgehend. Zweckrationales Handeln findet sich in der Wirtschaft, aber auch im Staatsapparat wieder. Zweckrationale Orientierung läuft entlang der beiden Medien Macht und Geld. Lebenswelt („Kommunikatives Handeln“) hingegen ist definiert durch Interaktion und intersubjektive Verständigung, die Normen aushandelt und sich danach richtet. Diese kulturell gespeicherten wechselseitigen Verständigungsleistungen werden erschaffen und erneuern sich gleichzeitig immer wieder.

Diese beiden Handlungslogiken stehen immer zueinander in Beziehung. Habermas nimmt damit auch eine Unterscheidung des Politischen an sich vor. Es gibt zwei Aspekte: kommunikativ erzeugte Macht (aus der Lebenswelt) und administrativ verwendete Macht (aus dem politischen System) (Habermas 1994, S.622). Wesentlich ist, dass im deliberativen Modell die Rückkopplung politischer Macht (Regierung) mit kommunikativer Macht (Zivilgesellschaft) immer gegeben sein muss. Das Modell sieht Politik also als input-orientiert und nicht output-orientiert, nachträglich kontrollierend. Sie ist schließlich auf die

Stimmen, d.h. auf Legitimation angewiesen oder, anders ausgedrückt, der Staatsapparat muss sich legitimieren, indem er Loyalität aus der Öffentlichkeit extrahiert.

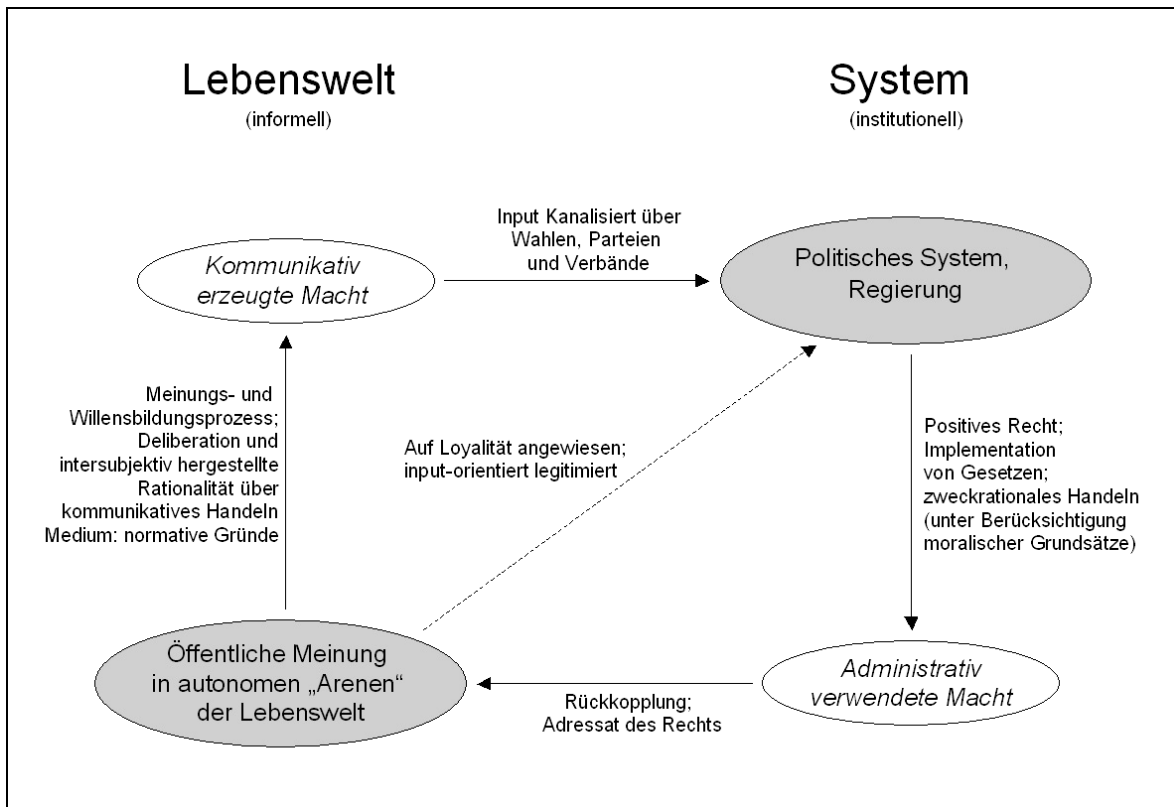
Im Unterschied zum Bild eines kollektiv handelnden Akteurs „Bürgerschaft“ verweist Habermas auf das eher abstrakte Bild von „Arenen“ die „subjektlos“ sind und sich durch die „Intersubjektivität von Verständigungsprozessen“ auszeichnen (1996, S.288f). Zentral dafür ist seine Vorstellung des herrschaftsfreien Diskurses. Voraussetzung sind gewisse Normen wie: prinzipielle Gleichheit der Teilnehmer, prinzipielle Problematisierbarkeit aller Themen und Meinungen, prinzipielle Unausgeschlossenheit des Publikums. Die dadurch erreichte kommunikative Realität durch den „eigentümlich zwanglosen Zwang“ (eine öfter verwendete Formulierung) des besseren Arguments soll idealerweise das beste Argument zum Gewinn bringen, auf welches weiter aufgebaut werden kann. Dieser Punkt ist schließlich für den Aspekt des Prozesses der Meinungs- und Willensbildung relevant.

Diesen subjektlosen Arenen, wie er es später nennt, unterliegt die Vermutung der praktischen Vernunft ihrer Ergebnisse. Habermas formuliert es an anderer Stelle ganz knapp in der Form, dass „jene Regelungen Legitimität beanspruchen dürfen, denen alle möglicherweise Betroffenen als Teilnehmer an rationalen Diskursen zustimmen könnten“ (1996, S.299f). Die so erlangten „normativen Gründe“ sind schließlich die „Währung“ der kommunikativ erzeugten Macht (Habermas 1994, S.623). Kanalisiert wird kommunikativ erzeugte Macht primär über Wahlen, aber auch über Verbände und Parteien. Diese Form der „Macht“ entsteht aus der Diskussion über Themen, Interpretation von Werten und liefert eben diese Gründe.

Die administrative Macht muss die kommunikativ erzeugte Macht in ihre Sprache übersetzen, denn sie funktioniert nach einem quasi instrumentellen Umgang mit dem Recht. Dem politischen Apparat geht es im Prinzip um Implementation von Gesetzen, weniger um ihre dahinter liegenden normativen Gründe. Er funktioniert somit nach der Handlungslogik „zweckrationalen Handelns“.

Die normativen Gründe nehmen dann in der administrativen Macht ihre Form an. Warum sich das politische System verpflichtet fühlen soll, diese Ergebnisse umzusetzen, erklärt sich aus der oben genannten Prozeduralität desselben. Ein Diagramm soll die dargelegten Thesen zum deliberativen, demokratischen Prozess veranschaulichen (Abbildung 3).

Abbildung 3: Modell des demokratischen Prozesses bei Habermas



(Quelle: Eigene Darstellung)

Habermas beschreibt die Idee deliberativer Demokratie klar als normatives Ziel. Seine Thesen sind ebenso kritisiert worden, da bspw. eine solche herrschaftsfreie Sprechsituation real nur selten vorzufinden wäre. Dennoch lassen sich einige Erkenntnisse aus Habermas Theorie für das Verständnis des demokratischen Prozesses in modernen, repräsentativen Demokratien gewinnen.

1.5. Zwischenresümee

Demokratie kann als gesamtgesellschaftlicher Prozess verstanden werden, der „politische Methode“ aber zugleich „ethisches Ziel“ ist (Schaurhofer 1999, S.147). In der Diskussion verallgemeinerungsfähige Interessen zu finden, ist Kern der Theorie sowohl von Habermas als auch von Barber. Darin steht das deliberative Verständnis dem des atomisierten Einzel-individuums, das seine Grenzen durch negative Freiheiten definiert, diametral gegenüber.

Das Problem scheint weiterhin die praktische Umsetzung von unmittelbarer Partizipation in großen Gesellschaften zu sein – auf nationaler Ebene und erst recht auf europäischer Ebene. Gleichzeitig sehen alle der hier angeführten Theoretiker die Notwendigkeit von

Repräsentation in modernen, bevölkerungsreichen, arbeitsteiligen Gesellschaften bzw. „machen Arbeitsteilung und Vertretung Demokratie in komplexen, heterogenen Gesellschaften organisatorisch erst möglich [...]“ (Rosenberger/Seeber 2008, S.20). Die liberale, repräsentative Demokratie modernen Typs wird daher – zumindest dem „westlichen“ Verständnis nach – immer noch als die einzig praktikable Lösung angesehen, die sich auch demokratisch nennen darf.

2. Wählen und politische Partizipation

Partizipation als Engagement für die Politik kann als integraler Bestandteil des sozialen Lebens und als Bedingung für Demokratie überhaupt angesehen werden. Definitionen politischer Partizipation betonen im Kern meist die Rolle als BürgerIn, die Aktivität der Selbstbestimmung, die Freiwilligkeit und den Bezug auf Regierung sowie Politik im weitesten Sinn (vgl. Deht 2006, S.170f). Zwar kann politische Partizipation auch sehr breit verstanden werden, wie z.B. „sich im Rahmen des politischen Feldes zu engagieren, und [...] Interessen und Einstellungen in irgendeiner Form zum Ausdruck zu bringen“ (Schaurohofer 1998, S.179), in dieser Arbeit soll jedoch rein die institutionalisierte Form des Wählens in repräsentativen Demokratien betrachtet werden.

Wahlen sind die am häufigsten praktizierte Form politischer Partizipation. Überdies sind diese, aus sozioökonomischer Sicht betrachtet, in der Teilhabe immer noch die allgemeinste und egalitärste Form (vgl. Lijphart 1997). Entgegen der pessimistischen Einstellung Barbers, dass Repräsentation über Wahlen eine schwache Beteiligungsform ist, könnte man anführen, dass jene Personen, die Wählen gehen, sich auch in anderen Feldern und Formen politisch aktiv zeigen (vgl. Rosenberger/Seeber 2008, S.24).

WÄHLEN VON REPRÄSENTANTINNEN

Die Vorstellung der Teilhabe – über das Zur-Wahl-Gehen hinaus – ist selbstverständlich eng an die bereits erwähnten Theorien der partizipativen bzw. deliberativen Demokratie geknüpft. In Bezug auf Wahlen als *Procedere* hat jedoch auch die Theorie der Auswahl von Eliten ihre Berechtigung, denn man kann konstatieren: „Demokratische Wahlen sind in großflächigen pluralistischen Gesellschaften der Modus, mit dem politisches Führungs-

personal ausgewählt und auf Zeit legitimiert wird, stellvertretend zu entscheiden“ (Rosenberger/Seeber 2008, S.8).

Der Akt des Wählens stellt schließlich die „Brücke“ zwischen Stimme (individuelle Wahlentscheidung) und Regierung (politische Entscheidungen) her. Sofern Wahlen fair und kompetitiv sind, bieten sie die Möglichkeit, Interessen und Präferenzen zu artikulieren oder auch negativ bilanzierte Politik-Outputs zu sanktionieren. Dies entspricht dem zugewiesenen Mandat (prospektiv) und der Verantwortlichkeit (retrospektiv). Letztlich findet also das politische System der modernen, liberalen Demokratie die einzige Legitimationsquelle in der Souveränität des Volkes.³

In Bezug auf die Repräsentation in einer Demokratie dürfte das Ziel unbestritten sein, die Kluft zwischen RepräsentantInnen und Repräsentierten möglichst klein zu halten. Ideal wären die RepräsentantInnen auch das genaue soziodemographische Abbild der gesamten Bevölkerung. So ist Österreich bspw. derzeit mit seinen 17 Sitzen im EP von sieben Frauen vertreten. Real haben Demokratien seit je her mit dieser Problematik zu kämpfen – sei es die Unterrepräsentation bestimmter sozialer (Rand-)Gruppen oder die Knüpfung der Stimme an Staatsbürgerschaft in einer von Migration geprägten Gegenwart.

DIE FUNKTION VON WAHLEN UND WAHLSYSTEME

Wenn man nun die politische Funktion von Wahlen genauer betrachtet, kann man nach Schaurhofer (1998, S.178) grob folgende Einzelaspekte hervorheben:

- A) Normativ: Umsetzung der Idee von Volkssouveränität; Wahlen dienen zur formalen Legitimation
- B) Institutionell: Wahlen als akzeptierte Einrichtung; Schutz gegen übermäßig „repressiven“ Staat sowie Schutz gegen „übermäßig expressive“ BürgerInnen
- C) Prozedural: Modell für den Transport von Themen; Wahl allerdings nur zwischen begrenzten Themen

³ vgl. dazu weiter oben: Das Modell des demokratischen Prozesses bei Habermas

Schlussendlich ist festzuhalten, dass Wahlen dadurch gekennzeichnet sind, dass sie eben ein begrenztes Spektrum der Betätigung darstellen, in ihrer Vielfalt zeitlich, lokal und konzeptuell streng reglementiert sind und in relativ großen zeitlichen Abständen abgehalten werden. Auch muss das jeweilige Wahlsystem gewisse Kriterien erfüllen (vgl. Rosenberger/Seeber 2008, S.79f):

- Repräsentation (fair, Berücksichtigung von Minderheiten)
- Konzentration (Bündelung von heterogenen Meinungen und Interessen)
- Partizipation (differenzierter Ausdruck des Willens, Vorzugsstimmen)
- Einfachheit des Wahlsystems
- Legitimität des Wahlergebnisses

INFORMELLE UND UNKONVENTIONELLE PARTIZIPATION

Die Einflussnahme auf demokratische Entscheidungsprozesse hat sich ungefähr seit den 70er Jahren zunehmend erweitert. Daher sind neben der konventionellen Form der allgemeinen Wahlen auch „unkonventionelle“ Formen sowie bürgerliche Aktivitäten, d.h. soziales Engagement, zu berücksichtigen. Deht (2006) zu Folge ließe sich dieses Repertoire – auch im internationalen Vergleich – auf rund 70 Aktivitäten ausdehnen. Man läuft dabei allerdings leicht Gefahr, alles als politische Tätigkeit zu bezeichnen. Am sinnvollsten erscheint eine Unterteilung politischer Partizipation in (ebd., S.178):

- A) Wählen
- B) Mitarbeit in Kampagnen
- C) kommunale Aktivitäten
- D) individuelle/persönliche Kontakte

Kaase (1987, S.137f) erweiterte die herkömmliche Unterteilung von konventionell vs. unkonventionell noch in „verfasste“ und „unverfasste“ Partizipationsformen. Damit sollte

der Legalitätsstatus von Aktionen berücksichtigt werden. Beispiele für nicht legale Aktivitäten wären etwa Hausbesetzungen oder nicht angemeldete Demonstrationen. Als Ursache für die Ausweitung der Beteiligungsformen werden unter anderem der wachsende Wohlstand in entwickelten Gesellschaften und der damit einhergehende Ausbau des Wohlfahrtsstaates gesehen (vgl. Deht 2006). Dies hatte wiederum ein größeres Ausmaß an Eingriffen in zentrale Lebensbereiche zu Folge und führte insofern zu weiterer Organisation von Interessen, die gegenüber der Regierung artikuliert werden sollten.

Die Ausbildung unkonventioneller Partizipationsformen ist ebenso stark in der Theorie der Postmoderne von Inglehart (1999) enthalten. Seine Thesen behandeln einen fundamentalen Wandel in den Wertesystemen von Gesellschaften im Übergang von der Moderne zur Postmoderne. Während die Moderne überwiegend durch Industrialisierung, Wirtschaftswachstum und damit von materialistischen Werten wie ökonomische und körperliche Sicherheit geprägt war, treten laut Inglehart in der Postmoderne andere Werte wie Selbstverwirklichung und politische Partizipation in Erscheinung. Insbesondere jüngere, gebildete Kohorten bilden unter dem Eindruck von Stabilität und wohlfahrtstaatlicher Sicherung andere Wertprioritäten aus. Geringere Parteiloyalität, gestiegene Bildungsniveaus sowie eine zunehmend von Autonomie und Fachwissen geprägte Arbeitswelt eröffnen den Grundstock für solche unkonventionellen Partizipationsformen (ebd., S.242, 431). Inglehart kommt deshalb zu dem Schluss, dass „die Partizipation, die auf Eliten ausgerichtet ist [Wahlen, Parteiloyalität], verfällt, während gleichzeitig aktive Partizipationsformen zunehmen“ (ebd., S.429).

Aus welchen Gründen Menschen letztlich politisch aktiv werden, kann in unterschiedlicher Weise gedeutet werden. Darauf soll nun im folgenden Kapitel näher eingegangen werden.

3. Erklärungsansätze für politische Beteiligung

Der folgende Abschnitt soll einen Überblick über verschiedene Ansätze zur Erklärung von politischer Partizipation im Verhältnis Individuum und Gesellschaft geben. Institutionelle Rahmenbedingungen werden hier, wie in der Einleitung erwähnt, nicht betrachtet.

Es werden im Folgenden drei Ebenen im Sinne der Makro-, Meso-, und Mikroebene beleuchtet. Die Unterscheidung der theoretischen Modelle wird sich unter anderem an der Gliederung eines Artikels von Leighley (1995) orientieren, der einen Überblick über die

wichtigsten Studien zu politischer Partizipation in den USA liefert. Diese sollen sich mit den hier genannten Ebenen decken:

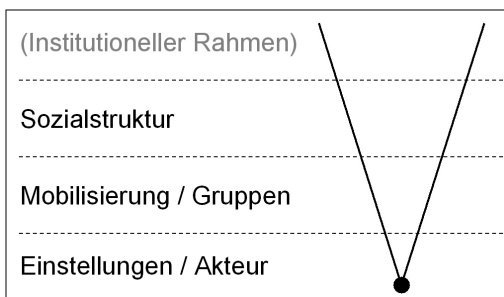
Tabelle 1: Gesellschaftliche Ebenen und Erklärungsansätze für Partizipation

Ebene	Beschreibung	Ansatz
Makro	Das Individuum in der Sozialstruktur bzw. in sozioökonomischen Rahmenbedingungen	Soziodemographie, Lebenszyklus, Soziökonomisches Standardmodell (SES)
Meso	Das Individuum als Teil von Gruppen und seine Integration	Ressourcenmodell (Sozialkapital), Mobilisierungsmodell, soziale Integration
Mikro	Die sozialpsychologische Dimension und individuelle Motivationen der Akteure	Sozialpsychologische Ansätze, Rational-Choice-Ansatz

(Quelle: Eigene Darstellung)

Entsprechend diesen Ebenen wurde die Nicht-Teilnahme umgangssprachlich gerne so formuliert: weil man nicht kann (SES), weil niemand gefragt hat (Gruppe) oder weil man nicht will (Einstellungen) (vgl. Brady et al. 1995, S.271). Zusätzlich könnte man eben noch einen vierten Faktor anführen: Wahlrecht und administrative Regeln. So gibt es Unterschiede zwischen Staaten in Bezug auf Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht sowie gesetzliche Wahlpflicht. Administrative Regeln werden z.B. in der US-amerikanischen Forschung hervorgehoben, wo die Registrierung eine große Rolle spielt (vgl. Stein et al. 2005). Die Kette von langfristigen Faktoren bis hin zu kurzfristigen Determinanten der Wahlentscheidung ließe sich idealtypisch auch als Trichter darstellen:

Abbildung 4: „Trichter“ der Einflussfaktoren zur politischen Beteiligung



(Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an: Rosenberger/Seeber 2008, S.55; Kleinhenz 1995, S.30f)

An dieser Stelle sei bereits darauf hingewiesen, dass diese Ebenen selbstverständlich miteinander verbunden sind und ineinander fließen. Schließlich ist es Ziel und Aufgabe sozio-

logischer Forschung, das einzelne Individuum immer in seinem sozialen Kontext zu sehen. Damit kann das Phänomen Wahlenthaltung über die reine individuelle Entscheidung (für oder wider) hinaus betrachtet werden.

3.1. Soziodemographie und SES-Modell

WAHLBETEILIGUNG UND SOZIODEMOGRAPHIE

Der bisherige Erkenntnisstand in Bezug auf die Sozialstruktur von NichtwählerInnen gegenüber WählerInnen ließe sich, wie Kleinhenz (1995, S.26) resümiert, an fünf Faktoren vergleichen: Alter, Geschlecht, sozioökonomischer Status sowie Konfession oder allgemein sozialer Integrationsgrad. Im Sinne der in dieser Arbeit vorgeschlagenen Ebenen der Einflussfaktoren werden zunächst die ersten drei Merkmale erläutert. Der soziale Integrationsgrad und mit ihm der Kirchgang werden im weiteren Verlauf näher betrachtet werden.

In beinahe allen Studien zur Wahlbeteiligung lässt sich ein positiver Effekt des Faktors Alter nachweisen. Wenn man für Bildung, Einkommen und Geschlecht kontrolliert, steigt die Partizipation mit höherem Alter. Die Gruppe jener, die etwa 70 Jahre oder älter sind, geht jedoch wieder deutlich weniger wählen (vgl. Eilfort 1994, S.84ff). Der Aufwand wird wieder größer und soziale Integration nimmt tendenziell ab. Man könnte dies als Teil eines Lebenszyklus interpretieren, in dem jüngere Menschen noch weniger gesellschaftlich integriert und zusätzlich mobiler sind. Insofern kann eine echte lineare Beziehung nur unterstellt werden, da die Beziehung real eher einer Kurve ähnelt. Die niedrige Wahlbeteiligung bei sehr jungen und sehr alten Personen zeigte sich laut Picker und Zeglovits (2005a, S.28) auch bei der EP-Wahl in Österreich 2004. Altersgruppen bzw. unterschiedliche Kohorten sollten jedenfalls unter dem Aspekt unterschiedlicher Sozialisation, struktureller Einflüsse und ihrer spezifische Stellung im Lebenszyklus betrachtet werden. Dies gilt insbesondere, wenn man den Effekt von Bildung und politischem Interesse auf Partizipation untersuchen will (vgl. Hadjar/Becker 2006).

In Bezug auf das Geschlecht lassen sich heute kaum mehr Unterschiede in der Beteiligung feststellen. Das Verhältnis kann bei unterschiedlichen Formen der Partizipation in beide Richtungen variieren. Laut Eilfort (1994) und Kleinhenz (1995) wächst seit den 80er Jahren die Kluft zwischen Mann und Frau wieder leicht. Vor allem jüngere Frauen gehen wieder deutlich weniger zur Wahl. Das Zusammenspiel von Alter und Geschlecht wäre demnach heute aussagekräftiger.

SOZIOÖKONOMISCHER STATUS

Das sozioökonomische Standardmodell (Verba/Nie 1972, Kap. 8; Leighley 1995) ist am weitesten verbreitet und in der Forschung weitgehend akzeptiert. Es leitet sich von dem Begriff des sozioökonomischen Status oder auch SES (socioeconomic status) ab.

Dieser Ansatz wird durch die Vorstellung geleitet, dass die individuellen sozioökonomischen Ressourcen einer Person für die Beteiligung sowie deren Vorhersage ausschlaggebend sind. Das SES-Modell sagt also aus, dass sich die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine Person politisch beteiligt, mit steigendem sozioökonomischen Status erhöht. Damit sind zunächst Ressourcen wie Geld, Bildung, Art des Berufs bzw. Schichtzugehörigkeit sowie Zeit gemeint, die quasi die Beteiligung erleichtern bzw. fördern.

Der wohl wichtigste Aspekt ist, dass Bildung einen höheren sozioökonomischen Status definiert. Auch im SES-Modell spielt die Bildung daher eine wichtige Rolle. Es wurde in den USA weitgehend nachgewiesen, dass mit höherer Bildung die Wahrscheinlichkeit für politische Beteiligung – in jedweder Form – zunimmt (Leighley 1995, S.183). Der Effekt für Einkommen ist ähnlich, jedoch etwas schwächer. Auch Deth (2006, S.184) konstatiert mit Rekurs auf die US-amerikanische Forschung, dass höhere „individuelle Ressourcenausstattung – Schulbildung, Einkommen, gesellschaftliche Position – die Chancen für politische Partizipation maßgeblich bestimmt“.

BILDUNG UND BETEILIGUNG

Der Faktor Bildung und damit politisch interessierte, mündige BürgerInnen sind für eine „starke“ und funktionierende Demokratie von enormer Bedeutung. Zweifelsohne ist Bildung stark geknüpft an Informationsverarbeitung, „Informiertheit“ sowie politisches Interesse (vgl. Hadjar/Becker 2006). Deshalb wurde Bildung etwa auch als Grundrecht eingefordert, um ein möglichst gleiches Niveau und damit die Sicherung einer demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen.

Wie man aus einer Vielzahl soziologischer Untersuchungen weiß, ist Bildung stark an das Herkunftsmilieu geknüpft. Um in den Worten von Bourdieu (1992) zu sprechen, ist die Aneignung von Bildung und Fähigkeiten über Familie und schulische Ausbildung als „inkorporiertes Kulturkapital“ von großer Bedeutung (ebd., S.55). Letztlich sieht auch Bourdieu im bereits vorhandenen ökonomischen Kapital den letzten Grund für mögliche Ausprägungen anderer Kapitalsorten, da diese nur Transformationen sind. Die Verteilung

eben dieser Kapitalsorten spiegelt sich dann realiter in der Sozialstruktur als soziale Ungleichheit in gegebenen Handlungschancen wider.

Hadjar und Becker (2006) zeigen bspw. für Deutschland, dass die Unterschiede im politischen Interesse zwischen sozialen Schichten geringer geworden sind und dass ein Effekt der Höherbildung auf politisches Interesse im Zeitverlauf zu verzeichnen ist. Interessant ist jedoch, dass es vor dem Hintergrund der Bildungsexpansion und „Fahrstuhleffekt“ (Beck 1986) trotzdem zu einer generellen Abnahme der Wahlbeteiligung, d.h. auch bei nationalen Wahlen, kommt.

Man kann jedenfalls davon ausgehen, dass ein höheres Bildungsniveau die Informationsverarbeitung gegenüber dem politischen Prozess erleichtert und damit die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme erhöht. Diese These wurde bereits in der Theorie von Downs (1957) im Sinne kognitiver Fähigkeiten vorgebracht, welche die Kosten der Partizipation minimieren. Letztlich sind seine These der Kosten-Nutzen-Berechnung sowie die Informationsverarbeitung jedoch kognitive Prozesse und werden daher erst später im Detail behandelt.

Weiters unterstellt auch Inglehart (1999), dass Gesellschaften im Übergang von der Moderne zur Postmoderne durch eine steigende „kognitive Mobilisierung“ geprägt sind (ebd., S.238). Den Hintergrund bildet zunächst der fundamentale Wandel, der sich im Wechselspiel von Werten, politischer Kultur und Ökonomie vollzieht. Ökonomische Stabilität in der Postmoderne ermöglicht eine strukturelle Veränderung durch steigendes Bildungsniveau sowie Tertiärisierung der Wirtschaft, die durch autonomeres Arbeiten und Kreativität geprägt ist. Auch neue Formen der Partizipation fordern ein höheres Maß an Fähigkeiten oder interner „efficacy“, weshalb die Variable Schulbildung von großer Bedeutung ist. Eine Abnahme der Wahlbeteiligung, wie man sie in den letzten Jahren beobachtet, kann allein damit de facto aber nicht erklärt werden.

3.2. Ressourcenmodell und Mobilisierungsmodell

RESSOURCEN UND SOZIALKAPITAL

Die noch immer als wichtig geltende Arbeit von Verba und Nie (1972) hat bereits den positiven Effekt von aktiver Mitgliedschaft in freiwilligen Organisationen für die Wahlbeteiligung betont. Das SES-Modell ging in Bezug auf politische Aktivität von einer klaren, kausalen Ursache-Wirkung-Beziehung aus. Die Einstellungen, d.h. politisch-

partizipatorische Orientierungen, gehen dem tatsächlichen Verhalten voraus. So werden aber Einstellungen vielmehr in einem kontinuierlichen Prozess durch Informationsbeschaffung, Diskussion oder auch „Mobilisierung“ verändert (Leighley 1995, S.183).

In einer frühen Arbeit von Lazarsfeld et al. (1955) wird bereits die Bedeutung der Einbindung des Individuums in Gruppen hervorgehoben. Diesem mikrosoziologischen Modell zu Folge steht das Wahlverhalten in starker Verbindung zu den Bezugsgruppen. Lazarsfeld et al. kommen aus ihren Ergebnissen zu dem Schluss, dass innerhalb dieser Gruppen eher homogene Meinungen vorherrschen und somit Dissonanz vermieden wird. Veränderung oder konflikthafte Meinungen entstehen durch „cross-pressures“, d.h. durch vielfältige Meinungen aus unterschiedlichsten Gruppenbezügen.

Das soziökonomische Standardmodell wurde unter anderem von Brady et al. (1995) ergänzt. Sie gehen von einem breiteren Begriff von Ressourcen, die einer Person zu Verfügung stehen, aus. Diese bedingen schließlich den Akt der politischen Aktivität. Was den Autoren zu Folge im klassischen SES-Ansatz fehlt, ist eine klare Verbindung von Status und Aktivität. Deshalb fügen die Autoren den materiellen Ressourcen und Freizeit eine dritte Komponente, nämlich „zivilgesellschaftliche Fähigkeiten“, hinzu. Diese werden definiert als „communications and organizational capacities“, die im Laufe des Lebens in Schule, Arbeitsplatz, freiwilligen Vereinen oder der Kirche erworben werden (ebd., S.273).

Insofern wird hier eine andere Ebene angesprochen, nämlich die Einbindung des Individuums in soziale Netzwerke. In der politischen Theorie wurde dann von Robert Putnam (2000) die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Netzwerke für das Bestehen der Demokratie hervorgehoben. Zu den soziökonomischen Ressourcen kommt also eine weitere Ressource hinzu, die in der Theorie als „soziales Kapital“ bezeichnet wird. In der Soziologie beschäftigte sich etwa Bourdieu (1992) mit der Reproduktion des sozialen Status und mit der Erweiterung von Ressourcen („Kapital“) über die ökonomische Dimension hinaus. Neben ökonomischem und kulturellem Kapital verfügt jeder Mensch in unterschiedlichem Ausmaß über soziales Kapital, d.h. „Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen“ (Bourdieu 1992, S.63). In den Netzwerken und Gruppenbezügen (z.B. Familie oder Partei) findet man schließlich Austausch mit anderen. Diese Kapitalformen bzw. Ressourcen wie auch das genannte „Kulturkapital“ bedürfen jedoch selbst gewisser Investitionen, sei es Zeit in Bildung oder Aufmerksamkeit und Sorge um soziale Netzwerke.

Diese Ansicht, dass eine starke Verbindung von Status und Sozialkapital besteht, teilen auch Lake und Huckfeldt (1998). Sie haben sich in ihrer Studie mit der Verbindung von Sozialkapital und politischer Partizipation auseinandergesetzt. Demzufolge gibt es eine Art „politisch relevantes Sozialkapital“, welches entsteht, indem sich das Individuum einem anderen Meinungsklima aussetzt. Dabei werden Einstellungen und Motivationen verändert oder gefördert (vgl. auch den Ansatz von Rosenberg 1988). Lake und Huckfeldt schlagen deshalb vor, neben dem konventionellen Maß Häufigkeit der Vereinstätigkeit die Zahl potentieller DiskutantInnen, Häufigkeit der Interaktion sowie Expertise (knowledge) in den persönlichen Netzwerken zu berücksichtigen (ebd., S.577).

In jedem Fall bedingt der eigene Status gewissermaßen den Kontakt zu Netzwerken, in denen Wissen und Expertise über den politischen Prozess angeeignet werden. Insofern ist auch die mögliche Verknüpfung über die nahen Bezugsgruppen hinweg von so großer Bedeutung.

Diese Einsicht deckt sich mit den Ergebnissen von Brady et al. (1995), wenngleich die Autoren keinerlei Bezug auf Vertreter der Sozialkapital-Theorie nehmen. Ein Faktum ist ihrer Ansicht nach, dass sozioökonomisch besser Gestellte meist auch einen höheren Grad an zivilgesellschaftlichen Fähigkeiten aufweisen. Das Modell von Brady et al. erkennt größere Ressourcen als starke Prädiktoren, d.h. kausal vorausgehende Variablen, für politische Partizipation. Gleichzeitig räumen sie allerdings ein, dass der Faktor politisches Interesse für Wahlbeteiligung sehr große Relevanz besitzt (ebd., S.285).

Die Schlussfolgerung wäre also, dass sich Menschen in sozialen Netzwerken (Vereine, nicht-politische Organisationen) bestimmte „zivilgesellschaftliche“ Fähigkeiten, Information, Motivation und Expertise aneignen. Diese stärken wiederum die Wahrscheinlichkeit sich am politischen Prozess zu beteiligen. Fraglich bleibt allerdings, inwieweit solche „lokalen“ Netzwerke Einfluss auf die Teilnahme bei Europawahlen haben.

MOBILISIERUNGSMODELL UND MOBILISIERUNGSFAKTOREN

Das Mobilisierungsmodell nimmt an, dass Partizipation als Reaktion auf kontextuelle Bedingungen und politische Möglichkeiten, strukturiert durch die Umwelt eines Individuums, zu verstehen ist (vgl. Leighley 1995, S.188). Selbstverständlich ergeben sich hierbei gewisse Überschneidungen mit dem Konzept des Sozialkapitals und den damit verbundenen Netzwerken, da dieses Konzept selbst sehr breit gefasst werden kann. Deshalb soll sich der folgende Teil im Allgemeinen auf die Integration des Individuums in die Gesell-

schaft beziehen, wobei eine als „positiv“ bezeichnete soziale Integration entscheidend für politische Beteiligung angesehen wird.

Wie weiter oben erwähnt, werden individuelle Einstellungen auch durch Mobilisierung sowie Beteiligung aller Art mit geformt. Sie stehen also nicht a priori fest oder werden ebenso wenig nur durch interne Motivationen definiert. Im Folgenden sollen Mobilisierungsfaktoren, die in der Literatur zur Erklärung der Beteiligung bzw. Enthaltung herangezogen werden, dargestellt werden: Individualisierung und soziale Kontrolle (vgl. Goltz/Liepelt 1977; Eilfort 2006).

INDIVIDUALISIERUNGSTHESE

Oft wird geringe Wahlbeteiligung durch die Individualisierungsthese und die damit geringer werdende gesellschaftliche Anknüpfung – an Partei, Vereine, Gewerkschaft, aber auch Familie oder Kirche – bzw. geringere Integration erklärt. Ulrich Beck (1983; 1986) sieht das Phänomen „Individualisierung“ in der Ausbildung der modernen wohlfahrtstaatlichen Massendemokratie im Rahmen der Modernisierung verwurzelt. Diese Entwicklung ermöglichte im Grunde bessere soziale Sicherheiten und Bildung. Diese an sich „verbesserten“ Bedingungen hatten jedoch bspw. die Loslösung aus traditionellen lebensweltlichen Gemeinsamkeiten des Herkunftsmilieus, lockere Bekanntschafts- und Nachbarschaftsverhältnisse durch Urbanisierung sowie stärkere Konkurrenzbeziehungen bei Bildungstiteln und am Arbeitsmarkt zur Folge. Eine daraus gefolgerte Diagnose ist schließlich die Auflösung der traditionellen Klassen und Neubildung von frei wählbaren Milieus.

Die Individualisierung bei gleichzeitiger Pluralisierung von Lebensstilen hatte unter anderem die Auflösung der Parteienbindung und den Verlust des/der Stammwählers/in zur Folge (vgl. Plasser/Ullrich 2000). Auch Inglehart (1999) zeigt in seiner umfassenden Analyse zum Wandel von Gesellschaften, dass bei immer stärkerer „kognitiver Mobilisierung“ traditionelle Organisationen wie Parteien, Gewerkschaft oder Kirche an Bedeutung verlieren und damit alternative Beteiligungsformen in den Vordergrund treten. Auch die Konfession hat über die Zeit kontinuierlich an Aussagekraft verloren. Die Häufigkeit des Kirchganges – als Indikator für soziale Integration – hat dennoch einen gewissen Erklärungsgehalt und ist der Empirie nach positiv mit Wahlbeteiligung korreliert (Kleinhenz 1995, S.28f).

Weiters ist dem älteren „cross-pressure-model“ (Lazarsfeld et al. 1955) zu Folge die Wahlentscheidung eben nicht mehr eindeutig als Prädisposition des sozialen Umfeldes erklär-

bar. Das Individuum ist heute vielmehr unterschiedlichen, auch gegenläufigen Interessen im Sinne der Konfliktlinien, bzw. „cleavages“ (vgl. Lipset/Rokkan 1967) Zentrum-Peripherie, Kirche-Staat, Stadt-Land oder ArbeitnehmerIn-ArbeitgeberIn, ausgeliefert. Daraus resultiert eine größere Zahl unentschlossener WählerInnen, was folglich die Nicht-Teilnahme nach sich ziehen kann.

Kleinhenz (1995, S.29) führt zusätzlich die aus den USA stammende „Randständigkeits-hypothese“ an. Diese These besagt, dass NichtwählerInnen in den USA „ein sozial isoliertes Segment der Gesamtbevölkerung darstellen“. Die These charakterisiert eben diese Gruppe zusätzlich zur schlechten sozialen Integration als nicht den zentralen „cleavages“ zuordenbar. Er sieht jedoch immer noch ein Problem in der praktischen Forschung, diese Isolierung korrekt zu operationalisieren. Kleinhenz These lautet daher, dass sich diese Isolierung allgemein als „Entfremdung gegenüber der Gesellschaft“ (oder auch Anomie) bezeichnen ließe (ebd., S.30).

SOZIALE KONTROLLE

„Soziale Kontrolle“ besteht im Allgemeinen dahingehend, dass man selten allein zur Wahlurne geht und somit dem Zwang der Familie bzw. einer Gruppe ausgesetzt ist. Wahlverhalten ist also immer verbunden mit Gruppenverhalten. Deshalb ist auch die Partizipation von Menschen, die in Zwei- oder Mehr-Personenhaushalten leben, meist höher als bei Singles. Auch wurde bereits nachgewiesen, dass die Beteiligung in der Stadt geringer ist als am Land, was auf die im ländlichen Raum bestehende größere soziale Kontrolle zurückzuführen ist (vgl. Golzem/Liepelt 1977; Eilfort 2006).

3.3. Rational-Choice und sozialpsychologische Ansätze

Eine Erweiterung der soziologischen Erklärungsmuster stellen sozialpsychologische Ansätze dar. Ihnen ist die Ablehnung des sozialen Determinismus von sozialen Strukturen gemeinsam. Am Ende der Kette von längerfristig geprägten Einstellungen stehen vielmehr kurzfristige Entscheidungen und psychologische Faktoren im Vordergrund.

RATIONAL-CHOICE-ANSATZ

In der Erklärung für Wahlbeteiligung fanden sich unter anderem Ansätze der Rational-Choice-Theorie wieder (vgl. Downs 1957). Es herrschte die Vorstellung, dass sich die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme anhand einer Kosten-Nutzen-Kalkulation des Auf-

wands gegenüber dem Nutzen berechnen ließe. Oder anders gesagt, der/die rationale WählerIn verhält sich rational und verfolgt primär seine/ihre eigenen Interessen.

Das Heranziehen der Rational-Choice-Theorie zur Erklärung, warum Individuen wählen gehen, ist sicher problematisch und heute wenig aktuell. Bekanntlich führt es zu dem Paradoxon, dass eigentlich niemand wählen gehen würde (vgl. Rosenberger/Seeber 2008, S.59) oder, anders gesagt, Wahlverhalten ist eben nicht Marktverhalten. Zunächst versuchte man mit dem „D-term“ („duty to vote“) die Gleichung zu erweitern und integrierte damit die Aufrechterhaltung des Kollektivgutes Demokratie als Motivation (Riker/Ordeshook 1968). Dieser sollte die Kosten der Partizipation überwiegen. Spätere AutorInnen versuchten dann andere individuelle Einflüsse und Motivationen als Erklärungsmuster mit einzu beziehen. Kühnel (2001, S.15) fasst diese Ansätze rund um die Rational-Choice-Theorie in fünf Faktoren zusammen:⁴

- A) Aufwand des Wählens (im Vergleich zum Nutzen deutlich höher)
- B) Teilnahmedruck durch Bezugspersonen/-gruppen (dazu zählt auch Aufrechterhaltung des Kollektivgutes Demokratie)
- C) Die intrinsische Befriedigung beim Befolgen einer verinnerlichten Wahlnorm (vs. Gewissenbisse)
- D) Möglichkeit, politische Entscheidungen zu beeinflussen („efficacy“) sowie Überschätzung des Einflusses der Stimme
- E) Eigene politische Vorstellung zum Ausdruck bringen (expressiver Nutzen)

Es gibt allerdings praktische Probleme bei der empirischen Untersuchung von Rational-Choice-Modellen. Einerseits ist die Messung der von Kühnel genannten „weichen Faktoren“ oftmals schwierig zu operationalisieren (Kleinhenz 1995, S.34), andererseits können solche Motivationen erst im Nachhinein als Rechtfertigung genannt werden und nicht bereits im Vornhinein existieren. Der kausale Zusammenhang wäre somit in Frage gestellt.

⁴ Zusätzlich könnte man noch die Option ergänzen, dass das „kleinste Übel“ gewählt wird, um zu verhindern, dass die am wenigsten bevorzugte Partei gewinnt

Zusätzlich bleibt innerhalb des theoretischen Anspruchs dieses Erklärungsmodells offen, was jeweils als persönlicher Gewinn und Antrieb gewertet wird.

Zuletzt sei noch der Faktor Knappheit des Wahlausgangs zwischen konkurrierenden Parteien erwähnt, wonach der eigenen Stimme vermutlich mehr Bedeutung zugemessen wird. Diese wurde schon bei Roth (1992, S.63f) als stimulierender Faktor für Wahlbeteiligung betont. Es ist aber davon auszugehen, dass dieser Faktor bei second-order-Wahlen weniger Gewicht hat, als bei Entscheidungen nationaler Parlamente.

SOZIALPSYCHOLOGISCHER ANSATZ

Die aus den USA stammende Michigan-Schule lieferte einen wesentlichen Beitrag zur sozialpsychologischen Interpretation (vgl. Campbell et al. 1960). Diese erlaubt es, die sozialstrukturellen Faktoren zu ergänzen. Kleinhenz (1995, S.32) fasst ihre Thesen in Bezug auf die Unterschiede von NichtwählerInnen (NW) gegenüber WählerInnen folgendermaßen zusammen:

- Grad des politischen Interesses (bei NW geringer)
- Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz (bei NW geringer)
- Einstellung zur Wahlpflicht (bei NW geringer)
- Attraktivität der Wahlkampfthemen (bei NW geringer geschätzt)
- Beurteilung der SpitzenkandidatInnen sowie der Parteien (bei NW schlechter)
- Knappheit des Wahlausgangs (wird von NW nicht als solche empfunden)
- Stärke der Parteiidentifikation (bei NW geringer)

Diese Ideen der Michigan-Schule sollen später bei der Analyse der Motive der NichtwählerInnen wieder aufgegriffen werden. Zunächst werden einige dieser Punkte herausgenommen und näher betrachtet, da hier die wesentlichsten Faktoren der sozialpsychologischen Dimension bereits angesprochen werden.

POLITISCHES INTERESSE UND KOMPETENZ

Das Vorhandensein eines gewissen Grades an politischem Interesse, um sich politisch zu engagieren, scheint logisch zu sein. Wenn wenig Wissen und Einsicht in die politischen Prozesse besteht, warum sollte jemand die Motivation aufbringen zur Wahl zu gehen?

Rosenberg (1988) versuchte bspw. anhand eines entwicklungspsychologischen Ansatzes zu zeigen, welche kognitiven Prozesse die soziokulturellen Einflüsse eines Individuums vermitteln. Dabei geht es ihm darum, „wie“ gedacht wird, d.h. wie politisches Denken funktioniert. Rosenberg zeigt, dass Menschen in unterschiedlichen kognitiven Stufen die komplexen politischen Prozesse wahrnehmen und ausdrücken (ebd., S.548f). Diese „Struktur des Denkens“ kann und wird von der Umwelt – auch zu verstehen als Bildungschancen und Sozialkapital – beeinflusst werden, also durch die Einbettung in die jeweilige Sozialstruktur transformiert. Dieser Ansatz geht somit über unmittelbare Informiertheit oder politische Präferenzen hinaus. So besitzt dieser Ansatz auch Relevanz für den Grad und die Form der politischen Aktivität.

Wie oftmals belegt, ist das „politische Interesse in hohem Maße bildungsspezifisch“ (vgl. Hadjar/Becker 2006, S.29). Die Informationsverarbeitung und damit Informiertheit ist damit schlichtweg einfacher möglich und Wahlbeteiligung wird dadurch gemeinhin positiv beeinflusst. Ein Mangel an politischem Interesse reduziert die politische Partizipationsbereitschaft der Individuen, was sich auch in geringer Wahlbeteiligung äußert (z.B. bereits Lazarsfeld et al. 1955, S.45f).

Eng damit verbunden ist also die Sicht auf sich selbst und die eigene politische Kompetenz. Campbell et al. (1954) führten deshalb den Begriff der „political efficacy“ ein. Dabei beschreibt die Dimension der „internal political efficacy“ eben diese perzipierte eigene Kompetenz und Fähigkeit den politischen Prozess zu erfassen, die tendenziell zur Teilnahme führt.

VERTRAUEN, UNTERSTÜTZUNG UND IDENTIFIKATION

Campbell et al. (1954) haben neben der internen Dimension den politischen Prozess kognitiv zu erfassen noch einen zweiten Faktor, nämlich „external efficacy“ hervorgehoben. Diese „Wirkungskraft“ zielt auf die wahrgenommene Resonanz des politischen Systems auf Einflussnahme ab. Die Frage ist also: Macht es Sinn sich konkret zu beteiligen und wird das System den Interessen entsprechend reagieren? Diese Problematik ist in Bezug

auf das politische System der EU sicher von Bedeutung. Der Einfluss der nationalen VertreterInnen im europäischen Parlament, das überdies keine alleinige Gesetzgebungsmacht hat, scheint begrenzt.

Vertrauen in die politischen Institutionen ist ein ebenso wichtiger Faktor. Man kann vorausschicken, dass Vertrauen wohl unabdingbar für die Legitimität und die Stabilität politischer Systeme ist. Ebenso wurde in der Literatur das soziale Vertrauen in andere („generalized trust“) als Stabilitätsfaktor für das Bestehen demokratischer Institutionen hervorgehoben (Inglehart 1999, S.244). Vertrauen kann auch als längerfristige Unterstützung, die über die unmittelbare Bewertung einzelner Leistungen hinausgeht, verstanden werden. Inglehart konstatiert bspw. als Folge des postmaterialistischen Wandels seit längerem einen Rückgang des Vertrauens in bürokratische Autoritäten, wobei als gegenläufiger Trend ein Anstieg der Bürgerbeteiligung in der Politik zu verzeichnen ist (ebd., S.411ff).

In einer Analyse bezüglich des Vertrauens gegenüber den Institutionen der EU kommt Schmitt (2003) zu dem Schluss, dass dieses generell eher schwach ausgeprägt ist, jedoch über die Zeit relativ konstant bleibt. Erwartungsgemäß haben die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU und Vertrauen in nationale Parlamente einen hohen Einfluss darauf. Stein et al. (2005, S.4) betonen für die USA und Roth (1992) für Deutschland, dass allerdings kein genereller signifikanter Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Regierung und der Neigung zur Wahl zu gehen besteht.

Easton (1965; 1975) führte im Sinne einer Evaluation des politischen Systems zwei weitere Begriffe ein. Das Individuum bringt der politischen Gemeinschaft, der Regierung oder VertreterInnen (PolitikerInnen) politische Unterstützung entgegen. Zunächst basiert diese Unterstützung auf einer Art „diffusen Unterstützung“, die man als generelles Vertrauen oder als Glauben in das Funktionieren des demokratischen Prozesses beschreiben kann und dass das System einen gewünschten Output liefert. „Spezifische Unterstützung“ hingegen bezieht sich auf eine konkret evaluierende Haltung des Individuums gegenüber dem politischen System. Das heißt, diese Unterstützung kann bei negativ empfundener Leistung auch entzogen werden. Im Sinne Eastons handelt es sich also um eine Feedbackschleife zwischen Forderungen/Unterstützung auf der BürgerInnenseite und Entscheidungen/Output auf der Seite des politischen Systems.

Real ist es bspw. der Studie von Kleinhenz (1995, S.58f) zu Folge schwierig, in Untersuchungen politische Unterstützung, d.h. Zufriedenheit mit politischen Entscheidungsträger-

rInnen oder Unterstützung von Demokratie (als politisches System) klar zu trennen. Wenn dann von vager „Politikverdrossenheit“ die Rede ist, deckt sich die Beschreibung ebenso mit Theorien politischer Entfremdung (vgl. Schwartz 1973). Sofern das Empfinden eigener Kompetenzlosigkeit (Ohnmacht) groß ist und das System individuelle Wünsche schlichtweg nicht befriedigen kann, kann dies dazu führen, dass dem politischen System die Identifikation bzw. Unterstützung entzogen wird. Genauer gesagt, wird der wahrgenommene Unterschied zwischen Wunsch und Wirklichkeit hervorgehoben, den man als Wertekonflikt bezeichnen kann. In der Psychologie wird diese Handlung meist mit „Dissonanzvermeidung“ des Individuums erklärt (vgl. Kleinhenz 1995, S.62).

BEURTEILUNG DER KANDIDATINNEN UND THEMEN

Nach dem sozialpsychologischen Modell von Campbell et al. liegen Themen und KandidatInnenorientierung der Wahlentscheidung am nächsten und haben einen starken Effekt auf die Stimmabgabe (vgl. Rosenberger/Seeber 2008, S.56). Das betrifft in erster Linie die Wahl der Partei, doch muss zuvor das Interesse im Wahlkampf geweckt werden, um eine dementsprechende „formelle“ Mobilisierung zu erreichen.

Insofern kommt den Parteien, aber auch den Massenmedien die Aufgabe zu, Aufmerksamkeit für die Wahlen zu schaffen. Das gilt gleichermaßen für die Wahlen zum Europaparlament (vgl. Tenscher 2005b). Tenscher stellt dieser Aufgabe in seiner Analyse allerdings ein schlechtes Zeugnis für die EP-Wahlen im Jahr 2004 aus und meint: „Öffentlichkeits- und Mobilisierungsdefizite ... sind nicht zuletzt eine Konsequenz aus quantitativ und qualitativ defizitären Kampagnen der involvierten Parteien“ (ebd., S.30f). Zudem förderten die „domestizierten“ Wahlkämpfe generell den Status von EP-Wahlen als Zwischenabstimmungen oder „second-order national elections“.

WAHLNORM UND WICHTIGKEIT EINER WAHL

Die perzipierte Wahlpflicht verweist schließlich auf die psychologische Seite der sozialen Norm. Wie bereits erwähnt, überwiegt nach Ansicht von Riker und Ordershook (1968) die Wahlpflicht den Aufwand des Wählens. Neben der sozialen Kontrolle von außen muss diese Norm auch internalisiert worden sein und von Personen als Wert eingestuft werden. Das kann so weit gehen, dass auch politisch Desinteressierte noch zur Wahl gehen. Es erscheint logisch, dass man der Wahl erst dann, wenn beide Elemente (Interesse und Norm) wegfallen, fernbleibt (vgl. Kleinhenz 1995, S.132). Das Sinken der Wahlbeteili-

gung wird deshalb auch durch nachlassende Wahlnorm in der Bevölkerung erklärt. Besonders bei Jüngeren wird das Wählen nicht mehr als eine gesellschaftliche Pflicht gesehen (vgl. Eilfort 1994). In Österreich und Deutschland spielen hingegen für ältere Menschen wahrscheinlich auch heute noch die damals von den Alliierten initiierten Programme zur Stärkung des Demokratiebewusstseins eine Rolle (vgl. Roth 1992).

Es ist auch eine anerkannte Tatsache, dass Menschen dazu tendieren, bevorzugt (irgend-) eine Parteipräferenz zu äußern, als zuzugeben nicht wählen zu gehen. Grund dafür ist, dass Nicht-Wählen gemeinhin gesellschaftlich nicht anerkannt ist. Darin liegt die Ursache für das Problem, dass NichtwählerInnen ihr tatsächliches Verhalten in Umfragen selten zugeben werden. Insofern ist die intendierte Erfassung dieser Gruppe mit Problemen bzw. Verzerrungen verbunden, da ein Teil immer unbekannt bleibt.

Schließlich ist die wahrgenommene Wichtigkeit mit der Wahlnorm verknüpft. Es ist empirisch belegt, dass die Beteiligung bei nationalen Wahlen am höchsten ist. Stets kleiner ist sie bei Landtagswahlen, danach folgen Europawahlen und am geringsten ist sie bei Kommunalwahlen (Eilfort 1994, S.299). Diese „unwichtigen“ Wahlen werden deshalb auch als second-order Wahlen bezeichnet bzw. bei Europawahlen „second-order national elections“, d.h. nationale Nebenwahlen (vgl. Reif/Schmitt 1980). In Bezug auf die Europawahlen liegt der Grund sicher darin, dass „dem Wähler nach wie vor kaum ersichtlich [ist], welche Rolle das EP im Mehrebenensystem der EU tatsächlich spielt“ (Pollak/Slominski 2006, S.91). Definitiv ist die Wahlnorm dabei geringer, da schlichtweg weniger auf dem Spiel steht.

WERTE

Wie bereits an mehreren Stellen erwähnt, beschäftigte sich Inglehart (1999) mit dem von ihm diagnostizierten fundamentalen Wandel in den Wertesystemen von Gesellschaften im Übergang von der Moderne zur Postmoderne. Unter dem Eindruck von materieller Sicherheit in spätindustriellen Gesellschaften treten laut Inglehart andere, so genannte postmaterialistische Werte in Erscheinung. Diese Werte werden seit 1970 in den World Value Surveys abgefragt. So wird bspw. die „Mitsprache am Arbeitsplatz“ als postmaterieller Wert, hingegen „Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung“ als materieller Wert gesehen. Zentral ist die These, dass damit verbunden quasi stärker expressionistische Werte in den Vordergrund treten, die sich auch in einer stärkeren politischen Partizipation niederschlagen. Dabei sind diese gewandelten Überzeugungssysteme insbesondere bei jungen und

gebildeten Bevölkerungsgruppen zu finden. Das heißt also, es gibt eine Art „intergenerationale Werteverchiebung“ (ebd., S.164). Inglehart zeigt jedoch, dass eine „stabile Korrelation zwischen materialistischen/postmaterialistischen Werten und den aktiven Partizipationsformen in der Politik – aber nicht mit der Beteiligung an Wahlen“ besteht (ebd. S.426).

4. Wahlenhaltung und NichtwählerInnen

Oft verbunden mit niedriger Wahlbeteiligung ist die Frage nach dem Funktionieren der Demokratie bzw. der adäquaten Repräsentation der Gesamtbevölkerung. Geringe Wahlbeteiligung ist damit auch ein Problem ungleicher Teilhabe bestimmter Bevölkerungsgruppen (vgl. Lijphart 1997).

Nicht wählen zu gehen ist bei Wahlen ohne Wahlpflicht eine legitime Option. Eine lange Diskussion dreht sich daher um das Thema „Recht auf Nichtwahl“. Insbesondere, wenn von der Einführung einer möglichen Wahlpflicht die Rede ist, um einer systematischen Verzerrung mit institutionellen Regeln zu begegnen, wird diese virulent. Die Frage, die dabei aufkommt ist, ob Wahlpflicht ein Einschnitt in individuelle Freiheit ist oder ob sie nicht eher dazu beiträgt, Freiheit im Sinn von aktiver Teilhabe und Volkssouveränität zu stärken (so z.B. Lardy 2004). Der Effekt einer gesetzlichen Wahlpflicht lässt sich jedoch nicht leugnen. Länder mit einer solchen zeigen auch bei EP-Wahlen hohe Beteiligungsraten (vgl. Flickinger/Studlar 2007).

Die Ursachen für Wahlenhaltung mögen, wie weiter oben beschrieben, unterschiedlich gedeutet werden. Dennoch bleibt dabei unklar, „ob das Fernbleiben als Ablehnung, Zustimmung oder Indifferenz zu werten ist“ (Kleinhenz 1995, S.62). Wer sind also die NichtwählerInnen und was sind mögliche Konsequenzen niedriger Wahlbeteiligung?

4.1. Die NichtwählerInnen

Wie zahlreiche politikwissenschaftliche Studien seit Mitte des 20. Jahrhunderts zeigen, ist die Zahl der ständigen NichtwählerInnen sehr gering. Der Personenkreis wechselt realiter von Wahl zu Wahl. Hauptmerkmal dieser Gruppe ist demnach ihre Heterogenität. Die These von „einer Partei der NichtwählerInnen“ kann damit nicht gestützt werden (vgl. Golzem/Liepelt 1977; Kleinhenz 1995; Eilfort 1994, 2006).

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass es immer noch eine relativ konstante Zahl von quasi „strukturellen NichtwählerInnen“ gibt. Eilfort schätzt diese Zahl auf rund 4-5% der Wahlberechtigten ein. Nur so lassen sich Beteiligungsraten von maximal 95% in Ländern mit Wahlpflicht erklären. Grund dafür sind statistische Artefakte, zurückzuführen auf falsche Erfassungen, jegliche Verhinderung wider Willen, Obdachlose sowie wegen ihres Glaubens absentierende Wahlberechtigte, wie etwa die Zeugen Jehovas (Eilfort 2006, S.57f).

Wenn man versucht, politisches Engagement anschaulich zu machen, ist die Wahlbeteiligung sicher ein zentraler Indikator. Man muss aber klarstellen, dass dies nicht bedeutet, dass man andernfalls völlig uninteressiert oder unaktiv wäre. Wahlenthaltung kann auch Ausdruck bewusster politischer Entscheidung sein. Heute sieht man sich mit dem Phänomen konfrontiert, wie Eilfort (2006) im Untertitel seines Beitrags anführt, dass „Wählen nicht mehr Konvention“ und „Enthaltung nicht mehr nur Desinteresse“ impliziert. Weiters kann man Wahlbeteiligung nicht mit staatsbürgerschaftlicher Reife gleichsetzen, wenn man damit deren Schwankungen über die Zeit erklären will (Golzem/Liepelt 1977, S.140).

4.2. Konsequenzen niedriger Wahlbeteiligung

KRISE ODER NORMALISIERUNG?

Die Gründe und Folgen von niedriger Wahlbeteiligung wurden, wie in der Einleitung erwähnt, von verschiedenen AutorInnen unterschiedlich interpretiert. Roth (1992) bspw. vertritt die These, dass hohe Wahlbeteiligung eher ein Krisensymptom ist als ein Ausdruck von Systemzufriedenheit. Dafür spricht, dass in der Geschichte die Beteiligung in (ökonomischen) Krisenzeiten stets höher war. Zudem ist ein empirischer Zusammenhang mit der Systemzufriedenheit anhand seiner Studien nicht nachweisbar. Wie weiter oben erwähnt, zeigen Stein et al. (2005) bspw. mit Rekurs auf frühere Studien, dass – zumindest in den USA – ebenso kein signifikanter Zusammenhang besteht.

Eilfort (1994; 2006) vertritt die Meinung, dass es sich um ein Vorurteil handelt, wenn man meint, dass nur hohe Beteiligung ein Zeugnis für Stabilität wäre. Eilfort stimmt insofern mit Golzem und Liepelt (1977) überein, die argumentieren, dass eine gewisse Wahlenthaltung – sofern nicht durch soziodemographische Merkmale bedingt – eine Art Stabilität signalisiert. Sofern Vertrauen in die politischen Verhältnisse, das System und die Funktionsweise besteht, erscheint es dieser These zu Folge verständlich, dass Menschen nicht zu

jeder Wahl gehen. Man sollte Wahlenthaltung daher „nicht dramatisieren“ (Eilfort 2006, S.69). Auch bei Kleinhenz (1995, S.131f) findet diese Ansicht Unterstützung. Hier würden Barber und mit ihm VertreterInnen eines stark partizipatorischen Ansatzes sicher widersprechen.

Man kann feststellen, dass sich in Bezug auf die Abschätzung der Konsequenzen niedriger Wahlbeteiligung gewissermaßen partizipatorische und elitistische Demokratietheorien gegenüber stehen – wenngleich die genannten Autoren nicht in Schubladen gesteckt werden sollen. Anders gesagt, man kann einerseits input-orientierte Sichtweisen hervorheben, die möglichst vollständige Repräsentation verlangen. Wenn man sich andererseits auf den Output konzentriert, hat Wählen lediglich einen instrumentellen Nutzen, wobei es um Leistungsfähigkeit und Stabilität geht.

EIN PROBLEM DER REPRÄSENTATION?

Nach den genannten Einschätzungen zu den Konsequenzen niedriger Wahlbeteiligung soll die empirische Seite nochmals näher betrachtet werden. Gerne wird als Kriterium für die Qualität einer Demokratie die Wahlbeteiligung herangezogen. Dies hängt sicher mit der Einfachheit der Quantifizierung zusammen, ist jedoch sicher nicht der einzige Indikator. Man wird jedoch kaum darin widersprechen, dass mit der Anzahl der Menschen, die in Entscheidungen eingebunden sind, auch die Demokratiequalität steigt. Wenn es so ist, dass tatsächlich bestimmte Gruppen aus der Entscheidung exkludiert sind, stellt sich die Frage nach entsprechender Repräsentation bzw. einer Verzerrung des Outputs. Deshalb wird niedrige Wahlbeteiligung in liberalen Demokratien generell als nicht wünschenswert betrachtet. Ein weiteres zu untersuchendes Argument ist, dass jene, die nicht teilnehmen, möglicherweise andere Parteipräferenzen vertreten bzw. ein anderes Klientel bilden und somit in Folge unterrepräsentiert sind.

Deth (2006) und auch Lijphart (1997) argumentieren, dass gerade weil individuelle Ressourcenausstattungen die Partizipation – in allen Formen, wenngleich am wenigsten bei Wahlen – derart gravierend bestimmt, es zu einem verzerrten Output kommt. Es ist quasi eine „selektive Rekrutierung“, die „nicht-repräsentative Interessen“ hervorbringt (Deth 2006, S.185). Daher müsste ein Großteil der NichtwählerInnen eher sozial schwächer sein. Eine These dazu lautet, dass sozial Schwächere potenziell dem politisch linken Spektrum zuzuordnen sind und damit linke Parteien von einer höheren Wahlbeteiligung theoretisch mehr profitieren würden (vgl. Lutz/Marsh 2007). Neuere empirische Studien aus den

USA und auch Europa, die von Lutz und Marsh präsentiert wurden, liefern jedoch in Bezug auf die Politikpräferenzen von WählerInnen gegenüber NichtwählerInnen keine eindeutigen Unterschiede (ebd., S.543f). Somit kann die These der Unterrepräsentation bestimmter Gruppen nicht gestützt werden, sofern keine Verzerrung auf Grund relevanter sozialer Merkmale besteht, die in Folge auch zu verzerrtem politischem Output führt.

Rosema (2007) zeigt überdies, dass NichtwählerInnen nicht als kaum interessiert und uninformatiert bezeichnet werden können, die quasi per „Münzwurf“ entscheiden würden. WählerInnen sollten schließlich ihre Entscheidung auf Basis der Funktionen von Wahlen, nämlich Beurteilung der Verantwortlichkeit (retrospektiv) und zugewiesenes Mandat (prospektiv), treffen. Wählen sie eine Partei aus anderen Gründen, z.B. Aussehen des/der Spitzenkandidaten/in, ist ihre Entscheidung nicht konsistent mit diesen Funktionen. Rosema zeigt jedoch anhand einer Analyse der European Election Study 1999, dass kein eindeutiger Befund vorliegt, dass NichtwählerInnen weniger konsistent in Bezug auf die genannten Funktionen handeln. Niedrige Wahlbeteiligung scheint auch ihm zu Folge keinen entscheidenden Einfluss auf das Ergebnis zu haben (ebd., S.622).

Leighley (1995, S.196) resümiert in seiner Analyse zahlreicher einschlägiger Studien in den USA, dass Unterschiede in den Einstellungen von WählerInnen und NichtwählerInnen minimal sind. Der Output von Politik würde dann erst gewisse Unterschiede deutlich machen. Denn man darf nicht vergessen, dass jene NichtwählerInnen, die in Umfragen enthalten sind, eben nicht politisch aktiv wurden. Es ist wahrscheinlich, dass sich ein großer Teil nicht tiefer mit politischen Themen und Präferenzen auseinandergesetzt hat und daher gewisse Einstellungen erst beim Entschluss zur Teilnahme entstehen oder sich ändern könnten (Lijphart 1996, S.4).

Um nicht ein verzerrtes Bild zu bekommen, muss man Politikpräferenzen auf der Subjektebene und Politik-Output bzw. „policies“ klar trennen. Bleiben nämlich Bedürfnisse und Anliegen von inaktiven StaatsbürgerInnen unbeachtet, kommt es doch zu Verzerrungen. Höhere Teilnahme von sozial Schwächeren würde dann etwa stärkere wohlfahrtsstaatliche, redistributive Leistungen der Regierung nach sich ziehen. Diese These wurde bereits teilweise empirisch gestützt (vgl. Lutz/Marsh 2007, S.544; Leighley 1995, S.196).

5. Zusammenfassung

Die Erklärung für bzw. wider die individuelle Wahlbeteiligung und welche Faktoren zu berücksichtigen sind, wurde in unterschiedlichen Ansätzen verfolgt. In der folgenden Tabelle (Tabelle 2) sollen daher die genannten Einflüsse als Variablen noch einmal zusammengefasst werden. Die Zusammenfassung soll dazu dienen, die Summe der gewonnenen Einzelhypothesen komprimiert darzustellen. Die Variablen werden zunächst unabhängig davon genannt, ob sie mit den vorhandenen Daten empirisch geprüft werden können.

Tabelle 2: Zusammenfassung der relevanten Variablen

Ebene	Variablen
<u>Makro:</u> - Soziodemographie - SES	Alter, Geschlecht, Lebensraum Einkommen, Bildung, Status, politische Orientierung
<u>Meso:</u> - Ressourcen und Sozialkapital - soziale Integration	Vereinsmitgliedschaft, Einbindung in Netzwerke (DiskutantInnen, Expertise) Parteibindung, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Kirchengang, Haushaltsgröße, Stadt/Land, „soziale Kontrolle“
<u>Mikro:</u> (Motivation, Einstellungen)	soziale Kontrolle (Teilnahmedruck), äußere und internalisierte Wahlnorm (Wahlpflicht), Wichtigkeit der Wahl, politisches Interesse, interne und externe „efficacy“, diffuse und spezifische Unterstützung, Vertrauen in Institutionen, soziales Vertrauen, Beurteilung der KandidatInnen und Themen, materialistische und postmaterialistische Werte

(Quelle: Eigene Darstellung)

III. EMPIRISCHER TEIL

Im folgenden Kapitel sollen sowohl die zuvor dargelegten theoretischen Ansätze als auch bisherige empirische Befunde, die ja primär aus nationalen Wahlen stammen, überprüft werden. Den ersten Abschnitt bildet eine Beschreibung der verwendeten Daten und der Stichprobe. Danach sollen im zweiten Teil einige Ergebnisse deskriptiv dargestellt werden. Der dritte Abschnitt stellt bivariate Zusammenhänge zwischen unabhängigen Variablen und der Wahlteilnahme her. Der vierte Abschnitt ist eine Analyse der von den NichtwählerInnen angegebenen Gründe für ihr Fernbleiben. Im fünften und größten Abschnitt soll anhand eines Strukturgleichungsmodells bestimmt werden, welche Variablen den bedeutendsten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme haben.

1. *Beschreibung des verwendeten Datenmaterials*

1.1. **Beschreibung der Studie**

Die hier verwendeten Daten sind Sekundärdaten aus den „European Election Studies“, einer Nachwahlstudie zu den Europaparlamentswahlen.⁵ In den European Election Studies wird seit 1979 die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten bei Europaparlamentswahlen untersucht. Im Jahr 2004 nahmen 24 der damals 25 EU-Mitgliedstaaten (alle außer Malta) an der Umfrage teil. Eine Beschreibung der Studie in Österreich findet sich in Tabelle 3.

Der Fragenkatalog für Österreich enthielt vier zusätzliche Fragen zum Master-Fragebogen, die vom SORA-Institut vorgeschlagen wurden (vgl. EES 2004). Dieser erweiterte Datensatz wurde freundlicherweise von SORA für die vorliegende Arbeit zur Verfügung gestellt. Der verwendete Fragenkatalog ist im Anhang nachzulesen.

⁵ Siehe: EES, Url: <http://www.ees-homepage.net>

Die Grundgesamtheit, d.h. die zu untersuchende Population, stellt somit die damals wahlberechtigte Bevölkerung dar: insgesamt 6,049.129 Millionen Menschen. Davon wurden bei der Wahl lediglich 2,500.610 gültige Stimmen abgegeben.⁶

Tabelle 3: Beschreibung der verwendeten Studie

Thema:	European Election Studies 2004
Auftraggeber:	SORA (Institute for Social Research and Analysis)
Feldarbeit:	IPR (Institute for Panel Research)
Erhebungszeitraum:	17. bis 25. Juni 2004
Zielpopulation:	Wahlberechtigte ÖsterreicherInnen ab 18 Jahren
Stichprobendesign:	Einfache Zufallsauswahl (Telefonbuch)
Stichprobenumfang:	n = 1.010
Ausschöpfungsrate:	51 % (Berechnet aus nicht erreichten Haushalten)
Datenerhebungsmethode:	Telefonische Befragung
Gewichtungsvariable:	Im Datensatz enthalten (“demographic characteristics are included in ‘weight’: age by gender, educational level, occupational status, results of European Election, results of last national election 11/2002 by region”)

(Quelle: SORA)

Die Qualität der Stichprobe ist in der Umfragenforschung von großer Bedeutung. Real ist die Zufallsauswahl, die ein möglichst repräsentatives Sample der Grundgesamtheit garantieren soll, mit einigen Problemen behaftet. Die Ausschöpfungsrate ist, wie man der Tabelle entnehmen kann, mit 51% recht gering, doch nicht ungewöhnlich. Diekmann (2007, S.419) zeigt etwa, dass die Ausschöpfungsquote bei persönlichen oder telefonischen Befragungen und „normaler“ Survey-Population ungefähr zwischen „50 und 70%“ liegt.

Das Problem des „Non-Response“ macht die Frage virulent, welche Personen sich der Untersuchung verweigern und welche tatsächlich in der Stichprobe enthalten sind. Zudem gibt es neben Zufallsfehlern der Stichprobe auch Fehler bei der Stichprobenauswahl, die hier allerdings als gering einzuschätzen sind. Insgesamt schlägt sich das Problem des Non-Response jedoch weniger in Richtung und Stärke von Zusammenhängen zwischen Variablen nieder – auf denen hier auch das Augenmerk liegen wird – als in Mittelwerten und Anteilen (ebd., S.425f).

⁶ Siehe: BMI. Url: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2004/Gesamtergebnis.aspx

ANMERKUNG ZUR GEWICHTUNG

Wie in der Tabelle oben ersichtlich, enthält der Datensatz eine GewichtungsvARIABLE. Dieses Prozedere ist eine in der Wahlforschung übliche Methode. Das Vorgehen wird mit einer „empirischen Hypothese“ begründet, bei der meist aus dem Vergleich der Rückerinnerung mit dem tatsächlichen Wahlergebnis ein Gewicht konstruiert wird. Zusätzlich wurde hier eine „Nachgewichtung“ verwendet, bei der die Stichprobe nachträglich an bekannte Verteilungen der Grundgesamtheit aus der amtlichen Statistik angepasst wird. Dieses Verfahren ist umstritten und richtet sich nicht nach objektiven Gründen der Korrektur, die etwa in der unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeit von Elementen einer Stichprobe liegt (vgl. Diekmann 2007, S.427f). Hier handelt es sich um eine Zufallsstichprobe, bei der theoretisch alle Elemente die gleiche Wahrscheinlichkeit der „Ziehung“ aufweisen.

Aus diesem Grund soll in allen weiteren Analysen auf eine Gewichtung verzichtet werden.

1.2. Methodische Aspekte zur Erfassung von NichtwählerInnen

In gewöhnlichen Bevölkerungsumfragen sieht man sich meist mit dem Problem konfrontiert, dass NichtwählerInnen schwer zu erfassen sind (vgl. Kleinhenz 1995, S.73ff). Es ist z.B. möglich, dass sie vorgeben, teilgenommen zu haben („Overreporting“) oder dass sie auf Grund mangelnden Interesses bei Umfragen ohnehin nicht teilnehmen wollen. Wie erwähnt, spielt die soziale Erwünschtheit in Bezug auf die Wahlnorm eine Rolle. Daher ist es möglich, dass es auch zu einer inhaltlichen Verzerrung durch unaufrichtige RespondentInnen kommt.

In der hier verwendeten Studie scheinen diese Probleme allerdings weniger zum Tragen zu kommen. In der Stichprobe befanden sich immerhin 42,2% NichtwählerInnen.⁷ Einerseits wurde im Vorfeld die geringe Beteiligung vorausgesagt, andererseits war die tatsächlich niedrige Wahlbeteiligung, da es sich um eine Nachwahlbefragung handelt, schon bekannt. Dieses Wissen sowie die ohnehin geringe Wahlnorm bei „second-order-elections“ dürften es den Befragten erleichtern, ehrliche Angaben zu machen, da man sich sogar als Teil einer Mehrheit von NichtwählerInnen sehen konnte.

⁷ Zum Vergleich: Der tatsächliche Anteil belief sich auf 57,6%.

1.3. Beschreibung der Stichprobe

Die Stichprobe umfasste 1.010 Personen, davon 48,6% Männer und 51,4% Frauen. Das durchschnittliche Alter betrug 48,29 Jahre mit einem Maximum von 90 Jahren. Weitere Details können der Tabelle 4 entnommen werden:

Tabelle 4: Beschreibung der Stichprobe

Alter		Geschlecht mal Alter		Bildung		Lebensraum	
18-29 J.	15,4	M. bis 29 J.	8,9	Pflichtschule	18,2	Land oder Dorf	39,7
30-44 J.	29,3	M. 30-59 J.	26,3	Lehre	28,3	Kleine, mittelgroße Stadt	30,6
45-59 J.	25,7	M. 60+ J.	13,4	BMS	15,7	Große Stadt	29,7
60+ J.	29,6	F. bis 29 J.	6,3	Matura	23,9		
		F. 30-59 J.	29,0	Hochschule	13,9		
		F. 60+ J.	16,0				

(Angaben in Prozent)

Bezogen auf die Haushaltsgröße ergab sich weiters folgendes Bild: 19,7% lebten in Ein-Personen-Haushalten, 51,9% in Zwei-Personen-Haushalten sowie weitere 28,4% in Haushalten mit drei oder mehr Personen über 18 Jahren. Die Personen in der Stichprobe wurden außerdem zu ihrem monatlichen Haushalts-Nettoeinkommen befragt. Der Median des Einkommens befand sich bei € 2.000, das arithmetische Mittel bei € 2.302 (Standardabweichung: 1.787). Allerdings wurde diese Frage von 163 Personen nicht beantwortet.

Auch hier ist der übliche Bildungs-Bias bei UmfrageteilnehmerInnen nach oben hin zu erkennen. Die relativ geringe Abweichung und die Ziehung einer Zufallsstichprobe sollten eine möglichst hohe Repräsentativität der Ergebnisse gewährleisten.

2. Deskriptive Statistik

Um auf die Ergebnisse einzelner Fragen einzugehen, werden nun deskriptive Statistiken ausgewählter Variablen präsentiert. Im weiteren Verlauf wird für die statistische Auswertung das Programm SPSS (Version 13.0) verwendet. Dazu wurden alle Variablen zunächst so recodiert, dass eine durchgängig einheitliche Richtung in der Skalierung erreicht wird. Damit soll später die Vergleichbarkeit von Effekten erleichtert werden. Das heißt genauer:

Niedrige Werte bedeuten geringe oder negative Ausprägung sowie Ablehnung, wohingegen hohe Werte höhere Ausprägung oder positive Ausprägung sowie Zustimmung signalisieren.

Der Fokus dieser Arbeit liegt primär auf der Erklärung von Wahlbeteiligung und den Implikationen einer geringen Beteiligung. Trotzdem soll hier kurz auf die Ergebnisse in Bezug auf die Wahl der Parteien eingegangen werden (Tabelle 5). Hier zeigen sich gewisse Abweichungen zu den amtlichen Ergebnissen der Wahl.

Tabelle 5: Stimmenanteile der angetretenen Parteien (Stichprobe und amtliches Ergebnis)

Partei	Stichprobe	Amtl. Ergebnis ⁸
SPÖ	32,48	33,33
ÖVP	24,22	32,70
FPÖ	3,67	6,31
GRÜNE	22,94	12,89
MARTIN	15,96	13,98
LINKE	0,73	0,78

(gültige Stimmen in Prozent; n=545)

POLITIKINTERESSE

In der Umfrage wurde unter anderem erhoben, auf welche Art und Weise man sich über die Wahl informiert hat (Tabelle 6). Die Häufigkeit der Informationsbeschaffung lässt sich ebenso als ein höheres politisches Interesse in Bezug auf die Europaparlamentswahlen interpretieren. Berichte zu lesen, sich mit anderen auszutauschen oder Fernsehsendungen zu sehen, scheinen dabei am bedeutendsten zu sein.

Das Interesse am Wahlkampf (Q9) fiel tendenziell negativ aus. Von den Befragten waren 16,7% sehr interessiert und 27,9% eher interessiert daran, also zusammen etwas weniger als die Hälfte. Zusätzlich wurde dann auch die Frage (Q20) gestellt, wie sehr man sich generell für Politik interessiert. Dabei gaben 27,8% der Befragten an, sehr interessiert, 39,4% ziemlich interessiert, weitere 27,1% wenig und nur 5,8% gar nicht interessiert zu sein. Dass sich die Mehrheit von rund zwei Drittel äußert, politisch interessiert zu sein, ist

⁸ Siehe: BMI. Url: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2004/Gesamtergebnis.aspx

sicher auf die Tatsache zurückzuführen, dass generell stärker politisch Interessierte an Umfragen dieser Art teilnehmen. Wie erwähnt, waren aber offenbar auch genügend beken- nende NichtwählerInnen dazu bereit.

Tabelle 6: Informationsbeschaffung und Politikinteresse

Q8 Wie oft haben Sie die folgenden Dinge in den letzten 3 bis 4 Wochen vor den Europa- wahlen getan?			
	nie	gelegentlich	oft
Q8a Sendung über die Wahlen gesehen	32,3	48,5	19,1
Q8b Bericht über die Wahlen gelesen	20,9	43,2	35,9
Q8c über die Wahlen gesprochen	19,1	52,1	28,8
Q8d Wahlveranstaltung besucht	91,9	5,6	2,5
Q8e Internetseite über die Wahlen angesehen	84,8	10,8	4,4

(Angaben in Prozent)

EINSCHÄTZUNG EUROPÄISCHER POLITIK

Zentral für die Wahlteilnahme ist sicher, wie die Institutionen der Europäischen Union, d.h. die Qualität der Demokratie und die Auswirkungen europäischer Politik, wahrgenom- men werden. Mehrere Fragen in der Umfrage deckten diese Themen ab. Dabei schneiden die einzelnen Organe der EU eher schlecht ab. Die in Österreich generell stark ausgeprägte Europaskepsis, die auch noch zusätzlich im Wahlkampf ventiliert wurde (vgl. Pi- cker/Zeglovits 2005b) ist auch hier zu bemerken (Tabelle 7). Die Beurteilung fällt damit noch schlechter aus als in der Eurobarometer-Erhebung im Frühjahr des Jahres 2004 (vgl. EC 2004, S.25).

Tabelle 7: Vertrauen in die Institutionen der EU

Q14 Vertrauen in Einrichtungen		
	(eher) Vertrauen	(eher) kein Vertrauen
...in das Europäische Parlament	23,6	76,4
... in die Europäische Kommission	23,9	76,1
... in den Ministerrat der EU	19,6	80,4

(Angaben in Prozent; Kategorien wurden zusammengefasst)

Im Vergleich mit Österreich wird auch die „Demokratiequalität“ der EU geringer eingeschätzt. Rund zwei Drittel der Befragten sind mit der Demokratie in der EU nicht zufrieden, hingegen werden die österreichischen Verhältnisse besser beurteilt. Dieses Thema wird also durchaus differenziert betrachtet. Dennoch korrelieren die beiden Variablen mittelstark (Gamma= ,66).

Tabelle 8: Zufriedenheit mit der Demokratie

Q27, Q28 Zufriedenheit mit der Demokratie		
	In Österreich	In der EU
Gar nicht zufrieden	6,6	15,6
Wenig zufrieden	27,0	46,8
Eher zufrieden	51,7	33,3
Sehr zufrieden	14,7	4,3

(Angaben in Prozent)

Demgegenüber steht auch das Bewusstsein der Relevanz europäischer Politik (Tabelle 9). Insofern ergibt sich ein Spannungsfeld einer gering geschätzten Demokratiequalität und der zunehmenden Bedeutung supranationalen Regierens. Wobei hier bei den Befragten unter Umständen unklar sein könnte, ob der Einfluss europäischer Politik auf die Person bzw. Österreich verstanden wurde oder ob die Entscheidungskompetenz europäischer Politik eher in anderen Organen, wie bspw. der Kommission, gesehen wird.

Tabelle 9: Wahrnehmung des Einflusses europäischer Politik

AUT3 Entscheidungen des EP haben auf mich ...	%
gar keine Auswirkungen	14,4
schwache Auswirkungen	49,6
starke Auswirkungen	36,0

Zudem wurde die Frage, die üblicherweise auch in der Eurobarometer-Umfrage zur Mitgliedschaft in der EU verwendet wird, gestellt (Tabelle 10). Hier fällt die Bewertung allerdings besser aus als in den meisten Umfragen zuvor.

Tabelle 10: Bewertung der Mitgliedschaft in der EU

Q21_rec ⁹ Die Mitgliedschaft in der EU ist	%
...eine schlechte Sache	23,0
...weder gut noch schlecht	29,5
...eine gute Sache	47,6

Zum Vergleich sollen hier kurz die Ergebnisse der Eurobarometer-Studie auf der Basis von rund 1.000 Face-to-Face-Interviews angeführt werden (EC 2004). Im Frühjahr 2004, also noch vor den Wahlen, befand sich Österreich in einem Stimmungstief, was die Einstellung gegenüber der EU betrifft. Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU wurde von 30% als gute Sache und von 29% als schlechte Sache bewertet, 36% meinten sie sei weder gut noch schlecht. Damals sahen 38% in der EU-Mitgliedschaft insgesamt einen Vorteil für Österreich, jedoch 47% einen Nachteil. Nur noch ein Viertel gab an, dass die EU für ihn/sie ein positives Image hätte, ein Drittel verweist auf ein negatives Image. Am stärksten verbreitet war mit 37% ein neutrales Image der EU. Mit dem Funktionieren der Demokratie in Europa zeigten sich nur 40% zufrieden, hingegen 46% unzufrieden. Auch heißt es im Bericht des Eurobarometer: „Das Stimmungsklima gegenüber der EU und ihren Institutionen, gerade auch dem Parlament hat sich in den letzten Jahren merkbar verschlechtert; EU-Kritiker sind jedoch weit weniger zur Stimmabgabe bereit als Befürworter der Union, ihrer Aktivitäten und Institutionen“ (ebd., S.5).

3. *Bivariate Zusammenhänge*

Nachdem einzelne Variablen deskriptiv analysiert wurden, sollen nun auch Beziehungen zwischen zwei Variablen untersucht werden. Das heißt, es werden nur bivariate Zusammenhänge (Assoziationen) bestimmt (vgl. Benninghaus 2005, S.198ff). Andere Variablen, sogenannte Drittvariablen, werden daher ausgeblendet. An dieser Stelle soll geklärt werden, ob sich WählerInnen und NichtwählerInnen in bestimmten Merkmalen signifikant unterscheiden. Genauer gesagt, wird auf Basis des Chi-Quadrat-Tests die statistische Unabhängigkeit und mittels der Maßzahl „Cramers's V“ die Stärke des Zusammenhangs

⁹ Die Variable wurde im Sinne der Stärke (hohe Werte sind positiv) recodiert.

geprüft. Dazu werden zunächst die wichtigsten demographischen und sozioökonomischen Variablen herangezogen.

GESCHLECHT UND ALTER

Setzt man zunächst das Geschlecht und die Teilnahme in Beziehung, ergibt sich folgendes Bild (Tabelle 11). Ähnlich den bisherigen Befunden ist kein signifikanter Unterschied in der bivariaten Analyse wahrzunehmen. Das heißt, man kann davon ausgehen, dass auch in der Grundgesamtheit kein Zusammenhang dieser Art besteht.

Tabelle 11: Wahlteilnahme nach Geschlecht

	Männer	Frauen
Nicht-Teilnahme	43,6	40,8
Teilnahme	56,4	59,2

(in %; n=1.010; Cramer's V= ,028; nicht sign.)

In Bezug auf das Alter wird getestet, ob sich die Mittelwerte der beiden Gruppen – WählerInnen und NichtwählerInnen – unterscheiden, da es sich dabei um eine kontinuierliche Variable handelt. Der „Mann-Whitney-U-Test“ gibt für Merkmale, bei denen nach Testung keine Normalverteilung in der Grundgesamtheit angenommen werden kann, Aufschluss darüber. Der Test ist bei $p < 0,05$ signifikant. Das heißt, die beiden Gruppen unterscheiden sich in ihrer Alterszusammensetzung oder anders gesagt, WählerInnen sind älter als NichtwählerInnen.

Tabelle 12: Wahlteilnahme nach Geschlecht und Alter

Nur WählerInnen	Männer	Frauen
18-29 J.	16,4	10,2
30-44 J.	28,4	28,2
45-59 J.	24,7	27,2
60+ J.	30,5	34,4

(in %; n=580; Cramer's V= ,095; nicht sign.)

Betrachtet man zusätzlich Altersgruppen aufgeteilt nach Geschlecht ergibt sich ein noch differenzierteres Bild (Tabelle 12). Laut den Studien von Eilfort und Kleinhenz gingen vor

allem jüngere Frauen wieder deutlich weniger zur Wahl. Dieser Befund wird hier nicht bestätigt. Wie bereits gesehen, steigt die Teilnahme mit dem Alter. Der Chi-Quadrat-Test zeigt jedoch keinen signifikanten Unterschied zwischen Männern und Frauen.

SOZIOÖKONOMISCHER STATUS

Die Ausführungen im theoretischen Teil der Arbeit haben den sozioökonomischen Status und dessen Zusammenhang zu politischer Partizipation hervorgehoben. In Bezug auf Bildung (BILD) ist in dieser Umfrage ein Unterschied erkennbar (Tabelle 13). Bei Personen mit geringerem Bildungsabschluss als der Matura ist der Unterschied in der Teilnahme weniger deutlich. Hingegen partizipierten höher gebildete Personen deutlich mehr.

Tabelle 13: Wahlteilnahme nach Bildungsabschlüssen

	Bildung				
	Pflichtschule	Lehre	BMS	Matura	Hochschule
Nicht-Teilnahme	47,8	46,5	50,9	37,3	24,3
Teilnahme	52,2	53,5	49,1	62,7	75,7

(in %; n=1.010; Cramer's V= ,173; sign. bei $p < 0,001$)

Auch das Netto-Haushaltseinkommen (D11), als weiterer Indikator für den sozioökonomischen Status, soll für die beiden Gruppen getestet werden. Auch hier kann nach Testung keine Normalverteilung in der Grundgesamtheit angenommen werden. Der Mann-Whitney-U-Test ist nicht signifikant ($p=0,162$), d.h. es gibt keinen signifikanten Unterschied im Einkommen zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen.

Tabelle 14: Wahlteilnahme nach subjektiver Schichtzugehörigkeit

	Subjektive Schichtzugehörigkeit				
	Arbeiterschicht	Untere Mittels.	Mittelschicht	Obere Mittels.	Oberschicht
Nicht-Teilnahme	44,7	39,3	42,3	34,6	58,3
Teilnahme	55,3	60,7	57,7	65,4	41,7

(in %; n=990; Cramer's V= ,068; nicht sign.)

Als letzter Indikator für den Status soll die subjektive Schichtzugehörigkeit (D7) betrachtet werden (Tabelle 14). Entgegen der Annahmen bzgl. Sozialstruktur und Partizipation zeigt

sich kein signifikanter Unterschied in der bivariaten Analyse zwischen Schicht und Wahlteilnahme. Der direkte Effekt ist für Einkommen und Schicht offenbar nicht gegeben.

GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION

Gemäß der Individualisierungsthese müsste eine geringere gesellschaftliche Integration auch zur geringeren politischen Partizipation führen oder anders formuliert: gesellschaftliche Integration wirkt positiv auf Partizipation. Ein wichtiger Faktor dafür ist die Parteibindung.¹⁰ Abermals steht nicht die Frage im Vordergrund, welche Partei bevorzugt wurde, sondern ob generell ein Bezug besteht. In der Analyse zeigt sich schließlich auch ein signifikanter Zusammenhang zwischen Parteibindung und Wahlteilnahme (Tabelle 15). Hierbei gingen SympathisantInnen oder sehr Verbundene deutlich häufiger zur Urne.

Tabelle 15: Wahlteilnahme nach Verbundenheit mit einer Partei

	Verbundenheit mit einer Partei			
	Keiner P. verbunden	Wenig verbunden	Sympathisant	Sehr verbunden
Nicht- Teilnahme	54,9	43,8	33,3	21,4
Teilnahme	45,1	56,3	66,7	78,6

(in %; n=977; Cramer's V= ,271; sign. bei p<0,001)

Ähnlich verhält es sich mit Gewerkschaftsmitgliedschaft (D1) (Tabelle 16). Der Unterschied ist dabei allerdings weniger deutlich ausgeprägt. Besonders jene Personen, bei denen sowohl Angehörige als auch sie selbst Mitglied einer Gewerkschaft sind, tendierten verstärkt zur Wahlteilnahme.

Tabelle 16: Wahlteilnahme nach Mitgliedschaft in der Gewerkschaft

	Mitglied der Gewerkschaft			
	Nein	Ja, jemand anderes	Ja, ich selbst	Ja, ich und andere
Nicht-Teilnahme	45,1	40,5	37,5	18,8
Teilnahme	54,9	59,5	62,5	81,3

(in %; n=995; Cramer's V= ,108; sign. bei p<0,01)

¹⁰ Zu diesem Zweck wurden die Variablen Q30a und Q30b zu einer neuen Variable „parteizug“ recodiert (1=keine Partei, 2=wenig verbunden, 3=Sympathisant, 4=sehr verbunden). Immerhin gaben 446 Personen an, keiner Partei verbunden zu sein, die in der Variable Q30b „Parteibindung“ nicht berücksichtigt worden sind.

Bei beiden Variablen, Parteibindung und Gewerkschaftsmitgliedschaft, ist außerdem davon auszugehen, dass eine Verbindung zum Politikinteresse besteht. Schließlich bieten diese Plattformen für den Austausch von politischen Meinungen und Themen.

Als weiterer Indikator für gesellschaftliche Integration wird die Häufigkeit des Gottesdienstbesuchs (D10) verwendet. Der Zusammenhang ist schwächer ausgeprägt und zeigt sich im Chi-Quadrat-Test als nicht signifikant für die Grundgesamtheit (Tabelle 17).

Tabelle 17: Wahlteilnahme nach Häufigkeit des Gottesdienstbesuchs

	Gottesdienstbesuche				
	nie	1x/J. u. seltener	einige Male/J.	einmal/W.	mehrmals/W.
Nicht-Teilnahme	44,5	41,4	41,7	37,6	29,6
Teilnahme	55,5	58,6	58,3	62,4	70,4

(in %; n=970; Cramer's V= ,059; nicht sign.)

Auch wurden die Haushaltsgröße (D5) (Personen über 18 Jahren) sowie der Lebensraum (D8) (d.h. Ortgröße) untersucht. Ihnen liegt die Annahme zu Grunde, dass sich stärkere Einbindung – Mehrpersonenhaushalt, ländlicher Lebensraum – positiv auf die Partizipation auswirken. Für beide Variablen ergab sich jedoch in der bivariaten Betrachtung kein signifikanter Zusammenhang mit der Wahlteilnahme. Insofern ergeben sich hier durchaus divergente Ergebnisse zu jenen von Picker und Zeglovits (2005a), die mit gewichteten Daten arbeiten.

Zu beachten ist, dass hier nur bivariate Zusammenhänge untersucht werden. In einem multivariaten Modell können hingegen auch indirekte Effekte und Störvariablen berücksichtigt werden.

4. Gründe für die Nicht-Teilnahme

In der genannten Umfrage wurde den NichtwählerInnen schließlich eine offene Frage gestellt (AUT1): „Und warum haben Sie nicht an der Wahl teilgenommen?“ Die genannten Gründe müssen also, um einen Überblick zu bekommen, zusammengefasst werden. Man sollte bei dieser Analyse allerdings beachten, dass es sich um eine retrospektive Frage

handelt, bei der im Nachhinein Verhalten erklärt bzw. gerechtfertigt wird. Das heißt nicht, dass diese Motive schon im Vorhinein feststehen mussten.

Picker und Zeglovits (2005b) haben in ihrer Analyse der EES-Daten „Desinteresse und Distanz“ (37%), „Kritik an Wahlkampf und Parteien“ (15%) und „Kritik an der EU“ (12%) als die wichtigsten Faktoren für eine Nicht-Teilnahme ausgemacht. Zusätzlich bildeten „Politikfrust, Apathie und Resignation“ sowie „Unwissenheit und Intransparenz“ eigene Kategorien.

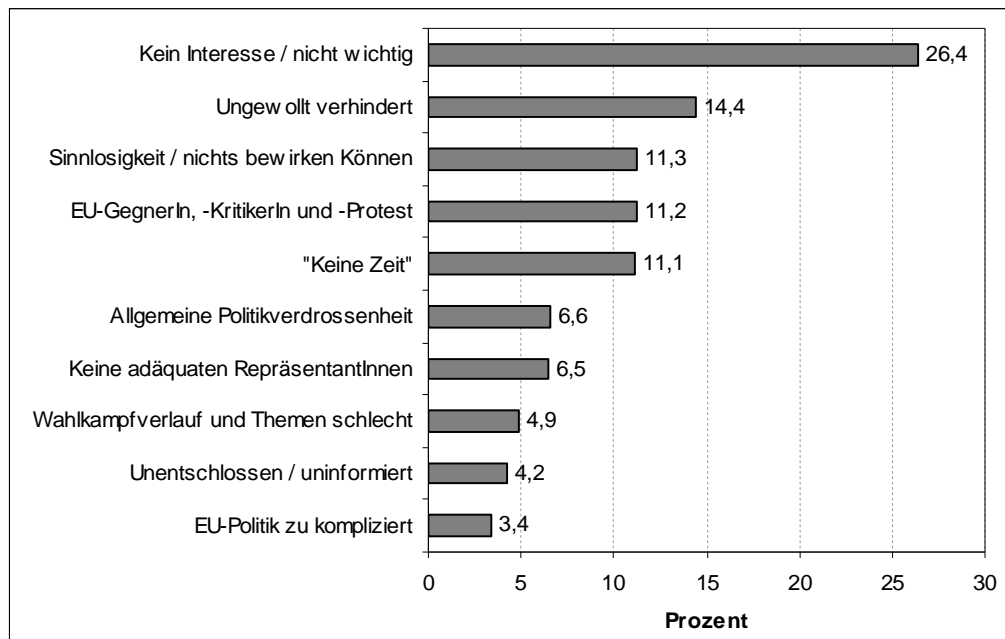
Plasser und Ulram (2004, S.4) interpretieren die zentralen Motive auf Basis einer Umfrage des FESSEL-GfK-Instituts:¹¹ (22%) Wahl sinnlos, weil sie ohnedies nichts bewege, (20%) mangelndes Interesse an der EU bzw. dem Europäischen Parlament und (19%) Unzufriedenheit mit der Politik der Europäischen Union.

In der vorliegenden Arbeit wurde eine empiriegeleitete Vorgehensweise gewählt, um eine noch feinere Differenzierung zu ermöglichen. Die einzelnen Kategorien sollten in jedem Fall den Ansprüchen der Trennschärfe und Eindeutigkeit genügen. Zu diesem Zweck wurde zunächst ein zufälliges Sub-Sample von 30 Antworten gewählt. Die darin entdeckten Begründungen deckten sich schließlich auch mit jenen der Gesamtstichprobe. Es wurden zehn Faktoren unterschieden und entsprechend codiert (Abbildung 5).

Die größte Gruppe (26,4%) gab an, kein Interesse zu haben bzw. keine Pflicht darin zu sehen, wählen zu gehen. Ungewollt Verhinderte (14,4%) waren entweder auf Urlaub, krank, beruflich verhindert oder hatten keine Wahlkarte bekommen. Insofern unterscheiden sie sich von der an fünfter Stelle gereihten Gruppe, die quasi unbegründet „keine Zeit“ hatte. In diesem Sinne wäre die Begründung auch als fehlende Wahlpflicht zu bezeichnen und käme damit in Summe auf das Ergebnis von Picker und Zeglovits. An dritter Stelle (11,3%) fand sich die apathische Einstellung bzw. fehlende „external political efficacy“, d.h. geringe perzipierte Einflussmöglichkeit, als Begründung wieder. Das Motiv war folglich die Sinnlosigkeit der Wahl bzw. auf europäischer Ebene nichts bewirken zu können. Insofern unterscheiden sie sich von Politikverdrossenen, die das Übel eher auf nationalstaatlicher Ebene betonen. Zuletzt seien noch die dezidierten EU-KritikerInnen und Protest-NichtwählerInnen (11,2%) erwähnt, die der Politik auf europäischer Ebene generell nichts Gutes abgewinnen können.

¹¹ Bundesweite Telefonbefragung von n=350 NichtwählerInnen; Zielpersonen wurden auf Basis des Amtlichen Telefonbuches nach einem vorgeschichteten Stichprobenplan ausgewählt.

Abbildung 5: Gründe für Nicht-Teilnahme an den Europaparlamentswahlen 2004



(n=527)

An dieser Stelle sollen noch einmal die Thesen der Michigan-Schule (vgl. Kap. II.3.3) aufgegriffen werden. Auch wenn kein direkter Vergleich über die Motive der WählerInnen an der Wahl teilzunehmen möglich ist, decken sich einige der Thesen mit den Analysen der NichtwählerInnen. So spielten offenbar der geringe Grad des politischen Interesses, geringe Einstellung zur Wahlpflicht, negative Beurteilung der SpitzenkandidatInnen und der Parteien, die geringe Attraktivität der Wahlkampfthemen sowie Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz tatsächlich eine Rolle dabei, nicht teilzunehmen. Die Knappheit des Wahlausgangs war hier zwar gegeben, es wurde jedoch schon im Vorfeld über eine äußerst geringe Wahlbeteiligung spekuliert.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass geringes Interesse sowie gering eingeschätzte efficacy gegenüber den europäischen Institutionen wesentliche Faktoren für die Nicht-Teilnahme darstellen. Auch spielt die Sündenbockhaltung der Parteien gegenüber der EU (vgl. Picker/Zeglovits 2005a) damals wie heute eine Rolle, die sich folglich in Ablehnung äußert. Paradoxerweise werden schlechte Politik-Outputs von heimischen PolitikerInnen abgeschoben, gleichzeitig aber Identifikation mit der EU eingefordert. Die Folgen der mangelnden Identifikation mit dem Projekt Europa und der Demokratie sollen im Schlussteil noch einmal näher betrachtet werden.

5. Wahlbeteiligung erklären – Ein Strukturgleichungsmodell

Der folgende Abschnitt soll klären, welche Variablen den bedeutendsten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme haben. Es handelt sich um einen multivariaten Ansatz, bei dem mehrere Variablen gleichzeitig in die Analyse miteinbezogen werden. An dieser Stelle muss jedoch gleich vorweg genommen werden, dass nicht alle relevanten Einflüsse berücksichtigt werden können. Schließlich enthält der zu Verfügung stehende Datensatz nur eine begrenzte Zahl an Fragen, die nicht alle Themenstellungen abdecken können.

WAHL DER METHODE

Eine mögliche Methode, um diese Fragestellung zu lösen, wäre der Ansatz der logistischen Regression. Das Verfahren der logistischen Regression kommt dann zur Anwendung, wenn eine nominal bzw. dichotom skalierte abhängige Variable untersucht werden soll, die durch mehrere unabhängige Variablen erklärt wird. Modelle der logistischen Regression, bei der etwa die Wahlteilnahme – eine dichotome Variable – die abhängige Variable darstellt, wurden in der deutschsprachigen Wahlforschung lange Zeit nicht verwendet und galten selbst in der NichtwählerInnen-Studie von Kleinhenz (1995) noch als neuartig.

In dieser Arbeit soll jedoch ein anderer Ansatz gewählt werden. Die Wahlteilnahme stellt klarerweise die abhängige Variable dar, wobei die Abschätzung des Einflusses der unabhängigen Variablen jedoch in anderer Weise konzipiert werden soll. Um die Vorstellung eines „Trichters“ der Einflussfaktoren, d.h. die in Kapitel II.3 erörterten Erklärungsansätze für Partizipation, in ein Modell zu übersetzen, müssen kausale Zusammenhänge bzw. gerichtete Beziehungen – auch zwischen latenten Variablen – integriert werden. Dies legt die Verwendung eines Strukturgleichungsmodells (kurz: SEM – „structural equation modeling“) nahe.

Lineare Strukturgleichungsmodelle basieren auf der Verknüpfung von Pfad-, Regressions- und Faktorenanalyse. In einem Pfaddiagramm werden die angenommenen Strukturen (Beziehungen) dargestellt und können dann mathematisch in ein lineares Gleichungssystem überführt werden. Dabei können außerdem latente Variablen über Indikatoren messbar gemacht werden. Zusätzlich werden Messfehler der Variablen als Bestandteil der Kausalmodelle aufgenommen (Bortz 2005, S.471).

Eine grundlegende Beschreibung von Strukturgleichungsmodellen findet sich bei Knoke (2005). Insbesondere für SozialwissenschaftlerInnen bieten bspw. die Arbeiten von Saris und Stronkhorst (1984), Reinecke (2005) sowie Backhaus et al. (2003, Kap. 6) in die Tiefe gehende Referenzen. Zinnbauer und Eberl (2005) sowie Schermelleh-Engel et al. (2003) bieten gute Anleitungen zur Überprüfung der Spezifikation und Güte von Strukturgleichungsmodellen. Die statistische Berechnung wird im weiteren Verlauf mit dem Programm AMOS 7.0 durchgeführt (vgl. Arbuckle 2006; Byrne 2001). Dieses zeichnet sich insbesondere durch die einfache grafische Oberfläche aus, in der ein Pfadmodell erstellt wird, welches dann automatisch in ein lineares Gleichungssystem (Strukturgleichungen) überführt wird.

KAUSALITÄT

Wie bereits angesprochen, steht hinter dieser Vorgehensweise das Prinzip der Kausalanalyse oder genauer gesagt: „kausale Abhängigkeiten zwischen bestimmten Merkmalen“ (Backhaus et al. 2003, S.334). In jedem Fall geht man davon aus, dass die Änderung einer Variable tatsächlich die Werte einer anderen Variable beeinflusst. Dies bedeutet für das weitere Vorgehen, dass die einzelnen beobachteten Variablen oder auch latente Variablen (theoretische Konstrukte) dann in einem Pfaddiagramm (vgl. dazu: Lleras 2005) zueinander in Beziehung gesetzt werden.

Selbstverständlich handelt es sich hier nicht um ein experimentelles Design mit strengen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen. Es gibt keine Manipulation durch den/die ForscherIn und die zeitliche Abfolge der Wirkungen ist nicht in dem Sinn gegeben. Trotzdem lassen sich Zusammenhänge (1.) aus der Theorie und auf Grund von Plausibilität bzw. (2.) empirische Zusammenhänge und (3.) zeitliche Asymmetrie formulieren. Ob es sich um eine ungerichtete Kovarianz oder um Beeinflussung handelt, kann nur so entschieden werden. Da der Ursache-Wirkungs-Zusammenhang eben nicht aus dem Design eines Experiments hervorgeht, können (4.) auch andere Variablen für den untersuchten Effekt verantwortlich sein bzw. Einfluss ausüben (Reinecke 2005, S.12). Drittvariableneinflüsse können also eine Rolle spielen. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass in einem Modell alle relevanten Variablen berücksichtigt werden (vgl. Saris/Stronkhorst 1984, S.4f).

5.1. Verwendete Variablen

Bevor über den Aufbau eines angenommenen Modells gesprochen wird, sollen in Kürze die Grundlagen der Methode von Strukturgleichungsmodellen erörtert werden. Da Strukturgleichungsmodelle auf Pfad-, Regressions- und Faktorenanalyse aufbauen, unterliegen sie denselben mathematisch-statistischen Anforderungen. Strukturgleichungsmodelle beruhen jedenfalls auf der Annahme, dass Beziehungen zwischen Variablen additiv und linear sind. Diese Grundlagen können etwa bei Reinecke (2005) oder Saris und Stronkhorst (1984, Kap. 6) nachgelesen werden. Jene Voraussetzungen, die hier dennoch zu erörtern sind, betreffen das Messniveau, Verteilung der Variablen und Standardisierung.

MESSNIVEAU, VERTEILUNG UND STANDARDISIERUNG

Üblicherweise werden die manifesten Variablen, die in solch ein Modell integriert werden, als intervallskaliert angenommen. Da die Assoziationen bestimmt werden sollen, ist die Berechnung einer Kovarianzmatrix die Voraussetzung. Die Kovarianz und Produkt-Moment-Korrelation setzt im Prinzip Intervallskalenniveau voraus. Insbesondere in den Sozialwissenschaften arbeitet man jedoch meist mit nur ordinalskalierten (z.B. Ratingskalen, Einstellungsmessung) oder auch dichotomen Variablen. Pragmatisch werden ordinale Variablen – sofern annähernd „äquidistant“ – als quasi metrisch angenommen, um übliche statistische Verfahren anzuwenden. Dabei sollten ordinale Skalen mindestens fünf Kategorien aufweisen (vgl. Zinnbauer/Eberl 2005, S.566; Bortz 2005, S.26).

So sind ebenso Korrelationen zwischen ordinal-ordinal (polychorisch) und intervall-ordinal (polyseriell) möglich. Die Annahme ist, dass manifeste Variablen Messungen von latenten metrischen Indikatorvariablen sind, für die auch Normalverteilung unterstellt wird (Reinecke 2005, S.30, 257). Diese Zusammenhänge werden mit dem Programm AMOS automatisch in der Kovarianzmatrix berücksichtigt. De facto werden also auch dichotome und ordinale Variablen in Strukturgleichungsmodellen verwendet.

Eine weitere Voraussetzung ist die Annahme der Multinormalverteilung beobachteter (manifeste) Variablen. Eine multivariate Verteilung ist dann eine multivariate Normalverteilung, wenn alle Linearkombinationen der Komponenten univariate Normalverteilungen sind. Dieser Verteilungsannahme liegt die Bedingung zu Grunde, dass Variablen nicht extrem schief sind oder starke Kurtosis aufweisen. Die Multinormalverteilung ist schließlich eine Voraussetzung für bestimmte Schätzverfahren (t-Test, F-Statistik) und wirkt sich wiederum auf die Werte der Chi-Quadrat-Tests aus. Allerdings sollte diese strenge An-

nahme in Bezug auf Schätzverfahren bei großen Stichproben nicht übertrieben werden (Saris/Stronkhorst 1984, S.173f).

In jedem Fall werden die verwendeten Variablen standardisiert. Eine Standardisierung (z-Transformation) ist notwendig, um unterschiedliche Verteilungen und Maßeinheiten zu vergleichen. Dabei erhalten die z-Variablen einen Mittelwert von 0 und eine Standardabweichung von 1.

DIE ABHÄNGIGE VARIABLE

Die beobachtbare abhängige Variable (y) stellt in dieser Analyse also die Wahlteilnahme (Q10) mit ihren Ausprägungen 0= Nicht-Teilnahme und 1= Teilnahme, d.h. eine so genannte „Dummy-Variable“, dar. In Strukturgleichungsmodellen werden dichotome Variablen im Normalfall lediglich als erklärende Variablen herangezogen. Die Operationalisierung über eine latente Variable „Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme“ ermöglicht es jedoch, Wahlteilnahme als quasi kontinuierliche Variable zu behandeln. Kühnel (2001) operationalisiert bspw. in seiner Studie die abhängige Variable als latente Variable „berichtete Wahlteilnahme“, welche die beobachteten Werte der letzten Bundestagswahl und der letzten Landtagswahl erklärt. Über diese kontinuierliche latente Variable lässt sich dann auch der Anteil „erklärter Variation“ bestimmen.

ERKLÄRENDE VARIABLEN

Als erklärende Variablen sollen nun verschiedenste Variablen in das Modell integriert werden. Dazu zählen zunächst so genannte determinierte Variablen wie Alter, Geschlecht oder Lebensraum die durch keine anderen Faktoren erklärt werden. Außerdem werden entsprechend der vorhergehenden theoretischen Abhandlung sozialstrukturelle Variablen, Variablen gesellschaftlicher Integration sowie Einstellungen bzw. psychologische Faktoren integriert. Diese können in der Zusammenfassung des theoretischen Teils (II.5, S.49) noch einmal nachgelesen werden.¹²

Weiters enthält der Datensatz eine Frage zur Wahlteilnahme an der vorhergehenden Nationalratswahl im Jahr 2002 (Q12). Dabei werden nur jene Personen berücksichtigt, die sich tatsächlich erinnern konnten und auch wahlberechtigt waren. Es ist anzunehmen, dass sich

¹² Anm.: Es wurden alle Variablen so recodiert, dass eine durchgängig einheitliche Richtung der Skalierung erreicht wird. Damit soll später die Vergleichbarkeit von Effekten erleichtert werden.

das Verhalten bei nationalen Wahlen ähnelt, wenn man Wahlverhalten als „habit forming“ versteht (Stein et al. 2005, S.3) und EP-Wahlen als „Nebenwahlen“ sieht (Reif/Schmitt 1980).

5.2. Faktorenanalysen und Messmodelle

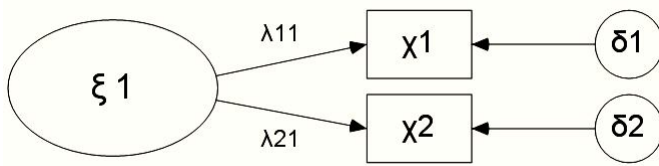
Einige der genannten erklärenden Variablen, wie bspw. sozioökonomischer Status oder Unterstützung der EU, sind nicht direkt messbare, also latente Konstrukte (Faktoren). Das heißt, sie müssen über mehrere, direkt beobachtbare Indikatoren messbar gemacht werden. Im Vorhinein ist aber oft nicht klar, ob bestimmte Variablen genau ein Konstrukt – und nur das eine – abbilden. Im Ansatz der exploratorischen Faktorenanalyse werden solche latenten Variablen gesucht bzw. wird getestet, welche Variablen einen solchen Faktor abbilden (vgl. Backhaus et al. 2003, Kap. 5; Reinecke 2005, S.134ff).

Zuvor muss aus sachlogischen Überlegungen gewählt werden, ob solch ein Konstrukt „formativ“ oder „reflektiv“ spezifiziert wird. Reflektiv bedeutet, dass die beobachteten Indikatoren von dem Konstrukt beeinflusst werden und deshalb stark untereinander korrelieren. Im formativen Modell verursachen die Indikatoren erst die latente Variable, müssen aber nicht korreliert sein (vgl. Zinnbauer/Eberl 2005). In den meisten Fällen arbeitet man jedoch mit reflektiven Modellen, da formative Modelle in Strukturgleichungsmodellen schwer einzubinden sind oder wenn, dann nur mit anderen statistischen Verfahren (vgl. dazu Eberl 2004).

In Strukturgleichungsmodellen wird über so genannte „Messmodelle“ die Beziehung zwischen direkt messbaren Variablen in Beziehung zum jeweiligen Konstrukt sichtbar. Die Annahme bei reflektiven Modellen ist, dass sich die Korrelation zwischen den Indikatoren erst auf den Einfluss der latenten Variable zurückführen lässt und wird daher auch als gerichtete Beziehung (Konstrukt → Indikator) dargestellt (Backhaus et al. 2003, S.346).¹³

¹³ Ein Faktor ξ (=latente Variable) wird über die Ladungen λ_i (quadrierte Ladung entspricht der erklärten Varianz) durch die gemessenen Variablen χ_i repräsentiert, die zusätzlich Messfehler δ_i (unerklärte Varianz) berücksichtigen.

Abbildung 6: Theoretisches Messmodell mit zwei Indikatoren (reflektiv)



Zuvor müssen also mittels Faktorenanalyse in dem Programm SPSS die oben genannten latenten Variablen definiert werden. Da es sich um einen explorativen Zugang handelt, wird durchgängig die Hauptachsenanalyse verwendet. Das heißt, es wird nicht angenommen, dass ein Konstrukt vollständig durch die Indikatoren erklärt werden kann. Um verschiedene Dimensionen eindeutiger zu trennen, wird durchgängig die Varimax-Rotation verwendet, d.h. es wird vorläufig keine Korrelation zwischen zwei Dimensionen angenommen. Der Fallausschluss bei fehlenden Werten wird paarweise vorgenommen, um eine möglichst hohe Fallzahl zu berücksichtigen.

Als Maß der Abschätzung der Reliabilität, d.h. der Zuverlässigkeit der Messung einer latenten Variable, wird üblicherweise Cronbachs Alpha (α) verwendet. Das Maß kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen und ist umso besser, je näher sich der Wert an 1 annähert. Als Faustregel gelten Werte größer 0,7 als akzeptabel (vgl. Zinnbauer/Eberl 2005, S.568).

SOZIOÖKONOMISCHER STATUS

Wie bereits erörtert, sind dem SES-Modell zu Folge die sozioökonomischen Ressourcen einer Person ausschlaggebend für die Beteiligung. Dazu zählen Bildung, Einkommen und Status. Im Sinne der Theorie wäre SES eher als formativer Faktor anzusehen (vgl. Zinnbauer/Eberl 2005, S.57f). Es wird aus Gründen der Einfachheit und der Logik von Strukturgleichungsmodellen jedoch als reflektiv behandelt. Als Operationalisierung des Konstrukts sollen deshalb die Variablen Schulbildung (bild), Nettoeinkommen des Haushalts pro Monat in Kategorien (eink_kat)¹⁴ und subjektive Schichtzugehörigkeit (D7) verwendet werden. Der Faktorenanalyse zu Folge liegen alle Variablen auf derselben Dimension und weisen folgende Ladungen auf:

¹⁴ Hier wurde die Variable D11 in Kategorien von 1.000-Euro-Schritten zusammengefasst.

Tabelle 18: Faktorladungen sozioökonomischer Status

	Faktor
D7: Subjektive Schichtzugehörigkeit	,679
BILD: Schulbildung	,648
eink_kat: Einkommen in Kategorien	,499

(Cronbachs $\alpha = ,609$)

Der Wert zur Reliabilitätsschätzung ist zwar gering, allerdings noch im akzeptablen Bereich. Zudem weisen die Faktorladungen (fast) durchgehend Werte $> 0,5$ auf, was der Konvention nach auf hohe Ladungen schließen lässt (Backhaus et al. 2003, S.299).¹⁵ Der Gedanke ist, dass die dahinter stehende latente Variable auch einen ausreichend hohen Anteil der Varianz eines gemessenen Indikators erklären soll.

POLITIKINTERESSE

Zur Abschätzung des Politikinteresses einer Person werden mehrere Variablen geprüft. Dazu zählt allgemeines Interesse an Politik, Interesse am Wahlkampf sowie Informationsbeschaffung. In der Faktorenanalyse wurden insgesamt sieben Variablen untersucht (Tabelle 19). In diesem Fall ergeben sich allerdings zwei Faktorenlösungen, d.h. zwei mögliche Dimensionen von Politikinteresse.

Tabelle 19: Faktorladungen Politikinteresse

	Faktor	
	1	2
Q8a: Sendung über die Wahlen gesehen	,606	
Q8b: Bericht über die Wahlen gelesen	,606	,204
Q8c: über die Wahlen gesprochen	,494	,289
Q8d: Wahlveranstaltung besucht		,267
Q8e: Internetseite über die Wahlen angesehen		,584
Q9: Interesse am Wahlkampf	,653	
Q20: Interesse an Politik	,573	

(Varimax-rotierte Lösung; Ladungen $< 0,2$ wurden unterdrückt)

¹⁵ Faktorladungen $> 0,5$ sind im Folgenden grau unterlegt.

In der Interpretation sinnvoller erscheint jedoch die Lösung des ersten Faktors (Q8a, Q8b, Q9, Q20). Zusätzlich weist diese Variante mit vier Variablen genügend hohe Faktorladungen auf. Die Reliabilitätsschätzung für diesen Fall liefert einen Wert von $\alpha = ,721$.

VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN

Der Fragebogen enthielt unter anderem Fragen zum Vertrauen in die Institutionen der EU. Es ist anzunehmen, dass Personen mit geringem Vertrauen auch der Wahl fern bleiben bzw. keinen Anlass sehen, ihre Stimme abzugeben. Erwartungsgemäß fällt die Bewertung der einzelnen Institutionen – für Österreich typisch – recht ähnlich aus, da der Beitrag jedes einzelnen Organs für den/die DurchschnittsbürgerIn kaum zu trennen ist. Insofern ergibt sich auch eine hohe Reliabilität.

Tabelle 20: Faktorladungen Vertrauen in europäische Institutionen

	Faktor
Q14b: ...in das Europäische Parlament	,802
Q14d: ...in die Europäische Kommission	,913
Q14e: ...in den Ministerrat der EU	,912

(Cronbachs $\alpha = ,908$)

IDENTIFIKATION UND DIFFUSE UNTERSTÜTZUNG

Es erscheint logisch, dass eine gewisse Identifikation mit der EU als solches Einfluss darauf hat, ob man zur Wahl geht oder nicht. Wer den Erweiterungsprozess unterstützt und sich als Teil des Projekts Europa sieht, wird womöglich mehr versuchen daran teilzunehmen. Auch spielt eine gewisse diffuse Unterstützung, dass das politische System einen längerfristig den Interessen entsprechenden Output liefert (vgl. Easton 1975), eine Rolle. Im Folgenden wird untersucht, inwieweit diese Dimensionen zu trennen sind. Sieben Items sollten diesen Umstand messen (Tabelle 21).

Offenbar liegen alle Items auf derselben Dimension. Das heißt, sie bilden dasselbe Konstrukt ab. Sicher spielt hierbei die semantische Ähnlichkeit der Fragen Q23 und Q24 sowie Q31 und Q32 eine Rolle. Da genügend Items vorhanden sind, die in reflektiven Messmodellen praktisch beliebig austauschbar sind (vgl. Zinnbauer/Eberl 2005, S.567), kann auf ein Item verzichtet werden, um eine höhere Reliabilität zu erzielen.

Tabelle 21: Identifikation und Unterstützung der EU

	Faktor
Q21_rec: Mitgliedschaft Österreichs in der EU	,680
Q22: Einstellung zur europäischen Einigung	,615
Q23: als Bürger der EU fühlen	,598
Q24: stolz, Bürger der EU zu sein	,701
Q28: Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU	,559
Q31: Vertrauen, dass EU im Interesse Österreichs entscheidet	,722
Q32: Vertrauen, dass EU im Interesse der Leute entscheidet	,774

(Cronbachs $\alpha = ,741$)

Unter Ausschluss der Variable Q22 ergibt sich somit ein α von ,828 für die verbliebenen sechs Indikatoren. Die einzelnen Items des Faktors decken somit Demokratiezufriedenheit, Stolz als BürgerIn, Beurteilung der Mitgliedschaft und die Vorstellung, dass die EU im Sinne der Leute (in Österreich) entscheidet, ab. Dies kommt eher einer „diffusen Unterstützung“ gleich (Easton 1975), weshalb diese latente Variable im Folgenden „Unterstützung“ genannt wird.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Zuletzt soll eher explorativ geprüft werden, welchen Einfluss die subjektiv wahrgenommene wirtschaftliche Entwicklung Österreichs hat. Da diese Fragen im Rahmen der europäischen Ebene gefragt wurden, ist anzunehmen, dass die Befragten diese Entwicklung im Sinne der Einbindung Österreichs in die EU sehen. Die Einschätzung ist somit Teil der Evaluation des Outputs bzw. Nutzens der EU. Insofern wird angenommen, dass die Items von einer Dimension erklärt werden. Zwei Fragen bezogen sich auf die Wirtschaftslage, einerseits auf die vergangene (Q16), andererseits auf die zukünftige (Q16b) Entwicklung ($\alpha = ,704$).

5.3. Aufbau des Modells

Das Strukturgleichungsmodell soll nun mittels des Programmes AMOS 7.0 (vgl. Arbuckle 2006; Byrne 2001) erzeugt werden. Nachdem die Faktorenanalysen vorgenommen wurden und damit Messmodelle für die latenten Variablen bestimmt wurden, geht es nun darum, auch ein Strukturmodell zu generieren. Das Strukturmodell entspricht methodisch gesehen wiederum dem regressionsanalytischen Ansatz. Der theoretische Teil legt eine Reihe von

Einzelhypothesen nahe, die nun geprüft werden sollen. Es wird dazu ein Zugang gewählt, wonach das Modell schrittweise modifiziert bzw. generiert und an die reale Datenstruktur angenähert wird (vgl. Reinecke 2005, S.115).

SCHÄTZMETHODE

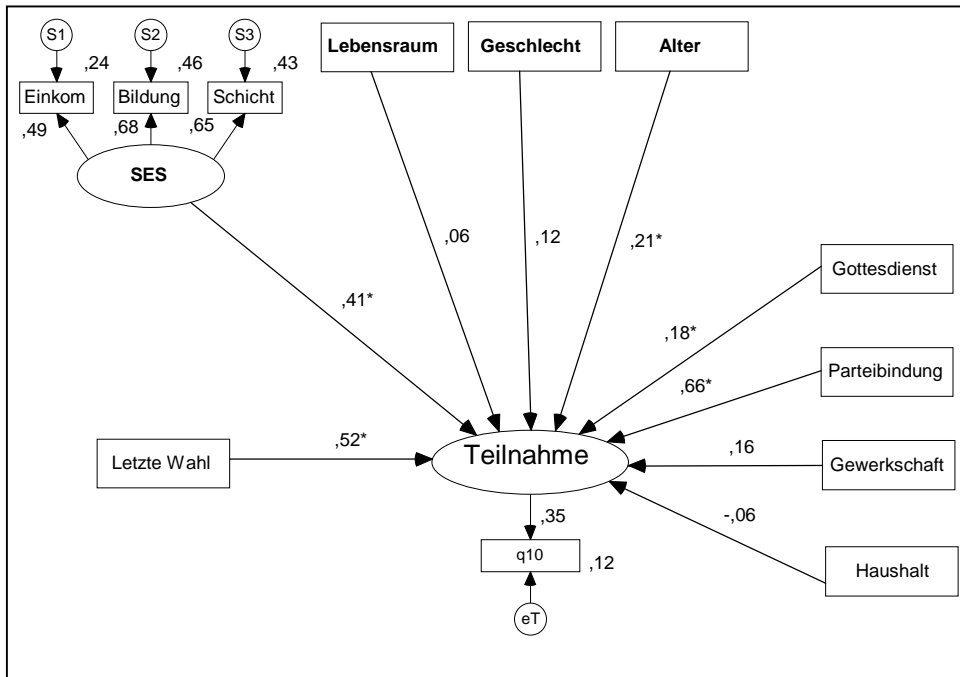
Als Datengrundlage dienen die Rohdaten der Erhebung. Die Behandlung der fehlenden Werte im Datensatz erfolgt über die in AMOS verfügbare „Full Information Maximum Likelihood“ (FIML) Methode, d.h. mittels Schätzung ohne Datenimputation (vgl. Baltès-Götz 2008, S.39; Byrne 2001, S.292). Damit soll eine möglichst hohe Fallzahl gewährleistet werden. Zudem ist FIML eine mögliche Methode der Schätzung, die Probleme im Zusammenhang mit fallweisem oder paarweisem Ausschluss behebt. Im Allgemeinen bietet sich auch das Maximum-Likelihood-Schätzverfahren an, da dieses bei großen Samples auch unter weniger strengen Verteilungsannahmen gute Schätzer liefert (vgl. Schermelleh-Engel et al. 2003, S.26; Reinecke 2005, S.109f).

Um den Überblick zu bewahren, werden im Anfangsmodell lediglich soziodemographische Variablen, der sozioökonomische Status (als Ellipse dargestellt) sowie Variablen, die Auskunft über die soziale Integration geben, berücksichtigt. Zusätzlich wird, wie weiter oben erwähnt, die Wahlteilnahme an der letzten Nationalratswahl berücksichtigt. Hier werden zunächst nur direkte Effekte geschätzt, d.h. es werden noch keine Beziehungen untereinander vermutet (Abbildung 7).

Alle Variablen werden standardisiert, wodurch sich dann die Stärke der Effekte vergleichen lässt. Der Korrelationskoeffizient (r) gibt darüber Auskunft. Die Modelle zeigen im Folgenden immer standardisierte Schätzwerte. Die standardisierten Koeffizienten (zwischen 0 und 1) erlauben nun einen Vergleich der Stärke des Effekts auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme. Allerdings weisen im Anfangsmodell nur der sozioökonomische Status, Alter, Teilnahme bei der letzten Wahl, Parteibindung¹⁶ sowie Gottesdienst einen signifikanten direkten Effekt auf. Das heißt, diese Beziehungen sind auch für die Grundgesamtheit der Wahlberechtigten anzunehmen. Nicht signifikante Korrelationen können daher auch durch Zufall in der Stichprobe entstanden sein, weshalb die betreffenden Variablen wieder aus dem Modell entfernt werden.

¹⁶ Die Messung bezieht sich auf die neu generierte Variable „partezug“; siehe: S.60

Abbildung 7: Anfangsmodell (standardisierte Lösung)



($n=1.010$; * sign. bei $p<0,05$; $\chi^2/Df = 11,940$; $CFI = ,440$; $NFI = ,431$; $RMSEA = ,104$; $PCLOSE = ,000$)

Für das Geschlecht wurde kein direkter Effekt angenommen. Lebensraum als Wohnortsgröße weist zwar keinen direkten Effekt auf, soll jedoch als determinierende Variable noch nicht entfernt werden. Problematisch ist die Variable dennoch hinsichtlich ihrer Skalierung (lediglich 3-Punkt-Skala). Es bleibt zu untersuchen, ob ein indirekter Effekt über andere Variablen besteht. Dieses Modell stellt die Zusammenhänge, die zur Wahlbeteiligung führen sehr unzureichend dar. Die Varianz in der Wahlteilnahme (Q10) kann lediglich zu 12% erklärt werden.

BEURTEILUNG VON MODELLEN

Neben der Beurteilung von Konstrukten über Messmodelle und der Signifikanz von Effekten, d.h. gerichtete Beziehungen als auch Korrelationen, ist die Gesamtgüte des Modells („Fit“) von Interesse. Eine Anleitung zur Überprüfung der Spezifikation und Güte von Strukturgleichungsmodellen findet sich z.B. bei Zinnbauer und Eberl (2005) sowie Schermelleh-Engel et al. (2003). Dabei geht es darum, die vom Modell reproduzierte Kovarianzmatrix mit der empirischen zu vergleichen. Die Anpassung an den Datensatz wird umso positiver beurteilt, je geringer die Abweichung ist (Zinnbauer/Eberl 2005, S.569). In diesem Fall handelt es sich allerdings um „Stand-Alone-Kriterien“, die im Gegensatz zur Inferenzstatistik eher auf Erfahrungswerten und „Faustregeln“ basieren. Backhaus et al.

sowie Zinnbauer und Eberl nennen zur Bewertung der globalen Güte des Modells unter anderem folgende Anpassungsmaße und anzustrebende Fit-Werte:

Tabelle 22: Globale Gütemaße für Strukturgleichungsmodelle

Maß:	Anforderung:
X ² /Df	≤ 2,5
CFI	≥ 0,9
NFI	≥ 0,9
RMSEA	≤ 0,05
PCLOSE	~ nahe 1

(Quelle: Backhaus et al. 2003, S.376; Zinnbauer/Eberl 2005, S.570f)

In AMOS, wie auch in anderen Software-Paketen, wird für gewöhnlich ein so genannter Modifikationsindex ausgegeben, der sich auf nicht berücksichtigte Beziehungen bezieht. Er gibt an, wie stark der Chi-Quadrat-Wert sinken würde (*ceteris paribus*), wenn der Parameter, also eine – logisch begründbare – Beziehung zwischen zwei Variablen berücksichtigt wird. Bei der FIML-Schätzung fehlender Werte ist dieser jedoch nicht verfügbar.

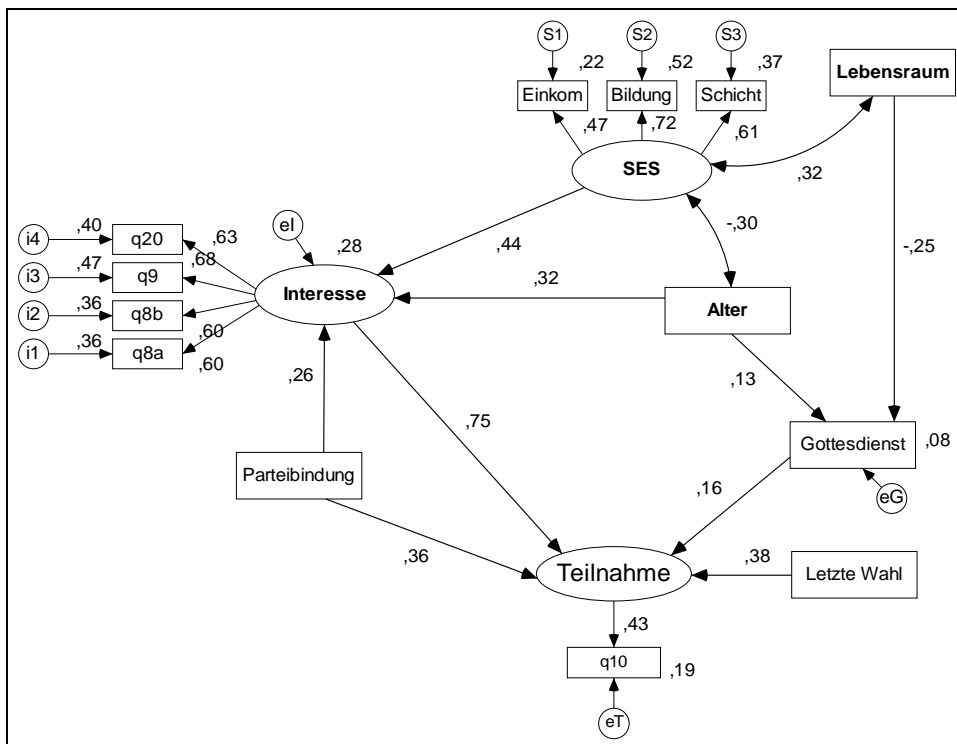
Das erste Modell entspricht bei weitem nicht den gestellten Anforderungen für ein Modell, das die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme erklären soll. Nachdem nicht signifikante Variablen entfernt wurden, werden weitere Konstrukte und Variablen eingeführt.

KAUSALMODELL 1

Nachdem das erste Modell zum Teil widerlegt wurde, wird ein neues Modell erstellt. Dabei wird als neues Konstrukt politisches Interesse eingeführt. Es wird angenommen, dass dieses vom Alter, sozioökonomischen Status aber auch von Parteibindung beeinflusst wird. Parteibindung wird als längerfristiger Faktor angenommen, der das politische Interesse allgemein und Informationspotential über die Wahl fördert. Diese Variable wirkt daher präsumtiv sowohl direkt als auch indirekt über politisches Interesse. Die exogenen Variablen Alter und Lebensraum (Größe des Wohnorts) werden als positiv korreliert mit SES angenommen. Die Teilnahme an der letzten Wahl kann als dichotome Variable ebenso als determinierend behandelt werden, da diese (mit den hier verwendeten Methoden) nicht in eine Kausalkette integriert werden kann. Kirchgang soll als abhängig von Alter und sozialer Integration über den Lebensraum behandelt werden.

Folglich werden erstmals Interdependenzen unter den erklärenden Variablen angenommen, die jedoch immer rekursiv sind, d.h. in eine Richtung verlaufen. Die Kausalbeziehungen stützen sich auf hypothetische Annahmen (Abbildung 8). Endogene Variablen beinhalten nun auch Messfehler, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass diese vollständig durch exogene bzw. kausal vorhergehende Variablen erklärt werden. Würden diese nicht berücksichtigt werden, käme es zu verzerrten Ergebnissen.

Abbildung 8: Kausalmodell 1 (standardisierte Lösung)



($n=1.010$; alle Effekte signifikant; $\chi^2/Df = 4,751$; $CFI = ,881$; $NFI = ,857$; $RMSEA = ,061$; $PCLOSE = ,005$)

Alle Effekte sind in dieser Abbildung signifikant. Auch die Variable Kirchengang erweist sich noch als (schwach) signifikant. Eine wichtige Feststellung ist jedoch: Sobald die Wirkung von politischem Interesse auf Teilnahme angenommen wird, erweist sich der direkte Effekt von Alter auf Teilnahme sowie SES auf Teilnahme als nicht mehr signifikant und wurde deshalb entfernt. Es ist also ein indirekter Effekt anzunehmen, den der sozioökonomische Status ausübt. Eigenartig erscheint die negative Korrelation zwischen Alter und SES. Einerseits ist es so, dass ältere Menschen oft noch eine, wie früher übliche, geringere formale Bildung aufweisen und zugleich geringere Einkommen (Pensionen) haben. Andererseits lässt Alter nur als positiv linear (anstatt kurvilinear) wirkend anneh-

men – sowohl in Bezug auf Wahlteilnahme als auch bzgl. des sozioökonomischen Status. Dennoch scheint eine Beziehung im Sinne einer korrelierenden, d.h. wechselwirkenden, Beziehung – ohne kausale Annahme – richtig.

Mit diesem modifizierten Modell können nun bereits 19% der Varianz der Wahlteilnahme erklärt werden. Den Gütemaßen zu Folge kann es jedoch nicht als passend für die Grundgesamtheit angenommen werden. Weiters müssen noch andere, bislang nicht berücksichtigte Variablen integriert werden.

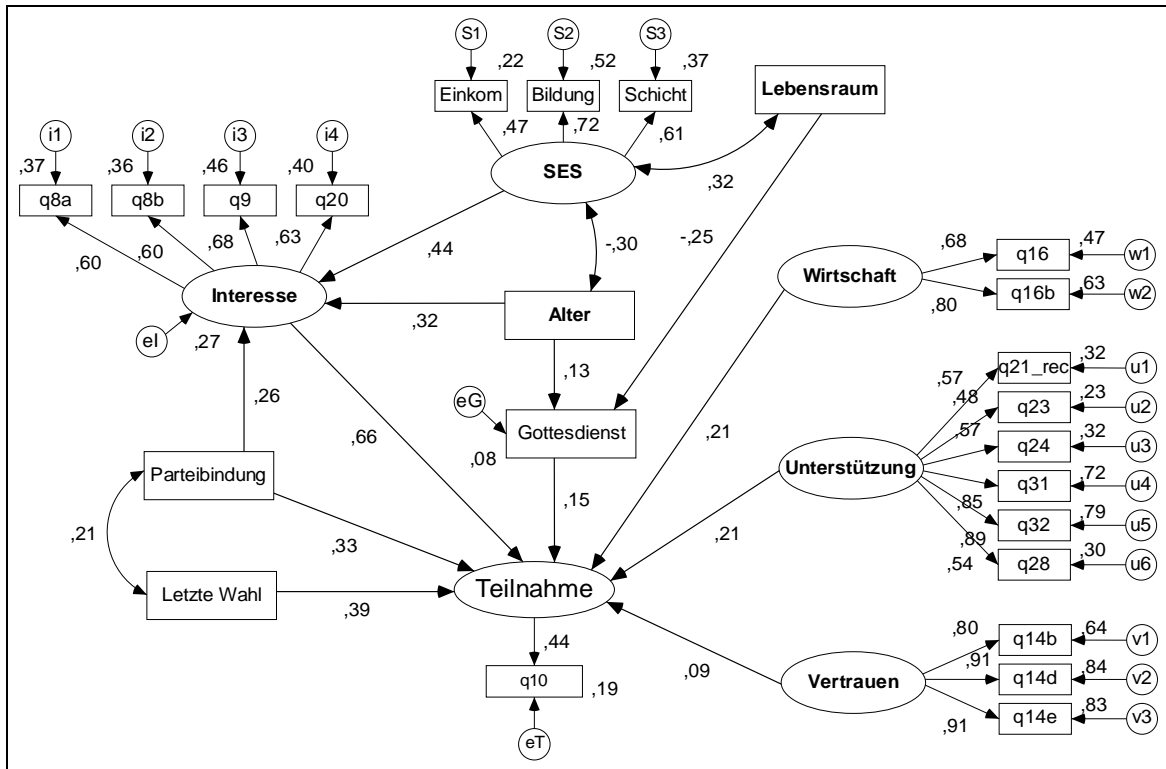
KAUSALMODELL 2

Im nächsten Modell (Abbildung 9) werden nun zusätzlich Einstellungsfaktoren berücksichtigt. Dazu zählen: wirtschaftliche Entwicklung, Unterstützung sowie Vertrauen in die Institutionen.¹⁷ Weiters wurde eine Korrelation zwischen Parteibindung und Teilnahme an der letzten Wahl angenommen. Es wird keine gerichtete Beziehung hergestellt, da die Parteibindung nicht erst nach der Teilnahme auftritt, sondern bereits als längerfristige Bindung besteht.

Das Modell verschlechtert sich durch das Hinzunehmen der weiteren Variablen. Letztlich kann damit nur gleich viel an der Wahlteilnahme erklärt werden. Das Vertrauen in die Institutionen hat als einziges keinen signifikanten Einfluss. Auch deutet die Verschlechterung darauf hin, dass die empirischen Zusammenhänge in dem Modell offenbar falsch spezifiziert worden sind. Auch ist hier unklar, wie die exogenen Variablen bzw. SES und Interesse auf die hinzugenommenen einzelnen Konstrukte wirken.

¹⁷ Die Items Q9a und Q9b zur KandidatInnen- und Wahlkampfbewertung waren nicht signifikant und wurden deshalb weggelassen. Ebenso wurde die links/rechts-Einstufung nicht weiter verwendet.

Abbildung 9: Kausalmodell 2 (standardisierte Lösung)



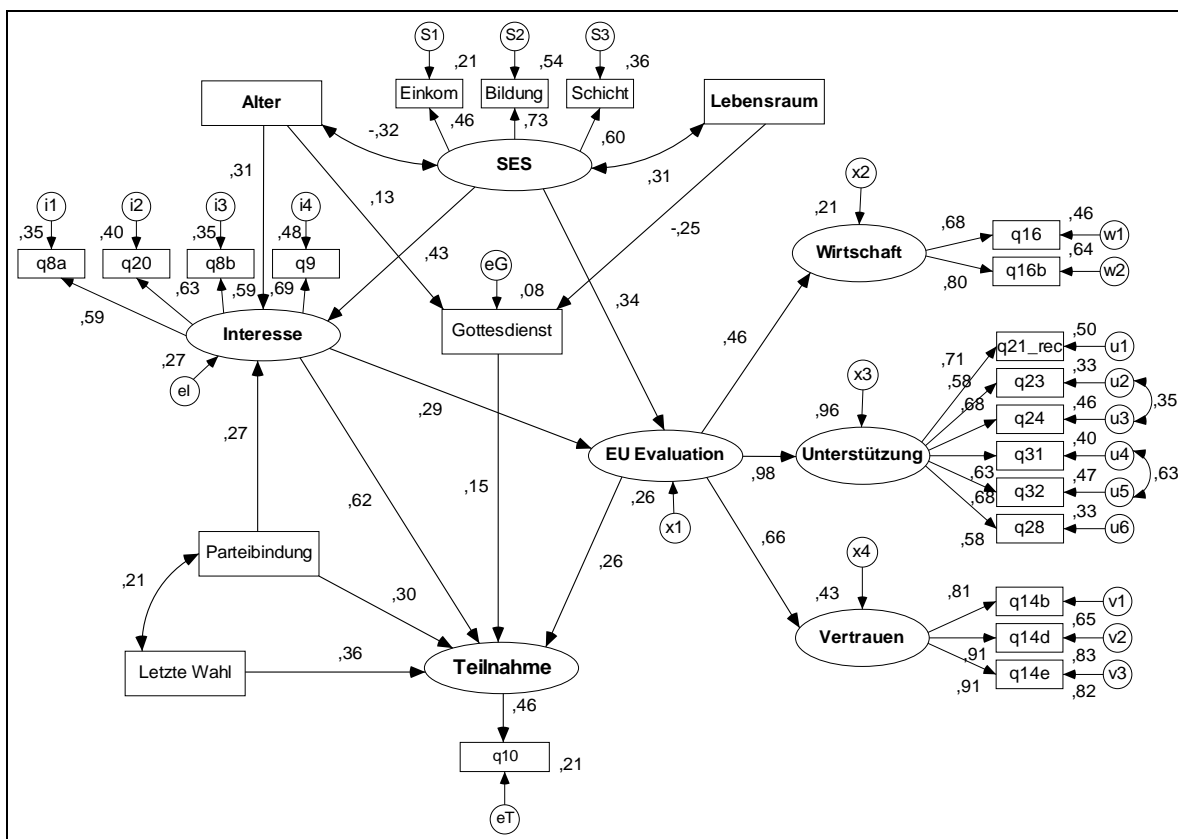
($n=1.010$; $X^2/Df = 6,922$; $CFI = ,806$; $NFI = ,782$; $RMSEA = ,077$; $PCLOSE = ,000$)

KAUSALMODELL 3

In einem neuen Modell wird ein verändertes Strukturmodell angenommen. Aus Platzgründen sollen die Modifikationsschritte lediglich im Text nachvollzogen werden. Nach theoretischen Überlegungen wird angenommen, dass die Konstrukte Unterstützung der EU, das Vertrauen in die Institutionen sowie die Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung untereinander korrelieren. Um die Einstellungsvariablen zu integrieren, wird nun die Hypothese postuliert, dass ein evaluierender Prozess bzw. eine Bewertung des politischen Systems der EU den Einstellungen im Sinne eines übergeordneten Faktors vorausgeht. Dieser könnte dann die Unterstützung, das Vertrauen sowie die Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung – die ja im Rahmen des europäischen Kontexts abgefragt wurde – erklären. Zusätzlich wird angenommen, dass diese Evaluation mit höherem SES und größerem Interesse besser ausfällt. Denn es ist davon auszugehen, dass eher ProfiteurInnen der EU-Mitgliedschaft sowie Interessierte, die auch die EU-Politik besser verstehen, und nicht ökonomische VerliererInnen oder Desinteressierte diese positiv bewerten.

Um das Messmodell des Faktors „Unterstützung“ noch zu verbessern, wurden Messfehlerkorrelationen zwischen Q23 und Q24 (Stolz) sowie Q31 und Q32 (EU Entschlüsse für die Leute) zugelassen, da diese Items semantisch sehr ähnlich sind und somit von ähnlichen Fehlern in der Messung ausgegangen werden kann (siehe Abbildung 10). Die Variable Lebensraum (D8) wurde im Modell behalten, da sie als erklärend im Zusammenhang mit SES und Gottesdienstbesuchen steht. Der negative Zusammenhang mit dem Kirchgang bedeutet daher: Je größer die Wohnortgröße, desto geringer die Besuchshäufigkeit. Die Skalierung von D8 (nur 3 Kategorien) ist jedoch für eine determinierende Variable, wie erwähnt, problematisch.

Abbildung 10: Kausalmodell 3 (standardisierte Lösung)



($n=1.010$; Alle Effekte signifikant; $\chi^2/Df = 2,833$; $CFI = ,941$; $NFI = ,913$; $RMSEA = ,043$; $PCLOSE = ,999$)

Das letzte Modell erweist sich schließlich als passend für die empirische Datenstruktur. Auch weist das Strukturmodell trotz einer gewissen Komplexität einen logischen Aufbau auf. Ein übergeordneter Faktor „EU Evaluation“ kann die Beziehung unter den latenten Variablen Einschätzung Wirtschaftslage, Unterstützung des politischen Systems der EU

und Vertrauen in die Institutionen zumindest teilweise erklären. Trotzdem können lediglich 21% der Varianz der empirisch festgestellten Wahlteilnahme (Q10) erklärt werden.

Aus dem Diagramm lassen sich lediglich direkte Effekte auf endogene Variablen ablesen. Dabei werden indirekte Einflüsse nicht sichtbar. Tabelle 23 zeigt die standardisierten totalen Effekte.¹⁸ Damit wird die Summe der direkten und indirekten Effekte einer Variable in vergleichbarer Weise dargestellt. Die standardisierte Lösung berücksichtigt die unterschiedliche Skalierung (Messeinheiten) der Variablen.

Tabelle 23: Standardisierte totale Effekte – Kausalmodell 3

	SES	Alter	Lebensr.	Letzte W.	Parteib.	Interesse	Gottesd.	EU-Eval.
Teilnahme	,387	,235	-,037	,363	,485	,691	,151	,264
Interesse	,431	,313	.	.	,268	.	.	.
Gottesdienst	.	,128	-,249
EU-Eval.	,465	,090	.	.	,077	,287	.	.
Unterstützung	,456	,088	.	.	,075	,281	.	,981
Wirtschaft	,212	,041	.	.	,035	,131	.	,457
Vertrauen	,306	,059	.	.	,051	,189	.	,659

Wie man erkennen kann, zeigt die latente Variable „politisches Interesse“ bei weitem den größten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme, gefolgt von Parteibindung, sozioökonomischem Status (SES) und Besuch der letzten Wahl. Der postulierte, übergeordnete Faktor „Evaluation der EU“ zeigt einen ähnlichen Effekt wie Alter. Wichtig zu erwähnen ist, dass sich – bei Vereinheitlichung der Richtung der Skalierung der Variablen – mit Ausnahme von Wohnortsgröße (Lebensraum) nur positive Effekte zeigen. Somit bestehen die Zusammenhänge tatsächlich in ihrer Wirkung entsprechend der oben beschriebenen Hypothesen.

Auch wenn das Augenmerk nicht auf der bestmöglichen Erklärung aller im Modell integrierten Variablen lag, soll kurz auf die Schätzwerte erklärter Varianz verwiesen werden (Tabelle 24). Die geschätzte Korrelationsmatrix aus dem zuletzt erstellten Modell ist im Anhang nachzulesen.

¹⁸ Anm.: Abhängige bzw. beeinflusste Variablen befinden sich in den Zeilen der Tabelle.

Tabelle 24: Quadrierte multiple Korrelationen

Unterstützung	96,3%
Vertrauen	43,4%
Interesse	26,9%
EU Evaluation	26,3%
Q10 (Teilnahme)	21,0%
Wirtschaft	20,9%
Kirchgang	7,8%

(Anteil erklärter Varianz in den Variablen)

6. Zusammenfassung der Ergebnisse

ERKLÄRUNG DER WAHLBETEILIGUNG

Das Strukturgleichungsmodell sollte die Interdependenzen zwischen verschiedenen Einflussgrößen und deren Wirkung auf die Wahlbeteiligung empirisch prüfen. Das letzte Modell (Kausalmodell 3) ist dabei eine mögliche Variante die Zusammenhänge darzustellen. Nicht alle hypothetisch erfassten Einflüsse (vgl. Tabelle 2, S.49) konnten jedoch mit den vorhandenen Daten getestet werden. Ebenso wenig waren alle theoretisch postulierten Zusammenhänge tatsächlich signifikant, d.h. für die Gesamtpopulation der Wahlberechtigten zutreffend.

Da in Strukturgleichungsmodellen Messfehler berücksichtigt werden können, lässt sich der Anteil erklärter Varianz in einer Variable ebenso wie ihr nicht-erklärter Anteil abschätzen. Für die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung lässt sich mit dem Modell lediglich 21% dieser Variation erklären, was in den Sozialwissenschaften nicht unüblich ist. Das heißt, 79% bleiben unerklärt. Solche Messfehler („disturbance terms“) beinhalten bekanntermaßen: (1.) unbekannte Variablen, (2.) bekannte aber nicht berücksichtigte Variablen, (3.) den Zufall des menschlichen Verhaltens und (4.) Fehler in der empirischen Messung (vgl. Saris/Stronkhorst 1984, S.34).

ZENTRALE DETERMINANTEN

Trotz der nicht allzu hohen erklärten Varianz lassen sich einige wichtige Befunde für Österreich feststellen. Vorweg soll darauf hingewiesen werden, dass für alle Variablen – mit Ausnahme des schwachen Effekts der Wohnortgröße – ein positiver Zusammenhang

mit der Wahlbeteiligung in ihrem totalen Effekt nachgewiesen werden konnte. Die negativen Beziehungen bestehen lediglich zwischen Alter und SES sowie Wohnortsgröße und Häufigkeit der Gottesdienstbesuche.

Das Konstrukt „politisches Interesse“ hat in dem postulierten Modell bei weitem den größten Einfluss auf die Wahlteilnahme (siehe: Tabelle 23, S.80). Jene, die sich allgemein für politisch interessiert und außerdem interessiert am Wahlkampf und der Berichterstattung zeigten, gehen also mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Wahl. Es ist anzunehmen, dass dieses Konstrukt bis zu einem gewissen Grad die wahrgenommene (Un-)Wichtigkeit der EP-Wahlen widerspiegelt und damit primär das persönliche Interesse daran und der Grad der Informiertheit entscheidend sind. Gleichzeitig muss festgehalten werden, dass das Interesse entsprechend den Thesen durch den sozioökonomischen Status, Alter und Parteibindung beeinflusst wird.

Die Parteibindung spielt offenbar auch bei der EU-Wahl eine wichtige Rolle. Selbst wenn die gewählten VertreterInnen in einem supranationalen Parlament und seinen Fraktionen ihren Platz finden, ist primär die nationale Bindung an Parteien gegeben. Wie etwa Tenschler (2005a, S.14f) betont, bewerben sich bislang ausschließlich nationalstaatliche PolitikerInnen über nationalstaatlich verankerte Parteien. Möglicherweise funktioniert die Mobilisierung der WählerInnenschaft auch gerade weil diese Wahlkämpfe sich immer noch als sehr „domestiziert“ beschreiben lassen und die Positionierung an nationalen Themen erfolgt. Die Bewertung der Wahlkämpfe und Themen selbst zeigt bei einer Überprüfung jedoch keinen Einfluss auf die Wahlbeteiligung. Insofern entspricht die Variable Parteibindung exakt den theoretischen Erwartungen. Man kann dieses Faktum sowohl als geringere gesellschaftliche Integration als auch Unsicherheit in der kurzfristigen Entscheidung des Wahlverhaltens deuten, die schließlich zur Nichtwahl führt.

Der sozioökonomische Status einer Person (SES) zeigt den drittstärksten totalen Effekt. Auch wenn sich in der bivariaten Analyse nur für Bildung ein signifikanter, direkter Zusammenhang zu vermehrter Wahlbeteiligung zeigt, kann das Strukturgleichungsmodell den Einfluss des sozioökonomischen Status zeigen. Hier gilt aber: Es lässt sich nur ein indirekter Effekt von SES nachweisen. Gleichzeitig ist der Status ein wichtiges, erklärendes Moment für politisches Interesse sowie für die postulierte evaluierende Haltung gegenüber der EU, die mit höherem sozioökonomischem Status einer Person positiver ausfällt.

Eine ähnliche Effektstärke zeigt die Teilnahme an der letzten Nationalratswahl. Die Beteiligung an der letzten Wahl ist somit bedingt ein aussagekräftiger Prädiktor, da man Wahlverhalten als „habit forming“ verstehen kann. Insofern ist es ein möglicher Indikator für vorhandene Wahlnorm, denn wer es bei nationalen Wahlen für eine Pflicht oder für wichtig hält, wählen zu gehen, wird auch hier eher teilnehmen. Aussagekräftiger wären dazu aber wahrscheinlich klare Fragen zur generellen, subjektiven Einstellung zur Wahlnorm oder der Empfindung der Responsivität des politischen Systems.

Interessanterweise zeigt der hypothetisch erstellte, übergeordnete Faktor „Evaluation der EU“ einen eher geringen Effekt (dies ändert sich auch nicht bei den früher angenommenen direkten Effekten von Vertrauen, Unterstützung und Wirtschaft). Dies wäre ein Anzeichen dafür, dass die Bewertung des Politik-Outputs sowie Vertrauen und Unterstützung nur zu einem geringen Teil mit der Wahlbeteiligung zu tun hat. Zynisch formuliert würde das bedeuten, dass auch begeisterte Pro-EuropäerInnen nicht zwingend zur Wahl gehen. Eine These wäre, dass dies zumindest teilweise mit den beschränkten Befugnissen des Parlaments zu tun hat, womit nur sehr indirekt Politikpräferenzen übertragen werden können. Weiters lässt sich jedoch für Interesse und SES ein positiver Effekt auf die Evaluation zeigen. Darüber hinaus wäre es für weitere Forschungsvorhaben interessant, welche Faktoren eigentlich zu dieser positiven bzw. negativen Evaluation der EU führen.

Es gibt ebenso einen Unterschied in der Altersstruktur, nämlich dass ältere Personen eher zur Wahl gehen. In der multivariaten Analyse zeigt sich dieser Effekt jedoch nur indirekt. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen ist entsprechend früherer Analysen nicht nachweisbar. Weiters kann der Befund früherer Wahlen, dass vor allem jüngere Frauen wieder deutlich weniger zur Wahl gehen, hier nicht bestätigt werden.

Zuletzt sei noch die Variable Gottesdienstbesuche erwähnt, die als Indikator der gesellschaftlichen Integration dient. Ein schwacher Zusammenhang deutet daraufhin hin, dass Personen die häufiger einen Gottesdienst besuchen eher zur Wahl gehen. Eine weitere Variable der gesellschaftlichen Integration, nämlich Lebensraum, zeigt hingegen nur einen vernachlässigbaren Effekt. Für Haushaltsgröße lässt sich ebenso kein Zusammenhang nachweisen. Gewerkschaftsmitgliedschaft zeigt zwar in der bivariaten Analyse einen Unterschied zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen. Im multivariaten Modell kann jedoch kein signifikanter kausaler Zusammenhang nachgewiesen werden.

DIE NICHTWÄHLERINNEN

Die Analyse der NichtwählerInnen legt nahe, dass tatsächlich gering eingeschätzte Wichtigkeit der Wahl, nicht vorhandene Wahlnorm in Bezug auf EP-Wahlen und gering eingeschätzte „efficacy“ als Motive von Bedeutung sind. Damit stimmen die Ergebnisse weitgehend mit Picker und Zeglovits (2005b) als auch mit Plasser und Ulram (2004) überein.

Aus dem Strukturgleichungsmodell lässt sich ablesen, dass Europawahl-NichtwählerInnen sich kaum politisch interessiert zeigen, sozioökonomisch schlechter gestellt sind und wenig gesellschaftliche Anbindung im traditionellen Sinn haben. Auch sind sie generell jünger, absentieren auch bei nationalen Wahlen und beurteilen die EU und ihre Politik tendenziell negativ.

WEITERE VARIABLEN UND MESSFEHLER

Die Analyse zeigte, dass nahe an der Entscheidung liegende (Trichter!), akteursbezogene Variablen wie Einstellungen wenig Einfluss haben. Es konnten jedoch auf Grund des zu Verfügung stehenden Datensatzes wichtige, bekannte Variablen nicht berücksichtigt werden. Dabei könnten aber z.B. politische Aktivität von FreundInnen (Teilnahmedruck), Vertretung durch Partei (Parteiendifferential), Wahlbeteiligungsnorm (Beteiligungsnutzen) und Einschätzung des politischen Einflusses durch Wahlen (Stimme oder „external efficacy“) von enormer Bedeutung sein. Die bereits zitierte Studie von Kühnel (2001) erklärt z.B. nur mit diesen vier Variablen 41,2% der berichteten Wahlbeteiligung in alten Bundesländern bzw. sogar 59,9% in den neuen Bundesländern Deutschlands. Zusätzlich wäre der Effekt der Einschätzung der Wichtigkeit der Wahl (Stichwort: second-order) sowie die Vereinsmitgliedschaft und Zahl der DiskutantInnen als Indikator für Ressourcen bzw. soziales Kapital von weiterem Interesse.

Auf der Messebene erwiesen sich einige Variablen für die Verwendung in Strukturgleichungsmodellen als problematisch. So ist das erforderliche Messniveau (annähernd metrisch skaliert und äquidistant) nicht überall erfüllt. Für die Einstellungsmessungen wäre daher eine noch feinere Skala (z.B. 10 Punkte) wünschenswert.

IV. CONCLUSIO

Zum Abschluss sollen die Forschungsfragen und Ergebnisse im Hinblick auf den weiteren theoretischen Rahmen hin reflektiert werden. Die zentrale Frage dabei ist, welche Bedeutung die geringe Wahlbeteiligung bei EP-Wahlen für die EU hat. Wenngleich die Analyse für Österreich einen begrenzten Geltungsbereich hat, lassen sich doch Trends für ganz Europa ablesen. Nicht zuletzt scheint die Frage wichtig, weshalb dem demokratischen Prozess und der Politik auf europäischer Ebene überhaupt solche Wichtigkeit beigemessen werden soll.

EP-WAHLEN UND SECOND-ORDER-STATUS

Um an den Vergleich zu nationalen Wahlen anzuknüpfen, ist zuallererst folgende Feststellung wichtig: Es lässt sich auch hier ungleiche Partizipation hinsichtlich gewisser sozialer Merkmale nachweisen. Lijpharts Sorge um ungleiche Partizipation ist offenbar ebenso für EP-Wahlen angebracht. Am wichtigsten erweist sich das damit stark verknüpfte, wenn man so will, schicht- und altersabhängige Interesse an europäischer Politik. Dies scheint nicht verwunderlich, berücksichtigt man folgende Feststellungen:

1. Geringe Wichtigkeit, kaum vorhandene Wahlnorm, geringe „external efficacy“
2. Hohe Komplexität und Intransparenz des europäischen Mehrebenensystems
3. Wahl von eingeschränkten RepräsentantInnen in einem schwachen Parlament

Deshalb kommt etwa Mattila (2003, S.467) auch nach der Analyse kontextueller Determinanten der Wahlbeteiligung zu dem Schluss, dass sich bei Änderung des Wahlmodus an der geringen Wahlbeteiligung wenig ändern wird, solange EP-Wahlen den „second-order-Status“ behalten. Die jüngste Eurobarometer-Umfrage vor den letzten Wahlen im Juni 2009 unter 1.000 Personen in Österreich, welche Einstellungen zum Thema Europawahlen 2009 erfragte, zeigte bereits ein solches Bild (EC 2008). Dabei gaben immerhin 58% zu diesem Zeitpunkt an, wahrscheinlich wählen zu gehen. Allerdings war etwas weniger als die Hälfte der Personen in Österreich und auch europaweit überhaupt an den nächsten

Wahlen interessiert. Die tatsächliche Wahlbeteiligung der Wahlen am 7. Juni 2009 in Österreich von 45,97% hält ein niedriges Niveau, wobei es immerhin zu keinem weiteren Absinken der Beteiligungsrate gekommen ist.¹⁹ Europaweit ist jedoch die Beteiligung wieder weiter gesunken (43%).²⁰

Ein Punkt erweist sich für die Stärkung von politischer Partizipation und das Annähern an europäische Themen sicher als essenzielle Vorbedingung – nämlich politische Bildung. Auch die Analyseergebnisse deuten in diese Richtung. Wie der Abschnitt über Bildung bereits zu verdeutlichen versuchte, geht es darum, politisch interessierte, mündige BürgerInnen für eine starke und funktionierende Demokratie zu gewinnen. Schließlich basiert der demokratische Prozess auf „Informiertheit“ und, wenn man das Wort anders betont, auf „Meinungs-Bildung“. Nicht nur zum Thema EU, etwa auch zur politischen Geschichte Österreichs, scheint es daher mehr als sinnvoll, politische Bildung für Kinder und Jugendliche als Teil der Ausbildung zu etablieren. Hier ist wiederum die Politik gefragt.

BETEILIGUNG UND DEMOKRATIE

Damit sich die europäischen BürgerInnen „nicht bloß als Zuschauer“ fühlen, müssen die europäischen Eliten die „Notwendigkeit [auch] regionaler Beteiligung an europäischen Entscheidungen und das Verlangen nach demokratischen Institutionen“ noch besser integrieren, forderte Benjamin Barber bereits vor einiger Zeit (Barber 1994, S.25). Der Text der europäischen Verfassung bekräftigt immerhin die mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte und definiert erstmals schriftlich das demokratische Fundament der Union, das auf drei Grundsätzen aufbaut: „dem Grundsatz der demokratischen Gleichheit, dem Grundsatz der repräsentativen Demokratie und dem Grundsatz der partizipativen Demokratie“. Zudem sollen die Organe den „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft pflegen“.²¹ Das partizipative Element wird allerdings nur um die von einer Million UnionsbürgerInnen vorgebrachte BürgerInneninitiative ergänzt. Ein europaweites Referendum, um über die „finalité“ (Habermas 2008) bzw. Ziele und endgültige Gestalt der EU abzustimmen, blieb bislang aus.

¹⁹ Siehe: BMI, Url: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/Gesamtergebnis.aspx

²⁰ Siehe: EP, Url: http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/en/turnout_en.html

²¹ Siehe: EU, Url: http://europa.eu/scadplus/constitution/democracy_de.htm

EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT UND VERMITTLUNG

Der Verfassungsvertrag von Lissabon sieht die an sich wünschenswerte Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments vor.²² Habermas (2008) sieht in einer geplanten Kompetenzerweiterung jedoch insofern ein Problem, da sie nicht im selben Maße mit einer erweiterten europäischen Meinungsbildung einhergeht. Notwendigerweise müssten sich in Zukunft die nationalen Öffentlichkeiten verstärkt „füreinander öffnen“, um für Europa relevante Entscheidungsprozesse sichtbar zu machen (ebd., S.107). Wie sonst können in der Diskussion möglichst verallgemeinerungsfähige Interessen gefunden werden?

An den Parteien – und auch Medien – liegt es, nicht nur knapp vor den Wahlen „schnell“ ein europäisches Bewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen und das Sündenbockschema gegenüber der EU zu vermeiden. Wie bereits erwähnt, wurden dann auch die Wahlkämpfe konventionell, mit geringem Aufwand und geringer Anstrengung geführt. Es geht darum, Aufmerksamkeit für die Wahlen und für ein Projekt Europa zu schaffen, wofür „intermediäre Instanzen der politischen Willensbildung und Interessenvermittlung“, d.h. Parteien, Interessengruppen und Massenmedien zuständig sind (Tenscher 2005a, S.11). Auf dieser Ebene gibt es immer noch gravierende Mängel.

EUROPÄISCHE ZIELE

Zur Frage der Gemeinsamkeiten in den Zielen von EU-Mitgliedstaaten sei der Einwand von Schaurhofer (1998, S.187) aufgegriffen, inwieweit die Schaffung eines common sense über „starke Demokratie“ in heutigen, stark pluralistischen Gesellschaften überhaupt möglich ist – das gilt für einzelne Nationalstaaten ebenso wie für supranationale Gebilde wie der EU. Es gehört, ganz im Sinne der kommunitaristischen Theorie, zu den spannenden Fragen der Zukunft, wie ein bestimmter Grad an gemeinsamer Bindung an übergreifende Grundwerte bzw. Ziele in einer europäischen Demokratie hergestellt werden kann, der sich schließlich in einer gemeinsamen Verfassung niederschlägt. So braucht die „postnationale Konstellation“ Europa zudem eine neue Art der Vergemeinschaftung bzw. Solidarität, um ihre Kohäsion zu wahren, wenn Nationalstaaten zunehmend von Erosion bedroht sind. Diese Solidarität ließe sich aber möglicherweise eben über solch eine gemeinsame Verfassung herstellen (Habermas 1998).

²² Siehe: EU, Url: http://europa.eu/lisbon_treaty/glance/democracy/index_de.htm

GERINGE (WAHL)BETEILIGUNG – WAS NUN?

Ist nun die geringe Beteiligung ein schlechtes Zeichen, aus der sich Unzufriedenheit ableiten lässt oder ein normales Phänomen? Und wo liegt die „Schmerzgrenze“? Wie erwähnt, zeigen bisherige Studien interessanterweise keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Systemzufriedenheit. Auch die in dieser Arbeit vorgelegte Analyse legt nahe, dass die Wahrnehmung der EU, ihrer Auswirkungen und zu Grunde liegende Unterstützung nur zu einem geringen Teil mit der Wahlbeteiligung zu tun hat. Einige der erwähnten Studien weisen dennoch auf den Umstand hin, dass sich WählerInnen gegenüber NichtwählerInnen zwar in den Politikpräferenzen (Partei, links/rechts) wenig unterscheiden, sich jedoch bei höherer Wahlbeteiligung im Politik-Output doch Unterschiede erkennen lassen.

Zweifelsohne wird im Sinne teilnehmender Demokratie doch weitgehend Einigkeit darüber bestehen, dass aktive Teilnahme, möglichst vollständige Mitbestimmung bei gleichzeitig entsprechender Repräsentation notwendige Bedingungen sind, wenn man von echter Demokratie und „Volkssouveränität“ sprechen will (vgl. Schaurhofer 1999). Gleichzeitig muss aber die Möglichkeit direkter Instrumente der Einflussnahme, die Möglichkeit der Einbindung von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen sowie in Zukunft womöglich elektronische Teilnahme hervorgehoben werden, um diese Ansprüche zu vervollständigen. Ansonsten wird das Lamentieren über „was die da oben entscheiden“ kein Ende finden. So kann es für eine europäische Demokratie nicht wünschenswert sein, langfristig Wahlbeteiligungen von unter 50% zu erleben. Es kann auch nicht sein, dass politische Zielsetzungen nur von einigen – nicht unmittelbar legitimierten – Eliten oder Lobbyisten bestimmt werden. Außerdem wäre es in diesem Fall wohl vermessen zu behaupten, die niedrige Wahlbeteiligung sei ein Ausdruck von völliger Zufriedenheit.

Ob es wünschenswert ist, die Kompetenz der EU noch weiter in Richtung eines „Superstaates“ auszubauen, bleibt zu diskutieren. Jedoch scheint es sinnvoll und notwendig, Problemen bzw. Risiken auf übernationaler oder sogar globaler Ebene in einer größeren politischen Gemeinschaft entgegenzutreten, die lokal und isoliert wohl nicht lösbar wären. Die zentrale Frage in Anlehnung an Habermas (2008) bleibt: Will man Europa nur als wirtschaftliche Freihandelszone sehen oder auch als supranationale, und vor allem, soziale und demokratische Gestaltungsmacht? Zweifelsohne kann Europa als gewachsene „Schicksalsgemeinschaft“ die anstehenden Herausforderungen und seine weitere Integration nur auf der Basis einer gesicherten demokratischen Grundlage erfüllen.

FORSCHUNGSAUSBLICK

Die vorliegende Arbeit erstreckt sich gewissermaßen über einen längeren Zeitraum, da die empirische Analyse sich auf Daten aus dem Jahr 2004 stützt, während bereits neue Wahlen im Juni 2009 erfolgten. Es gilt somit das Partizipationsverhalten der ÖsterreicherInnen bzw. der EuropäerInnen weiter zu untersuchen. Hierfür bieten sich bspw. auch neuere methodische Ansätze aus der Strukturgleichungsmodellierung an, die latente Variablen ebenso wie kategoriale abhängige Variablen integrieren können (vgl. Muthén/Muthén 2007). Weitere empirische Daten werden zukünftig im Rahmen des PIREDEU-Projekts („Providing an Infrastructure for Research on Electoral Democracy in the European Union“) zu Verfügung stehen, welches WählerInnenbefragungen, KandidatInnenbefragungen, Wahlprogramme, Medienanalysen sowie Kontextdaten umfasst.²³

²³ Siehe: <http://www.piredeu.eu>

LITERATUR

- Arbuckle, J. L. (2006): AMOS 7.0 User's Guide. Chicago: SPSS
- Backhaus, K. / Erichson, B. / Plinke, W. / Weiber, R. (2003): Multivariate Analysemethoden – Eine anwendungsorientierte Einführung. (10. Aufl.) Berlin u.a.: Springer
- Baltes-Götz, B. (2008): Behandlung fehlender Werte in SPSS und Amos. Trier: Universitäts-Rechenzentrum. Url: <http://www.uni-trier.de/fileadmin/urt/doku/bfw/bfw.pdf> (Zugriff 16.6.2009)
- Barber, B. (1994): Starke Demokratie – Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg: Rotbuch
- Beck, U. (1983): Jenseits von Stand und Klasse? In: Kreckel, R. (Hg.): Soziale Ungleichheiten. *Soziale Welt* (Sonderband 2), S.35-74
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Benninghaus, H. (2005): Einführung in die sozialwissenschaftliche Datenanalyse. (7. Aufl.) München, Wien: Oldenbourg
- Bischof, G. / Plasser, F. (2008) (Hg.): The Changing Austrian Voter. New Brunswick: Transaction Publishers
- Bortz, J. (2005): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. (6. aktualisierte Aufl.) Heidelberg: Springer
- Bourdieu, P. (1992): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: ders.: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg: VSA-Verlag, S.49-79
- Brady, H. E. / Verba, S. / Schlozman, K. L. (1995): Beyond SES – A Resource Model of Political Participation. In: *The American Political Science Review*, 89 (2), S.271-294
- Byrne, B. M. (2001): Structural equation modeling with AMOS. Mahwah, N.J.: Erlbaum
- Campbell, A. / Converse, P. E. / Miller, W. E. / Stokes, D. E. (1960): The American Voter. New York: John Wiley & Sons
- Campbell, A. / Gurin, G. / Miller, W. E. (1954): The Voter Decides. Evanston, IL: Row, Peterson
- Deht, J. W. van (2006): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, D. / Müller-Rommel, F. (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaft – Ein einführendes Studienhandbuch. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.167-187
- Diekmann, A. (2007): Empirische Sozialforschung – Grundlagen, Methoden und Anwendungen. (18.Aufl.) Reinbek: Rowohlt

- Downs, A. (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Row
- Easton, D. (1965): *A systems analysis of political life*. New York: Wiley
- Easton, D. (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: *British Journal of Political Science*, 5 (4), S.435-457
- Eberl, M. (2004): Formative und reflektive Indikatoren im Forschungsprozess – Entscheidungsregeln und die Dominanz des reflektiven Modells. Reihe: *Schriften zur Empirischen Forschung und Quantitativen Unternehmensplanung*, 19
- EC [Europäische Kommission] (2004): Eurobarometer Report, No. 61. Url: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb61/nat_austria.pdf (Zugriff 16.6.2009)
- EC [Europäische Kommission] (2008): Eurobarometer – Citizens and the 2009 European Elections. Url: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_299_at_en.pdf (Zugriff 16.6.2009)
- EES (2004): European Election Studies – Österreichischer Fragebogen. Url: http://www.ees-homepage.net/questionnaires/austria_qnaire.pdf (Zugriff 16.6.2009)
- Eijk, Cees v. d. / Franklin, M. / Marsh, M. (1996): What Voters Teach Us About Europe-Wide Elections. What Europe-Wide Elections Teach Us About Voters. In: *Electoral Studies*, 15 (2), S.149-166
- Eilfort, M. (1994): *Die Nichtwähler – Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*. Paderborn, Wien: Schöningh
- Eilfort, M. (2006): Wahlenthaltung – Ein vielschichtiges Phänomen mit wachsender politischer Bedeutung. In: Hoecker, B. (Hg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest – Eine studienorientierte Einführung*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S.55-73
- Etzioni, A. (1999): *Die Verantwortungsgesellschaft – Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie*. Berlin: Ullstein
- Flickinger, R. S. / Studlar, D. T. (2007): One Europe, Many Electorates? Models of Turnout in European Parliament Elections After 2004. In: *Comparative Political Studies*, 40 (4), S.383-404
- Golzem, F. / Liepelt K. (1977): Wahlenthaltung als Regulativ – Die sporadischen Nichtwähler. In: Böhret, C. (Hg.): *Wahlforschung – Sonden im politischen Markt*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.140-175
- Habermas, J. (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns (II. Band)*. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Habermas, J. (1994): Volkssouveränität als Verfahren. In: ders.: *Faktizität und Geltung*. (4. Aufl.) Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.600-631
- Habermas, J. (1996): *Die Einbeziehung des Anderen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp

- Habermas, J. (1998): Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie. In: ders.: Die postnationale Konstellation – Politische Essays. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.91-169
- Habermas, J. (2008): Europapolitik in der Sackgasse – Plädoyer für eine Politik der abgestuften Integration. In: ders.: Ach, Europa. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.96-127
- Hadjar, A. / Becker, R. (2006): Bildungsexpansion und Wandel des politischen Interesses in Westdeutschland zwischen 1980 und 2002. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 47 (1), S.12-34
- Honneth, A. (1995) (Hg.): Kommunitarismus: Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. (3. Aufl.) Frankfurt/M., New York: Campus
- Inglehart, R. (1999): Modernisierung und Postmodernisierung – Kultureller, wirtschaftliche und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt/M., New York: Campus
- Kaase, M. (1987): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, D. / Müller-Rommel, F. (Hg.): Vergleichende Politikforschung. Opladen: Leske & Budrich, S.135-150
- Kienzl, H. (1964): Die Struktur der österreichischen Wählerschaft. In: Blecha, K. / Gmoser, R. / Kienzl, H. (Hg.): Der durchleuchtete Wähler – Beiträge zur politischen Soziologie in Österreich. Wien: Europa-Verlag, S.31-71
- Kiss, G. (1977): Einführung in die soziologischen Theorien I. (3.Aufl.) Opladen: Westdeutscher Verlag
- Kleinhenz, T. (1995): Die Nichtwähler – Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Knoke, D. (2005): Structural Equation Models. In: Kempf-Leonard, K. (Hg.): Encyclopedia of social measurement (Bd. 3). Amsterdam, London: Elsevier, S.689-695
- Kühnel, S. (2001): Kommt es auf die Stimme an? Determinanten von Teilnahme und Nichtteilnahme an politischen Wahlen. In: Koch, A. / Wasmer, M. / Schmidt, P. (Hg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland – Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen: Leske & Budrich, S.11-42
- Lake, R. L. D. / Huckfeldt, R. (1998): Social Capital, Social networks, and Political Participation. In: *Political Psychology*, 19 (3), S.567-584
- Lardy, H. (2004): Is There a Right Not to Vote? In: *Oxford Journal of Legal Studies*, 24 (2), S.303-321
- Lazarsfeld, P. / Berelson, B. / Gaudet, H. (1955): The People's Choice. (2. Aufl.) New York: Columbia University Press
- Lehmann, W. (2009): The European Elections – EU Legislation, National Provisions and Civic Participation. Brüssel: Europäisches Parlament. Url: http://www.europarl.europa.eu/eplive/expert/multimedia/20090303MLT50670/media_20090303MLT50670.pdf (Zugriff 16.6.2009)

- Leighley, J. E. (1995): Attitudes, Opportunities and Incentives – A Field Essay on Political Participation. In: *Political Research Quarterly*, 48 (1), S.181-209
- Lijphart, A. (1997): Unequal Participation – Democracy’s Unresolved Dilemma. In: *The American Political Science Review*, 91 (1), S.1-14
- Lipset, S. M. / Rokkan, S. (1967): Cleavage structures, party systems and voter alignments – An introduction. In: dies. (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments*. New York: Free Press, S.1-64
- Lleras, C. (2005): Path Analysis. In: Kempf-Leonard, K: (Hg.): *Encyclopedia of social measurement* (Bd. 3). Amsterdam, London: Elsevier, S.25-30
- Lutz, G. / Marsh, M. (2007): Introduction – Consequences of low turnout. In: *Electoral Studies*, 26 (3), S.539-547
- Mattila, M. (2003): Why bother? Determinants of turnout in the European elections. In: *Electoral Studies*, 22 (3), S.449-468
- Muthén, L. K. / Muthén, B. O. (2007): *Mplus User’s Guide*. (5. Aufl.) Los Angeles, CA: Muthén & Muthén
- Neuhold, C. (2002): Die Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Demokratiequalität Österreichs. In: Campbell, D. F. J. / Schaller, C. (Hg.): *Demokratiequalität in Österreich*. Opladen: Leske & Budrich, S.86-110 [Seitenangaben beziehen sich auf: http://www.oegpw.at/sek_agora/buch_demokratie/2002_campbell_demokratiequalitaet.pdf (Zugriff 16.6.2009)]
- Nohlen, D. (2004): Wie wählt Europa? Das polymorphe Wahlsystem zum Europäischen Parlament. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B17), S.29-37
- Pateman, C. (1970): *Participation and democratic theory*. Cambridge, u.a.: Cambridge University Press
- Picker, R. / Zeglovits, E. (2005a): Wahlbeteiligung bei EU-Wahlen: In schlechter Verfassung? In: *Forum Parlament*, 3 (1), S.24-28
- Picker, R. / Zeglovits, E. (2005b): Wen interessieren schon die Europawahlen? Die NichtwählerInnen der Europawahlen 2004. In: Khol, A. / Ofner, G. / Burkert-Dottolo, G. / Karner, S. (Hg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2004*. Wien, München: Oldenbourg, S.55-67
- Plasser, F. / Ulram, P. A. (2000): Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteienbindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens. In: Pelinka, A. / Plasser, F. / Meixner, W. (Hg.): *Die Zukunft der österreichischen Demokratie – Trends, Prognosen und Szenarien*. Wien: Signum Verlag, S.169-202
- Plasser, F. / Ulram, P. A. (2004): Analyse der Europawahl 2004 – Wähler, Nichtwähler, Motive. ZAP Research Report. Wien: Fessel GfK Institut. Url: <http://members.chello.at/zap-forschung/download/Europawahl%202004.pdf> (Zugriff 16.6.2009)

- Pollak, J. / Slominski, P. (2006): Das politische System der EU. Wien: WUV
- Putnam, R. D. (2000): Bowling Alone – The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster
- Reif, K. / Schmitt, H. (1980): Nine second-order national elections – A conceptual framework for the analysis of European election results. In: *European Journal of Political Research*, 8 (1), S.3-44
- Reinecke, J. (2005): Strukturgleichungsmodelle in den Sozialwissenschaften. München, Wien: Oldenbourg
- Riker, W. / Ordeshook, P. (1968): A Theory of the Calculus of Voting. In: *American Political Science Review*, 62, S.25-42
- Rosema, M. (2007): Low turnout – Threat to democracy or blessing in disguise? Consequences of citizens' varying tendencies to vote. In: *Electoral Studies*, 26 (3), S.612-623
- Rosenberg, S. W. (1988): The Structure of Political Thinking. In: *American Journal of Political Science*, 32 (3), S.539-566
- Rosenberger, S. / Seeber, G. (2008): Wählen. Wien: WUV
- Roth, D. (1992): Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom. In: Starzacher, K. / Schacht, K. / Friedrich, B. (Hg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Köln: Bund-Verlag, S.58-68
- Saris, W. / Stronkhorst, H. (1984): Causal Modelling in Nonexperimental Research. Amsterdam: Sociometric Research Foundation
- Schaurhofer, M. (1998): Partizipation: mehr als der Gang zur Wahlurne?! In: *SWS-Rundschau*, 38 (2), S.177-189
- Schaurhofer, M. (1999): Teilnehmende Demokratie – der lange Weg zum selbstbestimmten, politischen Menschen. In: *SWS-Rundschau*, 39 (2), S.147-161
- Schermelleh-Engel, K. / Moosbrugger, H. / Müller, H. (2003): Evaluating the Fit of Structural Equation Models: Tests of Significance and Descriptive Goodness-of-Fit Measures. In: *Methods of Psychological Research Online*, 8 (2), S.23-74
- Schmidt, M. G. (2000): Demokratietheorien. (3. Aufl.) Opladen: Leske & Budrich
- Schmitt, L. H. (2003): Vertrauenskrise in der EU? Ausmaß, Struktur und Determination des Vertrauens in die zentralen Institutionen der EU unter besonderer Berücksichtigung des Europäischen Parlaments. In: Brettschneider, F. / van Deth, J. / Roller, E. (Hg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen: Leske & Budrich, S.57-82
- Schumpeter, J. A. (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. (2. Aufl.) Bern: Francke Verlag

Schwartz, D. C. (1973): Political Alienation and Political Behavior. Chicago: Aldine Publishing

Stein, R. M. / Leighley, J. / Owens, C. (2005): Who votes, who doesn't, why, and what can be done – A Report to the Federal Commission on Electoral Reform. Url: <http://www.american.edu/ia/cfer/0630test/stein.pdf> (Zugriff 16.6.2009)

Tenscher, J. (2005a) (Hg.): Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Tenscher, J. (2005b): Mit halber Kraft voraus! Parteienkampagnen im Europawahlkampf 2004. In: ders. (Hg.): Wahl-Kampf um Europa. Wiesbaden: VS Verlag, S.30-55

Verba, S. / Nie, N. H. (1972): Participation in America – Political Democracy and Social Equality. New York: Harper & Row

Walzer, M. (1992): Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. Berlin: Rotbuch

Zinnbauer, M. / Eberl, M. (2005): Überprüfung der Spezifikation und Güte von Strukturgleichungsmodellen. In: *WiSt*, 34 (10), S.566-572

Internet-Ressourcen

Bundesministerium für Inneres (Wahlen): http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_wahlen

Eurobarometer: http://ec.europa.eu/public_opinion

Europäische Union Homepage: <http://europa.eu>

Europäisches Parlament: <http://www.europarl.europa.eu>

European Election Studies: <http://www.ees-homepage.net>

SORA (Institute for Social Research and Analysis): <http://www.sora.at>

Vertrag von Lissabon: http://europa.eu/lisbon_treaty/index_de.htm

ANHANG

Geschätzte Korrelationen

Tabelle 25: Geschätzte Korrelationen im Kausalmodell 3

q10	Vertrauen	Wirtschaft	Unterst.	Teilnahme	EU-Eval.	Letzte W.	Gottesd.	Interesse	Lebensr.	Parteib.	Alter	SES
,138	,287	,199	,428	,301	,436	,000	-,119	,331	,314	,000	-,318	1,000
,052	-,038	-,026	-,057	,112	-,058	,000	,128	,176	,000	,000	1,000	Alter
,257	,051	,035	,075	,559	,077	,206	,000	,268	,000	1,000		Parteib.
,039	,096	,067	,143	,084	,146	,000	-,249	,135	1,000			Lebensr.
,376	,263	,183	,392	,819	,400	,055	-,011	1,000				Interesse
,061	-,029	-,020	-,043	,132	-,044	,000	1,000					Gottesd.
,212	,010	,007	,015	,463	,016	1,000						Letzte W.
,244	,659	,457	,981	,532	1,000							EU-Eval.
,459	,351	,243	,522	1,000								Teilnahme
,239	,647	,449	1,000									Unterst.
,112	,301	1,000										Wirtschaft
,161	1,000											Vertrauen

(Geschätzte Korrelation unter der Annahme, dass das Modell korrekt ist. In dem Fall wird angenommen, dass die geschätzten Korrelationen besser Auskunft über die wahre Korrelation in der Population geben.)

Fragebogen (Codebook)

weiß nicht 8
keine Angabe 9

Q 1
Was meinen Sie: Was sind zur Zeit die wichtigsten Probleme in Österreich? (NACHFRAGEN: Gibt es noch andere wichtige Probleme?) (NOTIEREN)

weiß nicht 98 WEITER MIT Q5
keine Angabe 99 WEITER MIT Q5

Q 1A
(FALLS MEHRERE PROBLEME GENANNT WURDEN:) Und was davon, würden Sie sagen, ist das wichtigste Problem? (NOTIEREN)

weiß nicht 98 WEITER MIT Q5
keine Angabe 99 WEITER MIT Q5

Q 2
Welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, das Problem ... [WICHTIGSTES] zu lösen?

SPÖ 1
ÖVP 2
FPÖ 3
GRÜNE 4
KPÖ 5
andere 10
keine der Parteien 11
weiß nicht 98
keine Angabe 99

Q 3
Und meinen Sie, dass man sich derzeit mit ... [WICHTIGSTES PROBLEM] hauptsächlich in den Bundesländern, auf Bundesebene oder auf EU-Ebene befasst?

in den Bundesländern 1
auf Bundesebene 2
oder auf EU-Ebene 3
weiß nicht 8
keine Angabe 9

Q 4
Und was meinen Sie, wer wäre am geeignetsten: Sollte man sich mit ... [WICHTIGSTES PROBLEM] in den Bundesländern, auf Bundesebene oder in Europa befassen?

in den Bundesländern 1
auf Bundesebene 2
oder auf EU-Ebene 3
weiß nicht 8
keine Angabe 9

Q 5
An wie vielen Tagen in der Woche sehen Sie normalerweise Nachrichten im Fernsehen?

Tage / Woche
0 1 2 3 4 5 6 7

Q 6A
(FALLS TAGE > 0:) Welche Nachrichtensendungen sehen Sie regelmäßig? (NICHT VORLESEN) (MEHRFACHNENNUNGEN MÖGLICH)

ORF ZIB IN DER FRÜH (900) 1
ORF ZIB MITTAGS (1200 / 1300) 2
ORF ZIB 1 (1930) 3
ORF ZIB 2 (2200) 4
ORF ZIB 3 (000) 5
ORF Bundesland heute 6
ORF Newsflash 7
ATV 8
PRO 7 Nachrichten (2000) 9
regionale Nachrichtensendung 10
andere 11
weiß nicht 12
keine Angabe 13

Q 7
An wie vielen Tagen in der Woche lesen Sie normalerweise eine Tageszeitung?

Tage / Woche
0 1 2 3 4 5 6 7

weiß nicht 8
keine Angabe 9

Q 7A
(FALLS TAGE > 0:) Welche Tageszeitung oder Tageszeitungen lesen Sie regelmäßig? (NICHT VORLESEN) (MEHRFACHNENNUNGEN MÖGLICH)

Die Neue Kronenzeitung (Krone) 1
Kurier 2
Der Standard 3
Die Presse 4
Salzburger Nachrichten 5
Die Kleine Zeitung 6
Niederösterreichische Nachrichten (NÖN) 7
Oberösterreichische Nachrichten (OÖN) 8
Tiroler Tageszeitung 9
Wiener Zeitung 10
andere Regionalzeitung 11
andere Tageszeitung 12
weiß nicht 13
keine Angabe 14

Q 8
Wie oft haben Sie die folgenden Dinge in den letzten 3 bis 4 Wochen vor den Europawahlen getan?

oft 1
gelegentlich 2
nie 3
weiß nicht 8
keine Angabe 9

Q 8A eine Sendung über die Wahlen im Fernsehen angeschaut

Q 8B einen Bericht über die Wahlen in der Zeitung gelesen

Q 8C über die Wahlen mit Freunden oder der Familie

gesprochen	FPÖ 3
Q 8D eine Wahlveranstaltung besucht	GRÜNE 4
Q 8E eine Internetseite über die Wahlen angesehen	KPÖ 5
	andere 10
Q 9	war nicht wahlberechtigt 95
Wenn Sie jetzt einmal an die Zeit unmittelbar vor den	habe ungültig gewählt 96
Europa-Wahlen zurückdenken Wie interessiert	habe nicht gewählt 97
waren Sie da am Wahlkampf zur Europa-Wahl? Waren	kann mich nicht erinnern 98
Sie? (VORLESEN)	keine Angabe 99
	Q 13
sehr interessiert 1	Und welche Partei würden Sie wählen, wenn nächsten
ziemlich interessiert 2	Sonntag Nationalratswahlen wären? (NICHT
wenig interessiert 3	VORLESEN)
gar nicht interessiert 4	
weiß nicht 8	SPÖ 1
keine Angabe 9	ÖVP 2
Q 9A	FPÖ 3
Stimmen Sie den folgenden Aussagen sehr, ziemlich,	GRÜNE 4
wenig oder gar nicht zu?	KPÖ 5
	andere 10
Sehr 1	würde ungültig wählen 96
Ziemlich 2	würde nicht wählen 97
Wenig 3	weiß nicht 98
Gar nicht 4	keine Angabe 99
weiß nicht 8	
keine Angabe 9	Q 13A
Q 9A Die Kandidaten haben im Wahlkampf viel	Es gibt eine Reihe von politischen Parteien in
zu oberflächlich argumentiert	Österreich Jede davon würde gern Ihre Stimme
Q 9B Im Wahlkampf ist es viel mehr um	bekommen Bitte sagen Sie mir auf einer Skala von 1
Parteitaktik als um Inhalte gegangen	bis 10, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie diese
	Parteien jemals wählen werden 1 bedeutet sehr
Q 10	unwahrscheinlich, 10 bedeutet sehr wahrscheinlich Mit
Viele Menschen haben bei den Europa-Wahlen am 13	den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung
Juni nicht teilgenommen Haben Sie an der Wahl	abstufen Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie die SPÖ
teilgenommen?	jemals wählen werden?
	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
ja, habe gewählt 1 WEITER MIT Q11	weiß nicht 98
nein, habe nicht gewählt 2 WEITER MIT AUT1	keine Angabe 99
weiß nicht 8 WEITER MIT Q12	Q 13A SPÖ 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99
keine Angabe 9 WEITER MIT Q12	Q 13B ÖVP 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99
	Q 13C FPÖ 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99
Q 11	Q 13D Grünen 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99
Welche Partei haben Sie bei den Europa-Wahlen am 13	Q 13E KPÖ 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99
Juni gewählt?	
SPÖ 1 WEITER MIT Q12	Q 14
ÖVP 2 WEITER MIT Q12	Ich lese Ihnen einige öffentliche Einrichtungen vor
FPÖ 3 WEITER MIT Q12	Bitte sagen Sie mir auf einer Skala von 1 bis 10, wie
GRÜNE 4 WEITER MIT Q12	sehr Sie jeder dieser Einrichtungen vertrauen 1
Liste Hans-Peter Martin 5 WEITER MIT Q12	bedeutet, dass Sie dieser Einrichtung überhaupt nicht
Die LINKE 6 WEITER MIT Q12	vertrauen, und 10 bedeutet, dass Sie ihr voll und ganz
habe ungültig gewählt 96 WEITER MIT Q12	vertrauen Wie sehr vertrauen Sie?
habe nicht gewählt 97 WEITER MIT Q12	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
kann mich nicht erinnern 98 WEITER MIT Q12	weiß nicht 98
keine Angabe 99 WEITER MIT Q12	keine Angabe 99
AUT1	Q14A dem österreichischen Nationalrat
Und warum haben Sie nicht an der Wahl	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99
teilgenommen? (NOTIEREN)	Q14B dem Europäischen Parlament
Q 12	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99
Und welche Partei haben Sie bei der letzten	Q14C der Bundesregierung
Nationalratswahl im November 2002 gewählt? (NICHT	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99
VORLESEN)	Q14D der Europäischen Kommission
	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99
SPÖ 1	Q14E dem Ministerrat der EU* 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98
ÖVP 2	99

(* INT: Der Ministerrat der EU wird auch „europäischer Rat“ oder „Rat der Europäischen Union“ genannt)

AUT2

Was meinen Sie, haben Entscheidungen, die im österreichischen Nationalrat getroffen werden, auf Sie persönlich starke, schwache oder gar keine Auswirkungen?

starke 1
schwache 2
gar keine 3
weiß nicht 98
keine Angabe 99

AUT3

Was meinen Sie, haben Entscheidungen, die im Europäischen Parlament getroffen werden, auf Sie persönlich starke, schwache oder gar keine Auswirkungen?

starke 1
schwache 2
gar keine 3
weiß nicht 98
keine Angabe 99

Q 15

In der Politik spricht man von links und rechts Wo würden Sie sich persönlich in diesem Sinne einstufen? Bitte verwenden Sie dazu eine Skala von 1 bis 10 1 bedeutet "links" und 10 bedeutet "rechts" Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Position abstufen

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
Antwort verweigert 97
weiß nicht 98
keine Angabe 99
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 97 98 99

Q 15A

Und wo auf dieser Skala würden Sie die folgenden Parteien einordnen?

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
Antwort verweigert 97
weiß nicht 98
keine Angabe 99

Q 15A SPÖ 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 97 98 99

Q 15B ÖVP 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 97 98 99

Q 15C FPÖ 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 97 98 99

Q 15D Grünen 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 97 98 99

Q 15E KPÖ 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 97 98 99

Q 16

Was würden Sie sagen: Ist die allgemeine Wirtschaftslage in Österreich heute im Vergleich zu vor 12 Monaten? (VORLESEN)

wesentlich besser 1
etwas besser 2
gleich geblieben 3
etwas schlechter 4

wesentlich schlechter 5

weiß nicht 8

keine Angabe 9

Q 16B

Und wie wird Ihrer Meinung nach die allgemeine Wirtschaftslage in Österreich in 12 Monaten sein? Glauben Sie, sie wird,? (VORLESEN)

wesentlich besser werden 1
etwas besser werden 2
gleich bleiben 3
etwas schlechter werden 4
wesentlich schlechter werden 5
weiß nicht 8
keine Angabe 9

Q 17, Q 18 Q 19

Stimmen Sie den folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?

Sehr 1

Ziemlich 2

Wenig 3

gar nicht 4

weiß nicht 8

keine Angabe 9

Q 17 Wenn die Arbeitsplätze knapp sind, sollten die Arbeitgeber Österreicher gegenüber Bürgern aus anderen EU-Ländern, die hier arbeiten möchten, bevorzugen
1 2 3 4 8 9

Q 18 Bürger anderer EU-Länder, die in Österreich leben, sollen an den Kommunalwahlen* teilnehmen dürfen
1 2 3 4 8 9

Q 19 Bürger anderer EU-Länder, die in Österreich leben, sollen keinen Anspruch auf Sozialleistungen oder Arbeitslosenunterstützung haben
1 2 3 4 8 9

(* INTERVIEWER: zB Gemeinderats- oder Bürgermeisterwahlen)

Q 20

Sind Sie sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht an Politik interessiert?

sehr interessiert 1

ziemlich interessiert 2

wenig interessiert 3

gar nicht interessiert 4

weiß nicht 8

keine Angabe 9

Q 21

Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach? (VORLESEN)

eine gute Sache 1

eine schlechte Sache 2

weder gut noch schlecht 3

weiß nicht 8

keine Angabe 9

Q 22
Manche Leute sagen, die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden. Andere sagen, dass sie schon zu weit gegangen ist. Was ist Ihre Meinung? Bitte sagen Sie mir Ihre Meinung dazu auf einer Skala von 1 bis 10. 1 bedeutet dabei, dass die europäische Einigung bereits zu weit gegangen ist, und 10, dass die europäische Einigung weiter vorangetrieben werden sollte. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

weiß nicht 98
keine Angabe 99
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99

Q 22A
Und wie glauben Sie, sehen das die folgenden Parteien auf derselben Skala?

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
weiß nicht 98
keine Angabe 99

Q 22A SPÖ 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99

Q 22B ÖVP 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99

Q 22C FPÖ 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99

Q 22D Grünen 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99

Q 22E KPÖ 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 98 99

Q 23
Kommt es oft, gelegentlich oder nie vor, dass Sie sich nicht nur als Österreicher fühlen, sondern auch als Bürger der Europäischen Union?

oft 1
gelegentlich 2
nie 3
weiß nicht 8
keine Angabe 9

Q 24
Sind Sie persönlich sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht stolz, Bürger der EU zu sein?

sehr stolz 1
ziemlich stolz 2
wenig stolz 3
gar nicht stolz 4
weiß nicht 8
keine Angabe 9

Q 25B
Wenn eine Volksabstimmung über die Osterweiterung der Europäischen Union durchgeführt würde, würden Sie dafür stimmen, dagegen stimmen oder würden Sie sich der Stimme enthalten?

dafür stimmen 1
dagegen stimmen 2
sich der Stimme enthalten 3
weiß nicht 8
keine Angabe 9

Q 26
Wie viel Vertrauen haben Sie in die Bevölkerung verschiedener Länder? Bitte sagen Sie mir, ob Sie zu

den den Österreichern viel Vertrauen oder wenig Vertrauen haben?

viel Vertrauen 1
wenig Vertrauen 2
weiß nicht 98
keine Angabe 99
1) Österreichern 1 2 98 99
2) Belgiern 1 2 98 99
3) Briten 1 2 98 99
4) Bulgaren 1 2 98 99
5) Kroaten 1 2 98 99
6) Zyprioten 1 2 98 99
7) Tschechen 1 2 98 99
8) Dänen 1 2 98 99
9) Niederländern 1 2 98 99
10) Esten 1 2 98 99
11) Finnen 1 2 98 99
12) Franzosen 1 2 98 99
13) Deutschen 1 2 98 99
14) Griechen 1 2 98 99
15) Ungarn 1 2 98 99
16) Iren 1 2 98 99
17) Italienern 1 2 98 99
18) Letten 1 2 98 99
19) Litauern 1 2 98 99
20) Luxemburgern 1 2 98 99
21) Maltesern 1 2 98 99
22) Norwegern 1 2 98 99
23) Polen 1 2 98 99
24) Portugiesen 1 2 98 99
25) Rumänen 1 2 98 99
26) Serben 1 2 98 99
27) Slowaken 1 2 98 99
28) Slowenen 1 2 98 99
29) Spaniern 1 2 98 99
30) Schweden 1 2 98 99
31) Schweizern 1 2 98 99
32) Türken 1 2 98 99

Q 27
Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Österreich funktioniert, alles in allem gesehen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zufrieden?

sehr zufrieden 1
ziemlich zufrieden 2
wenig zufrieden 3
gar nicht zufrieden 4
weiß nicht 8
keine Angabe 9

Q 28
Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert, alles in allem gesehen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zufrieden?

sehr zufrieden 1
ziemlich zufrieden 2
wenig zufrieden 3
gar nicht zufrieden 4
weiß nicht 5
keine Angabe 6

Q 29
Zurück zu Österreich: Sind Sie mit den bisherigen Leistungen der Bundesregierung zufrieden oder

D 4B
(FALLS NICHT IN ÖSTERREICH GEBOREN:) In
welchem Jahr sind Sie nach Österreich gekommen?

Jahr:
weiß nicht 9998
keine Angabe 9999

D 5
Wie viele Personen, die mindestens 18 Jahre alt sind,
Sie selbst eingeschlossen, leben in Ihrem
Haushalt?

Anzahl mindestens 18jährige im Haushalt:

weiß nicht 98
keine Angabe 99

D 6
Sind Sie derzeit? (VORLESEN)

selbstständig erwerbstätig 1
unselbstständig erwerbstätig (Arbeiter, Angestellte,
Öffentlicher Dienst)2
in Ausbildung 3
im Haushalt 4
in Pension 5
arbeitslos 6
anderes 7
weiß nicht 98
keine Angabe 99

D 6A
(FALLS BERUFSTÄTIG:) Arbeiten Sie? (FALLS
ARBEITSLOS, IN PENSION:) Haben Sie gearbeitet?
(VORLESEN)

in der Landwirtschaft 1
in der verstaatlichten Industrie 2
in einem privaten, nicht-verstaatlichten Gewerbe- oder
Industriebetrieb 3
im Öffentlichen Dienst 4
im privaten Handel- oder Dienstleistungsbereich
(einschließlich Verkauf) 5
anderes 6
weiß nicht 8
keine Angabe 9

D 7
Wenn es um die soziale Schicht geht, wo würden Sie
sich einordnen - in der Arbeiterschicht, der unteren
Mittelschicht, der Mittelschicht, der oberen
Mittelschicht oder in der Oberschicht?

Arbeiterschicht 1
untere Mittelschicht 2
Mittelschicht 3
obere Mittelschicht 4
Oberschicht 5
andere Schicht 6

Einordnung verweigert 7
weiß nicht 8
keine Angabe 9

D 8
Würden Sie sagen, Sie leben auf dem Land oder in
einem Dorf, in einer kleinen oder mittelgroßen Stadt,
oder in einer großen Stadt?

Land oder Dorf 1
kleine oder mittelgroße Stadt 2
große Stadt 3
weiß nicht 8
keine Angabe 9

D 9
Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an?
(NICHT VORLESEN)

römisch-katholisch 1
evangelisch 2
orthodox 3
jüdisch (mosaisch) 4
muslimisch 5
buddhistisch 6
hinduistisch 7
Sonstige 8
gehöre keiner an 9
weiß nicht 98
keine Angabe 99

D 10
Wie häufig gehen Sie zum Gottesdienst?
(VORLESEN)

mehrmals in der Woche 1
einmal in der Woche 2
einige Male im Jahr 3
einmal im Jahr oder seltener 4
nie 5
weiß nicht 8
keine Angabe 9

D 11
Geben Sie bitte das monatliche Nettoeinkommen Ihres
Haushalts an, das heißt nach Abzug von Steuern
und Sozialabgaben Bitte rechnen Sie dafür alle Ein-
künfte Ihres Haushalts zusammen: Löhne und Gehälter,
Pensionen und Einkünfte aus der Sozialversicherung,
zB Arbeitslosengeld, alle öffentlichen Zuschüsse wie
Kindergeld und Familienbeihilfe sowie eventuelle
weitere Einkünfte Ihre Angaben werden selbstverständ-
lich anonym behandelt

Haushaltsnettoeinkommen pro Monat:

Antwort verweigert 999997
weiß nicht 999998
keine Angabe 999999

Abstract

Für moderne, repräsentative Demokratien stellt die institutionalisierte Form der Beteiligung an Wahlen immer noch die wichtigste Form der politischen Partizipation dar. Heute findet der demokratische Prozess ebenso auf supranationaler Ebene, im Rahmen von Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Gleichzeitig ist jedoch die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Europaparlamentswahlen seit den ersten Wahlen im Jahr 1979 kontinuierlich gesunken und stagniert heute bei weniger als der Hälfte der Wahlberechtigten.

Die zentralen Fragen dieser Arbeit lauten: Was bedeutet der Umstand geringer Wahlbeteiligung für eine Demokratie? Welche individuellen Determinanten machen die Wahlteilnahme aus? Die Arbeit geht somit der politischen als auch soziologischen Frage nach, wie gesellschaftliche Zielsetzungen zu Stande kommen und wer daran beteiligt ist.

Ein theoretischer Abschnitt bietet zunächst einen Überblick über verschiedene Ansätze zur Erklärung von politischer Partizipation im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Die besprochenen Ansätze betonen bspw. das Individuum in der Sozialstruktur bzw. in sozioökonomischen Rahmenbedingungen, das Individuum als Teil von Gruppen und seine Integration in die Gesellschaft sowie die sozialpsychologische Dimension und individuelle Motivationen. Aufbauend auf dem theoretischen Teil wird ein theoriegeleitetes, multivariates statistisches Modell (Strukturgleichungsmodell) erstellt. Im Zentrum der Arbeit steht schließlich eine empirische Analyse der Europaparlamentswahlen in Österreich im Jahr 2004, welche sich auf Daten einer Nachwahlbefragung im Rahmen der „European Election Studies“ stützt.

Die empirischen Ergebnisse legen nahe, dass primär das persönliche Interesse an den Wahlen und der Grad der Informiertheit für die Teilnahme entscheidend sind. Weiters spielen bspw. die Stärke der Bindung an eine Partei und höherer sozioökonomischer Status einer Person eine fördernde Rolle. Die Conclusio appelliert abschließend an die Stärkung der Möglichkeit zur politischen Partizipation, um die demokratische Grundlage Europas zu sichern. Dies könnte etwa über eine effektivere Vermittlungsarbeit von Parteien und Massenmedien, breite politische Bildung sowie durch Einführung europaweiter Referenden erreicht werden.

Curriculum Vitae

Name: Julian Aichholzer

Geboren: Wien, 15. Oktober 1983

Schulbildung: 1994 – 2002 Realgymnasium in 1230 Wien

Hochschulausbildung: Begonnen 2002 Studium der Architektur, TU Wien
2004 – 2009 Diplomstudium Soziologie, Universität Wien

Fachliche Schwerpunkte: Politische Soziologie (soziale Ungleichheit, Gerechtigkeit, Partizipation, Demokratietheorie, Migration) sowie quantitative Methoden (multivariate Verfahren, Schwerpunkt Strukturgleichungsmodelle)

Sprachkenntnisse: Deutsch Muttersprache, Englisch sehr gut, Spanisch Grundkenntnisse

Wissenschaftlicher Werdegang:

WS 2007 Universität Wien – Institut für Soziologie: Fachtutorium wissenschaftliches Arbeiten sowie Einführung in SPSS

04 / 2008 – 06 / 2008 Österreichisches Institut für Jugendforschung: Praktikum

WS 2008 Universität Wien – Institut für Soziologie: Studienassistent; Unterstützung der Proseminare Einführung Soziologie

Seit 04 / 2009 Universität Wien – Department of Methods in the Social Sciences: Projektmitarbeit an der österreichischen nationalen Wahlstudie (AUTNES), Bereich Wahlverhalten unter der Leitung von Prof. Sylvia Kritzinger

e-mail-Kontakt: julian.aichholzer@univie.ac.at